



SFZ



Ergebnisse der Erhebung
„Leben in den neuen Bundesländern 2009“
- ausgewählte Aspekte -

Bericht

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Berlin - Mai 2009

Bericht

Ergebnisse der Erhebung

„Leben in den neuen Bundesländern 2009“

- ausgewählte Aspekte -

Erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Verantwortlich:

Dr. Reinhard Liebscher

Mitarbeit:

Heidrun Schmidtke

redaktionelle Bearbeitung, Layout,
tabellarische und grafische Gestaltung:

Heidemarie Wille

Inhalt

VORBEMERKUNGEN	8
KURZRESÜMEE	11
1. DEUTSCHLAND EINIG VATERLAND	14
1.1 Zum Stand der deutschen Einheit	14
1.2 Zielkriterien für die deutsche Einheit	17
2. BEWERTUNG DES GEGENSEITIGEN INTERESSES AUS SICHT DER BÜRGER DER NEUEN BUNDESLÄNDER	23
Interesse am Leben in den alten Bundesländern	24
Größeres Interesse für das Leben in den neuen gegenüber den alten Bundesländern	24
Interesse Westdeutscher am Leben in Ostdeutschland	25
Disharmonien	26
Westdeutsche Politiker und ihre Sicht auf die DDR	27
Erwartungen an das Engagement der Bundeskanzlerin	27
3. BEWERTUNGEN DES OSTENGAGEMENTS DER BUNDESREGIERUNG	29
4. AUFBAU OST VERSUS FÖRDERUNG WEST, DER SOLIDARITÄTSZUSCHLAG UND SEINE VERWENDUNG	35
4.1 Der Solidaritätszuschlag und dessen zukünftige Verwendung	35
Verwendungsfelder	35
Langfristiges Finanzierungsmittel des „Aufbau Ost“ oder schrittweise Absenkung	36
Solidaritätszuschlag und Golfkriegsfinanzierung	37
4.2 Zielverschiebungen bei der Bundeskanzlerin	38
Bewertung der Aussage der Bundeskanzlerin aus inhaltlichen Erwägungen	39
Politische Bewertung der Aussage der Bundeskanzlerin	39
5 DIE WIRTSCHAFTSKRISE IM BLICKWINKEL DER OSTDEUTSCHEN	40
5.1 Die Gegenmaßnahmen der Bundesregierung	40
Zustimmungen	41
Krisenbewältigung durch Sicherung von Arbeit und Einkommen	42
Krisenbewältigung und Vertiefung der sozialen Spaltung	43
Notwendigkeit internationaler Abstimmungen	43
Krisen und Wirtschaftssystem	44

5.2	Profiteure der Antikrisen- und Konjunkturprogramme	45
	Hauptprofiteure der Antikrisenmaßnahmen	46
	Antikrisenprogramme, Nutzen für ihre Verfasser und finanzkräftige Wähler	47
	Regionale Nutznießer	47
	Von Antikrisenprogrammen wenig tangierte Gruppen	48
5.3	Zur Finanzierung der Krise	48
5.4	Wirtschafts- und Finanzkrise - persönliche Konsequenzen	50
	Spezifika von Erwerbspersonen	53
	Nachrangige Strategien der persönlichen Krisenbewältigung	54
6.	EXKURS 1. DIE OSTDEUTSCHEN UND IHRE PRODUKTE	55
7.	EXKURS 2. URSACHEN UND MEINUNGEN ÜBER DAS POSITIVE DDR-BILD VON OSTDEUTSCHEN SCHÜLERN	58

Anlagen

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Erreichbarkeit der deutschen Einheit - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	14
Abbildung 2:	Erreichbarkeit der deutschen Einheit - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	16
Abbildung 3:	Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	17
Abbildung 4:	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	18
Abbildung 5:	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z.B. Kindergärten, Polikliniken u.a.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	20
Abbildung 6:	Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „genauso viel Menschen von West nach Ost ziehen wie umgekehrt.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	21
Abbildung 7:	Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Osten ähnlich hohe Vermögen vorhanden sind wie im Westen.“ - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	22
Abbildung 8:	Wie bewerten sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	23
Abbildung 9:	Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich kenne viele Westdeutsche, die sich für das Leben im Osten interessieren.“ - nur Skalenwerte: „trifft zu/trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	25
Abbildung 10:	Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich fühle mich von vielen Westdeutschen, die ich kenne, nicht verstanden.“ - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	26
Abbildung 11:	Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich erwarte von der Bundeskanzlerin mehr Engagement für ein gegenseitiges Interesse der Ost- und Westdeutschen.“ - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	28
Abbildung 12:	Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	30
Abbildung 13:	Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“/„trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	31
Abbildung 14:	Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	32
Abbildung 15:	Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - Lebensbedingungen für Familien und Alleinerziehende - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	33

Abbildung 16:	Wofür sollte der Solidaritätszuschlag zukünftig vorrangig verwendet werden? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	35
Abbildung 17:	Der Solidaritätszuschlag sollte zukünftig nicht mehr ausschließlich für den Aufbau Ost verwendet werden? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	37
Abbildung 18:	Wussten Sie, dass der 1991 eingeführte Solidaritätszuschlag, den alle ost- und westdeutschen einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen abführen müssen, u.a. auch zur Finanzierung des Golfkrieges herangezogen werden sollte? - nur Skalenwert: „ja“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	38
Abbildung 19:	Bewertungen zur Aussage der Bundeskanzlerin, der Westen müsse nun stärker gefördert werden - neue Bundesländer 2009 - in Prozent* -	38
Abbildung 20:	Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent - (Teil 1)	41
Abbildung 21:	Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent - (Teil 2)	42
Abbildung 22:	Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? Indikator: „Nein, allein, ohne internationale Abstimmung kann die Bundesregierung gar nichts erreichen.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	44
Abbildung 23:	Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundes- regierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	45
Abbildung 24:	„Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“/„trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent* -	47
Abbildung 25:	Wie sollten Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme) bezahlt werden? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	49
Abbildung 26:	Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	51
Abbildung 27:	Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - Indikator: „Ich drehe jeden Cent mehrmals um.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	52
Abbildung 28:	Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - Indikator: „Ich bin bereit, auf Einkommen zugunsten des Erhaltes des Arbeitsplatzes zu verzichten.“ - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	54
Abbildung 29:	Wenn Sie gezielt Ostprodukte kaufen, warum? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent	56
Abbildung 30:	Kaufe gezielt Ostprodukte, „weil ich stolz auf die ostdeutschen Marken bin.“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	56
Abbildung 31:	Kaufe gezielt Ostprodukte, „weil sie mich an meine Vergangenheit erinnern.“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	57
Abbildung 32:	Wie kommt das positive Bild über die DDR bei ostdeutschen Schülern zustande? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	58

Abbildung 33:	Einflussfaktoren auf das DDR-Wissen von ostdeutschen Schülern - neue Bundesländer 2009 -	59
Abbildung 34:	Positives Bild über die DDR bei ostdeutschen Schülern - Vergleich von Altersgruppen - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	60
Tabelle 1:	Sozio-demografische Struktur der Befragten - neue Bundesländer 2009 - Anteile in Prozent -	8
Tabelle 2:	Ausgewählte Strukturen nach Gewinnen und Verlusten der deutschen Einheit - neue Bundesländer 2009 - Anteile in Prozent -	10
Tabelle 3:	Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	19
Tabelle 4:	Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	24
Tabelle 5:	Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	33
Tabelle 6:	Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	42
Tabelle 7:	Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	45
Tabelle 8:	Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	46
Tabelle 9:	Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“/„trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	48
Tabelle 10:	Wie sollten Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme) bezahlt werden? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	50
Tabelle 11:	Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - arbeitsmarktorientierte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -	53

Vorbemerkungen

Die Untersuchung erfasste insgesamt 1.921 Bürger ab 18. Lebensjahr in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost).

Befragungszeitraum war März/April 2009. Die Befragung erfolgte postalisch und anonym.

Die sozialstrukturelle Analyse der getroffenen Aussagen wurde bei deutlichen Differenzierungen weiter untersetzt.

Die sozio-demografische Struktur der Befragten ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 1: Sozio-demografische Struktur der Befragten - neue Bundesländer 2009
- Anteile in Prozent -

	Gesamt	davon	
		Frauen	Männer
Alter			
unter 25 Jahren	12	11	13
25-39 Jahre	22	20	23
40-49 Jahre	19	18	19
50-59 Jahre	16	15	17
60 Jahre und älter	32	36	28
Gemeindegröße			
unter 1.000 Ew.	11	11	10
1.000-5.000 Ew.	19	20	18
5.000-20.000 Ew.	24	27	21
20.000-100.000 Ew.	24	25	23
100.000 Ew. und darüber	23	17	28
Qualifikation			
ohne Abschluss	21	24	18
Facharbeiter/Meister	61	59	62
Fach-/Hochschule	18	16	19
Erwerbsstatus			
erwerbstätig	45	41	48
arbeitslos/MAE etc.	13	13	13
Rentner/Vorrentner	29	31	27
Schüler/Student/Lehrling	9	8	10
sonst. Nichterwerbstätige	4	7	1
sozialer Status			
Arbeiter	31	23	40
Angestellte	58	71	43
Beamte	3	2	5
Selbst./Freischaffende etc.	8	5	12
religiöse Bindung			
Angehörige(r) einer Religionsgemeinschaft	20	25	16
religiös nicht gebunden	80	75	84
Familienform			
Paare mit Kind/ern	24	23	25
Paare ohne Kind/er	39	35	42
alleinerziehend	7	10	5
alleinlebend	24	26	21
noch im Haushalt der Eltern lebend	7	6	7

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Zeilen und Spalten ergeben - soweit nicht anders vermerkt - jeweils 100. Abweichungen (99, 101) sind durch Rundungen entstanden.

Im Interesse verknappter Darstellungen wurde stellenweise darauf verzichtet, jeweils von Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, obwohl den Autorinnen und Autoren die Unterschiede durchaus bekannt sind.

Befragte in Ausbildung, Lehre, Schüler oder Studenten werden im Text auch verkürzt als Auszubildende bezeichnet. Wenn vom Haushaltsnettoeinkommen oder Haushaltseinkommen gesprochen wird, ist immer das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen¹ gemeint.

Die folgenden vorgestellten Auswertungen beziehen sich immer auf die subjektive Sicht der Befragten, die auch das sich Arrangieren mit den gegebenen Bedingungen ihres Lebens einschließt. Es werden im Text vor allem allgemeine Bewertungen der Ostdeutschen vorgestellt. Dort, wo sich unterhalb der allgemeinen Ebene besondere Differenzierungen zeigen, werden diese im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten ausgewiesen. Dort, wo die Einheitlichkeit der Antworten bemerkenswert erscheint, wird darauf aufmerksam gemacht.

Je nach dem, ob mit der deutschen Einheit eher Gewinne oder eher Verluste verbunden sind, unterscheiden sich die Antworten oft deutlich. Zur übersichtlicheren Darstellung werden die beiden Gruppen im Text oft verkürzt als „Gewinner“ oder „Verlierer“ bezeichnet.

Unter denen, die sich eher als Gewinner sehen, sind deutlich mehr Männer als Frauen, entweder junge Menschen in Ausbildung oder Hochschulabsolventen, Beamte oder Selbständige, Menschen mit überdurchschnittlichen Einkommen und diejenigen, die ihre eigene soziale Lage als gut einschätzen, politisch interessiert sind sowie mit Optimismus in die Zukunft blicken. Ihre Verbundenheit mit Ostdeutschland ist eher gering. Mit der Gemeindegröße nimmt der Anteil derer zu, die sich eher den Gewinnern der Einheit zuordnen.

Als Verlierer der deutschen Einheit sehen sich vor allem Arbeitslose, Menschen, die zwischen 50 und 60 Jahren alt sind, in kleinen Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern leben, schon einmal prekäre Arbeitsverhältnisse erlebt haben oder gerade in solchen beschäftigt sind, geringere individuelle wie Haushaltsnettoeinkommen aufweisen, (daraufhin) ihre soziale Lage als schlecht kennzeichnen, ein geringes politisches Interesse aufweisen und eher pessimistisch in die Zukunft schauen. Sie gehen mehrheitlich davon aus, dass die deutsche Einheit nie erreicht werden wird. Es sind überdurchschnittlich viel Alleinerziehende und Alleinlebende (vgl. Tabelle 2).

¹ Äquivalenzgewichte, berechnet nach der EU-weit angewandten „neuen OECD Skala“: Hierbei wird die erste erwachsene Person eines Haushaltes mit dem Faktor 1,0 gerechnet, alle weiteren Personen ab 14 und mehr Jahren mit dem Faktor 0,5 und Kinder von 0 bis unter 14 Jahren mit 0,3. Nur auf diese Weise sind Vergleiche z.B. zwischen Ein-Personen-Haushalten oder Fünf-Personen-Haushalten (mit zwei Erwachsenen und drei Kindern) möglich. (Vgl. u.a.: Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland, Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V., Berlin 2009, S. 7.

Tabelle 2: Ausgewählte Strukturen nach Gewinnen und Verlusten der deutschen Einheit
- neue Bundesländer 2009 - Anteile in Prozent -

	Gewinne überwiegen	Gewinne/Verluste gleich	Verluste überwiegen
Gesamt	42	33	26
Geschlecht			
Frau	35	37	28
Mann	48	28	24
Alter			
unter 25 Jahren	59	23	17
25-39 Jahre	39	32	29
40-49 Jahre	45	28	27
50-59 Jahre	28	37	35
60 Jahre und älter	43	36	21
Gemeindegröße			
unter 1.000 Ew.	31	37	32
1.000-5.000 Ew.	37	35	28
5.000-20.000 Ew.	38	34	28
20.000-100.000	46	29	26
100.000 Ew. und darüber	50	30	20
Qualifikation			
ohne Abschluss	39	35	26
Facharbeiter/Meister	39	34	28
Fachschule	47	30	23
Hochschule	59	26	15
sozialer Status			
Arbeiter	30	36	34
Angestellte	43	35	22
Beamte	59	24	17
Selbst./Freischaffende etc.	55	27	18
prekäre Arbeitsverhältnisse erlebt			
gegenwärtig in prekären AV	24	30	47
prekäre AV früher erlebt	31	36	33
prekäre AV noch nicht erlebt	48	32	20
äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen/Euro/Monat			
unter 750	19	29	52
759-999	36	36	28
1.000-1.499	50	35	15
1.500-1.999	53	38	9
2.000 und darüber	69	23	8
individuelles Nettoeinkommen/Euro/Monat			
ohne Einkommen	42	24	34
unter 500	16	31	54
500-999	38	35	28
1.000-1.499	43	38	20
1.500-1.999	55	35	9
2.000 und darüber	72	18	10

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Kurzresümee

Zur Differenziertheit des Meinungsbildes

Allgemein lässt sich feststellen, dass über die verschiedensten sozio-demografischen Gruppen hinweg oft ähnliche Antworten zu verzeichnen sind. Ähnliche Einstellungen zur deutschen Einheit einschließlich des entsprechenden Engagements der Bundesregierung sowie zu Reaktionen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise als auch zum Bewertungsverhalten junger Ostdeutscher sind zum Teil bestimmender als auch vorhandene Differenzierungen.

Sozialstrukturelle Unterschiede in der Beantwortung der Fragen resultieren insbesondere im Komplex, der sich mit der deutschen Einheit befasst, aus dem jeweils eigenen Konglomerat von sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So antworten Frauen und Männer als eine der zentralen demografischen Gruppen einheitlicher als z.B. Erwerbstätige und Arbeitslose oder Menschen mit unterschiedlicher Qualifikation.

Auch verlaufen die Antworten der verschiedenen Altersgruppen häufiger ähnlich als auseinander divergierend - bis auf eine Ausnahme; die jungen Menschen bis 25 Jahre. Unzureichende Wissensvermittlung in der Schule, mangelndes Interesse an der Zeitgeschichte, aber auch an aktuellen Entwicklungen in Deutschland und der Welt werden mit Ursachen dafür sein, dass viele junge Menschen einen großen Teil der Fragen zur deutschen Einheit nicht beantworten können (oder wollen). Andererseits orientieren sich vor allem hinsichtlich von Wertungen in Verbindung mit der finanz- und Wirtschaftskrise wahrscheinlich mehr junge Menschen als Ältere am Verhalten von Politikern, die öffentlich verschiedenste Meinungen verkünden, um dann später anderen Auffassungen zuzustimmen und sich auch oft im Sinne „wir wissen auch nicht, was notwendig und machbar ist“ äußern, so dass gerade bei jungen Menschen sich dann die Meinung bildet, wenn es die Politiker nicht wissen, wie soll ich das dann wissen oder bewerten.

In einigen Fällen werden unterschiedliche Antworten sichtbar, je nach dem, ob die Befragten in kleinen Gemeinden wohnen oder Großstädte als Lebensmittelpunkt benennen.

Oft antworten die Ostdeutschen, die über ein vergleichsweise hohes oder sehr hohes Haushaltsnettoeinkommen² verfügen, anders als der Durchschnitt der Befragten.

Deutlich häufiger sind unterschiedliche Bewertungen erkennbar zwischen denjenigen, die für sich mit der deutschen Einheit eher Gewinne oder eher Verluste verbinden, denen, die eine enge Bindung an Ostdeutschland haben, und Menschen mit geringer ostdeutscher Verbundenheit, aber auch bei jenen, die die Einheit schon als erreicht ansehen, oder denen, die mehr oder weniger meinen, diese Einheit wird es nie geben.

Zum Stand der deutschen Einheit

Für die große Mehrheit der Menschen aus den neuen Bundesländern ist die deutsche Einheit gegenwärtig noch nicht erreicht. Jedoch geht nur ein Teil davon aus, dass diese nie erreicht wird. Als Hauptmaßstäbe gelten für die verwirklichte Einheit, dass „auch im Osten von der eigenen Arbeit gut gelebt werden kann“, gleiche Lebensbedingungen und Einkommen einschließlich Renten in Ost und West sowie gleiche berufliche Chancen gegeben sind. Einheit wird nicht als Präsent der Politik oder Politiker betrachtet, sondern wird gemessen an der Möglichkeit, sein Leben genauso frei und selbstbestimmt und unter den gleichen Rahmenbedingungen wie die Menschen in den alten Bundesländern zu gestalten.

Die Anerkennung von Leistungen und Ideen, Lösungsansätzen und Erfahrungen der Menschen aus der DDR bei der Gestaltung des alltäglichen Lebens bildet für einen Großteil der Menschen aus den neuen Bundesländern ein mitbestimmendes Zielkriterium.

2 Grundsätzlich wurden immer äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen (vgl. Fußnote 1) betrachtet, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Demgegenüber sind rein materiell orientierte Aspekte, hier beispielhaft an der Anpassung der Vermögenshöhen, untersucht, nur für einen deutlich geringen Teil der Ostdeutschen ein Zielkriterium deutscher Einheit.

Zum gegenseitigen Interesse in Ost und West

Nur sehr wenigen Menschen in den neuen Bundesländern ist das Verhältnis zwischen Ost und West egal. Das große Interesse vieler Ostdeutscher an dem Leben in den alten Bundesländern übertrifft noch das Interesse der Menschen aus den neuen Bundesländern an dem (eigenen) Leben in den neuen Bundesländern.

Die Mehrheit der Ostdeutschen stellt bei Begegnungen mit den Menschen aus den alten Bundesländern ein Interesse an dem Leben in Ostdeutschland fest, ungeachtet dessen oder auch auf Grund des Miteinanderredens fühlt sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Ostdeutschen von den Menschen aus Westdeutschland oft nicht verstanden.

Einer Minderheit sind Westdeutsche (nach wie vor) fremd.

Die von den Medien transportierten Äußerungen westdeutscher Politiker über das Leben in der DDR befördern bei der Mehrheit der Ostdeutschen die Meinung, dass es zumindest einem Teil an einem ausgewogenen und sachlichen Blickwinkel fehlt. Von der Bundeskanzlerin wird - auch als der höchstrangigen Ostdeutschen - noch mehr Engagement für die Beförderung des gegenseitigen Interesses der Menschen in den neuen und alten Bundesländern erwartet.

Zum Ostengagement der Bundesregierung

Im Meinungsbild der ostdeutschen Befragten zur Bewertung des Engagements der Bundesregierung für die ostdeutsche Entwicklung lässt sich eine grobe Teilung erkennen. Ein Teil der bisher im Zentrum der Programme des „Aufbau Ost“ gestandenen Politikfelder werden im Ergebnis mehrheitlich als positiv bewertet. Das betrifft vor allem Bereiche der infrastrukturellen Erneuerung („produktive Investitionen“). Dagegen sind es eher die Politikfelder, die näher an der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Menschen liegen und Elemente ihres Lebensstandards („konsumtive Faktoren“) betreffen, bzgl. derer das Engagement der Bundesregierung als eher gering eingeschätzt wird.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zudem zu beachten, dass nicht nur konkrete Programme zum „Aufbau Ost“ oder deren Unterlassung Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern haben, sondern auch Programme, die im Lichte allgemeiner Politikgestaltung (also aus „gesamtdeutscher“ Perspektive) verfolgt werden. Beispiele dafür sind die überraschend positive Bewertung des Engagements der Bundesregierung im Hinblick auf erneuerbare Energien (deren spezifische Ergebnisse im Osten häufig auf Länderinitiativen zurückgehen), die doch moderate Bewertung des Engagements auf dem Gebiet der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen (angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels) und die überraschend negative Bewertung der Gestaltung der Lebensbedingungen für Familien, die einen besonderen Focus der Bundespolitik bildete.

Zur Verwendung des Solidaritätszuschlages

Insgesamt ist die Unterstützung einer Neuausrichtung der Mittelverteilung des Solidaritätsbeitrages zu erkennen. Das deutet darauf hin, dass mehrheitlich erstens eine sachbezogene, also an Notwendigkeiten und Bedarfen orientierte Politikgestaltung präferiert wird, und zweitens, dass auch im Osten solidarische Einstellungen überwiegen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen unterstützt sich wandelnde Prioritäten für die Verwendung der mit dem Begriff der Solidarität verbundenen Abgaben.

Hinsichtlich der mittelfristigen Verwendung des Solidaritätsfonds haben Bildung und Ausbildung, Strukturförderung und sozialpolitische Gestaltung fast gleich hohe Prioritäten.

Die Überführung von Mitteln des Solidaritätsfonds in den Verteidigungshaushalt wird von einer sehr deutlichen Mehrheit abgelehnt.

Der Einsatz der über die Solidarabgabe eingesammelten Mittel über den Entwicklungshilfeetat als Solidarbeitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in der dritten Welt findet jedoch ebenfalls so gut wie keine Unterstützung.

Zur Finanz- und Wirtschaftskrise

Dass sich die Finanzkrise auch auf weiten Teilen der Wirtschaft ausdehnen würde, war zum Befragungszeitpunkt gewiss. Tat sich die Bundesregierung stets schwer bei der Entscheidung über einige zusätzliche Millionen Euro für soziale Programme, wurden jetzt kurzfristig Milliarden Euro für verschiedenste Hilfsfonds zur Stützung der Banken bereitgestellt. In Diskussionen standen die Managergehälter im Vordergrund statt die Verantwortung von Management und Politik im Umgang mit dubiosen, hochspekulativen Finanzprodukten und Anlageformen. Populismus und Aktionismus im Blickfeld der bevorstehenden Bundestagswahl trugen eher zur Verunsicherung der Bürger bei als zur Vertrauensbildung.

Die größten Sorgen und daher die größte Entschiedenheit in den Bewertungen beziehen sich auf die Erwerbsbedingungen und die soziale Lage der privaten Haushalte. Fragen nach einer gerechten Krisenbewältigung auf der Ebene der Einzelnen stehen daher im Vordergrund.

Ein beachtlicher Teil der Ostdeutschen kann die Wirksamkeit der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung bzw. Regulierung der Wirtschaftskrise nicht einschätzen, nur wenige bewerten die - im März/April 2009 bekannten - Maßnahmen für ausreichend.

Als Profiteure der Gegenmaßnahmen der Bundesregierung werden vor allem die Konzerne und die Aktionäre und Manager der Banken genannt.

Zur Finanzierung sollten neben der Umverteilung von Ausgaben, z.B. Einsparungen bei Rüstungsausgaben, die vermögenden Mitglieder der Gesellschaft herangezogen werden, sei es über Anhebung von Spitzensteuersätzen oder von Vermögens- und Erbschaftssteuern oder/und auch mittels der Besteuerung von Börsenumsätzen.

Konsequenzen aus der Krise ziehen die Befragten vor allem im privaten Bereich. Hervorzuheben ist die relativ geringere Notwendigkeit bzw. Bereitschaft, sich auf gesellschaftliche Konsequenzen persönlich einzustellen. Das kann einerseits darauf hindeuten, dass die Menschen keine gewichtigen Folgen im Hinblick auf ihr eigenes Erwerbsleben antizipieren. Es kann aber andererseits auch bedeuten, dass die Menschen im Falle drastischer Konsequenzen nicht länger bereit sind, weitere Einschnitte in ihren Zugängen zum Arbeitsmarkt und bei der Erlangung von Einkommen hinzunehmen.

Hervorzuheben ist schließlich die geringe Bereitschaft zu gesellschaftlichem und politischem Engagement, um sich gegen die Krisenfolgen zu wehren. Dieser Befund wirft ein Schlaglicht auf die geringen Erfolgchancen, die die Befragten dem eigenen Handeln einräumen.

1. Deutschland einig Vaterland

Im Jahr 2009 fällt das Resümee nach 20 Jahren Wende und anschließender deutscher Einheit nach wie vor uneinheitlich unter der ostdeutschen Bevölkerung aus. Mit der juristischen, institutionellen und staatlich-organisatorischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik verband die Mehrheit der Ostdeutschen hohe Erwartungen an Konsummöglichkeiten, persönliche Freiheit und Demokratie. Eines der wesentlichen Ziele seit der Vereinigung 1990 besteht in der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

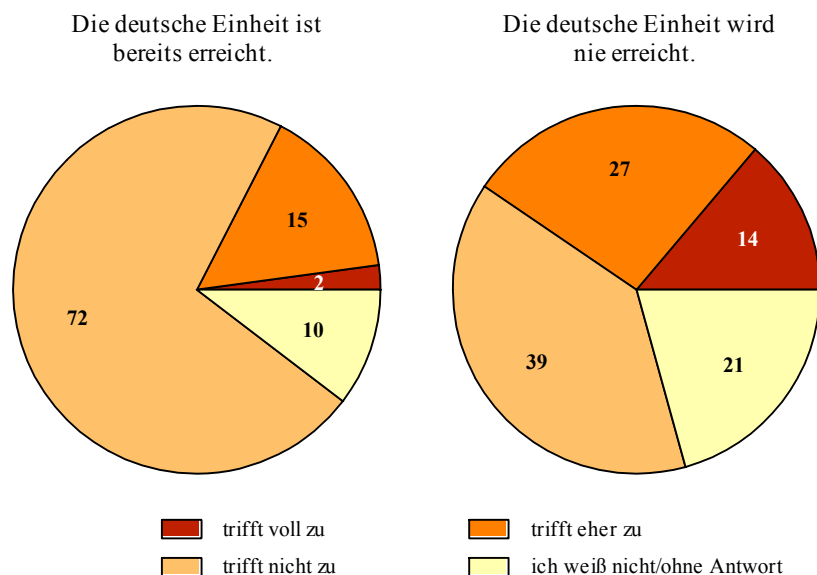
Teilerfolge wie die der persönlichen Freiheitsrechte und Freizügigkeit, Wohnen und Reisen, Vereinsvielfalt und gesundheitliche Betreuung u.a. erfahren seitens der Ostdeutschen eine hohe Würdigung³. Demgegenüber stehen aber Defizite und Stillstände der Vereinigung in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung: Es fehlt weiterhin eine nachhaltige und selbsttragende Wirtschaft als gesellschaftliche Rahmenbedingung, denn der Aufbau wirtschaftlicher Strukturen kann sich nicht nur auf wenige „Leuchttürme“ des Fortschritts beschränken. Immer noch offen ist die Angleichung der Lebensbedingungen, nicht im Sinne der Gleichmacherei, sondern der gleichen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmendingungen, z.B. bei Arbeitseinkommen und Rente.

Diese wichtigen Indikatoren sind es dann auch, an denen die Einschätzungen der ostdeutschen Bürger zur Deutschen Einheit sich mehr oder weniger stark unterscheiden.

1.1 Zum Stand der deutschen Einheit

Für die große Mehrheit der Menschen aus den neuen Bundesländern ist die deutsche Einheit gegenwärtig noch nicht erreicht. Jedoch geht nur ein Teil davon aus, dass diese nie erreicht wird. Als Hauptmaßstäbe gelten für die verwirklichte Einheit, dass „auch im Osten von der eigenen Arbeit gut gelebt werden kann“, gleiche Lebensbedingungen und Einkommen einschließlich Renten in Ost und West sowie gleiche berufliche Chancen gegeben sind.

Abbildung 1: Erreichbarkeit der deutschen Einheit - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

³ Vgl. u.a. Winkler, Gunnar: „20 Jahre friedliche Revolution - die Sicht der Bürger der neuen Bundesländer von 1989 bis 2009“, Berlin 2009 (erscheint im Herbst 2009).

Für fast ein Fünftel (17 %) der Ostdeutschen ist die Einheit mehr oder weniger bereits erreicht, 41 % gehen eher davon aus, dass diese nie verwirklicht wird (im Folgenden auch als Einheitsskeptiker bezeichnet). Ebenfalls 40 % meinen, dass den Weg der Einheit zu Ende zu gehen möglich ist. Eine enge Auslegung der Antworten, reduziert auf den Skalenwert „trifft zu“ bedeutet, dass nur 2 % gegenwärtig die Einheit als vollendet ansehen, 14 % diese als nie erreichbar sehen und 84 % meinen, wir sind auf dem Wege zum einheitlichen Deutschland.

Ein Fünftel gibt zur Erreichbarkeit der deutschen Einheit keine Antwort, darunter - wie überhaupt bei vielen der Fragestellungen zur deutschen Einheit feststellbar - sehr viele junge Menschen (ein Drittel der unter 25-Jährigen).

Jede(r) vierte Beamte/in (27 %) kann sich bezüglich der **Nichterreichbarkeit** der deutschen Einheit nicht festlegen.

Während bei den jüngeren Menschen fehlendes Wissen über die bestehenden materiellen, finanziellen und gesetzgeberischen Differenzierungen zwischen Ost und West, aber auch Desinteresse entscheidend für die Stimmhaltung sind, bestimmt wohl gerade das Detailwissen vieler Beamten über die Vielschichtigkeit der bestehenden Differenzierungen deren Zurückhaltung.

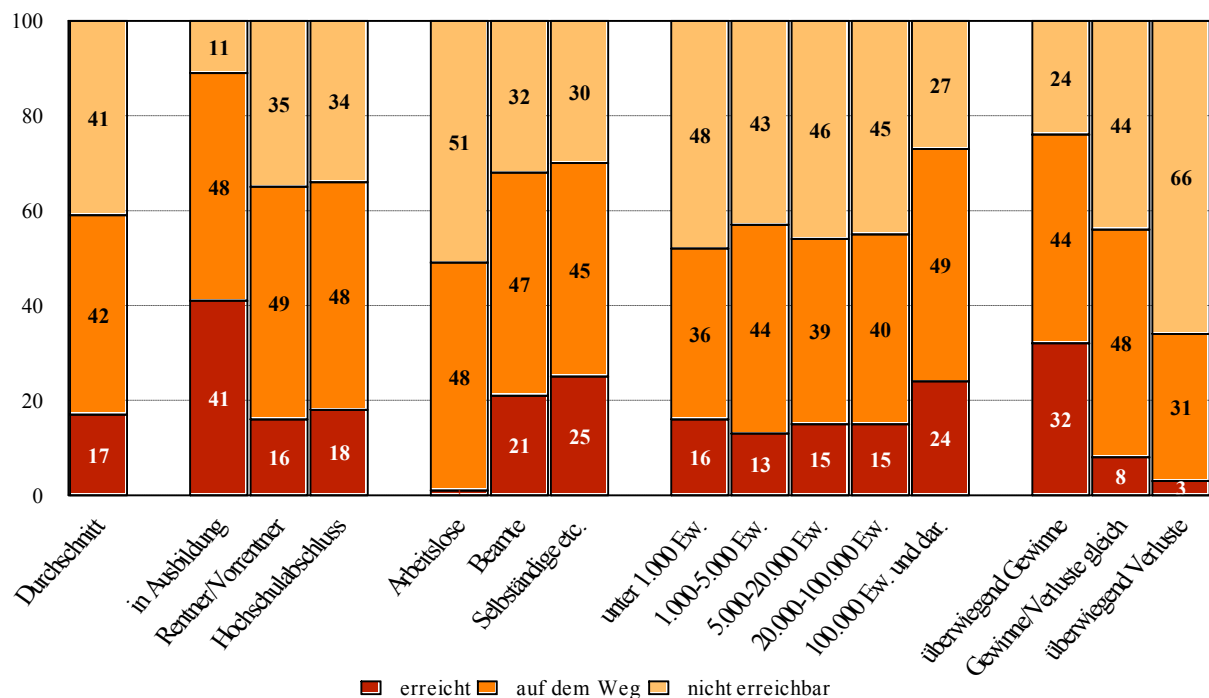
Allgemein lässt sich feststellen, dass vier Fünftel der Ostdeutschen die deutsche Einheit noch nicht als erreicht oder als überhaupt nicht möglich betrachten. Einige soziale Gruppen geben eine positivere Bewertung ab:

- Junge Frauen und Männer (39 %) und vor allem diejenigen, die sich in Ausbildung - Schule Beruf, Studium - befinden (41 %), sehen deutlich häufiger die deutsche Einheit bereits als erreicht an als der Durchschnitt der Ostdeutschen.
- Bürgerinnen und Bürger, die für sich mit der deutschen Einheit überwiegend Gewinne verbinden, halten auch häufiger den Prozess der deutschen Einheit für abgeschlossen (32 %).
- Jeder vierte Selbständige (25 %) sieht die deutsche Einheit als erreicht an, gleiches gilt für die Einwohner der Großstädte (24 %) und diejenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 Euro und mehr.
- Nur 1 % (!) der Arbeitslosen und 3 % derer, die mit der Wiedervereinigung eher Verluste für sich verbinden, sehen die deutsche Einheit bereits als verwirklicht an.

Vier von zehn der Ostdeutschen (42 %) charakterisieren den Prozess der deutschen Einheit zwischen schon erfolgt und nie erreichbar. Das sind diejenigen, die bei **beiden** Fragen mit „ich weiß nicht“ oder gar nicht geantwortet, also sich bei keinem der **beiden** Extreme (Einheit erreicht bzw. nie erreichbar) festlegt haben.

- Fast die Hälfte der unter 25-Jährigen (47 %) bzw. derer, die sich in Ausbildung befinden (48 %), sehen unser Land in dieser Phase seiner Entwicklung.
- Gleiches gilt für die Beamten (47 %) sowie die Befragten mit Hochschulabschluss (48 %).
- Jeder zweite Arbeitslose (48 %) und Rentner (49 %) meinen, dass Deutschland auf dem Weg zur Einheit ist.

Abbildung 2: Erreichbarkeit der deutschen Einheit - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



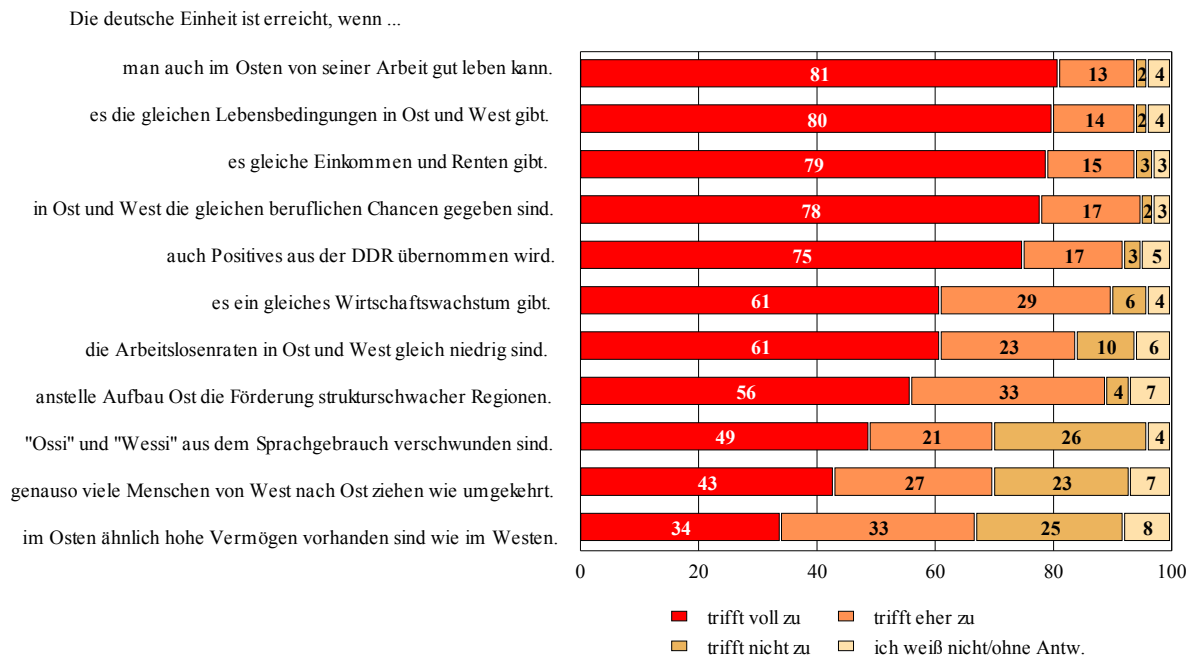
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Unter denen, die die deutsche Einheit als mehr oder weniger nicht erreichbar einschätzen, lassen sich folgende Differenzierungen erkennen:

- Nur 14 % der unter 25-Jährigen bzw. nur 11 % der in Ausbildung Befindlichen meinen, dass die deutsche Einheit nicht oder eher nicht erreichbar ist. Lediglich 27 von 100 Einwohnern der großen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern meinen, dass die deutsche Einheit eher nicht erreichbar sei.
- Die Nichterreichbarkeit der deutschen Einheit wird überdurchschnittlich von Arbeitslosen (51 %) und denen, die gegenwärtig (50 %) oder ehemals (45 %) mit prekären Arbeitsverhältnissen leben, benannt.
- Einwohner der Klein- und Mittelstädte (46 %) glauben überdurchschnittlich seltener an eine vollendbare deutsche Einheit.
- Zwei Drittel derjenigen, die die Entwicklung seit 1989/90 eher mit persönlichen Verlusten verbinden, sehen das Ziel einer deutschen Einheit als nicht erreichbar.

1.2 Zielkriterien für die deutsche Einheit

Abbildung 3: Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Hinsichtlich der Ziele, die als Indikatoren für die erreichte deutsche Einheit gelten können, lässt sich feststellen:

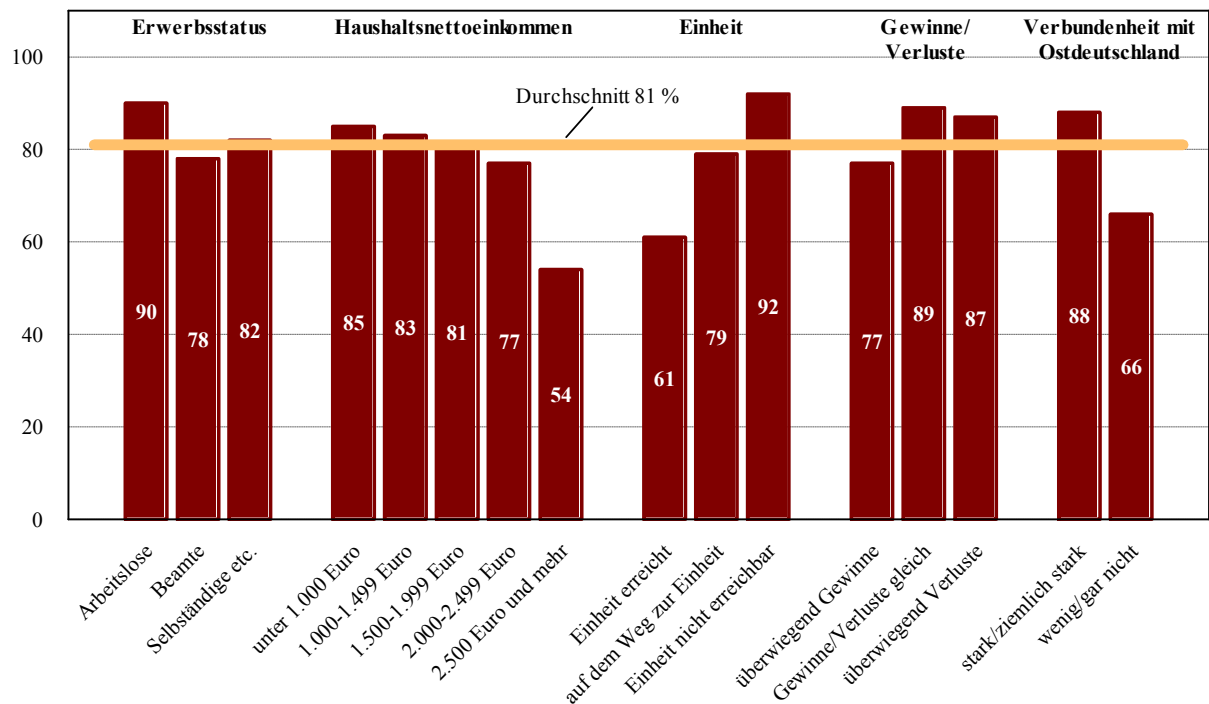
Erstens: Chance zur Wahrnehmung von Selbstverantwortung

Diese erste Gruppe wird aus dem Indikator, die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann“, gebildet.

Insbesondere Arbeitslose, aber auch diejenigen, die mit der Einheit keine Gewinne verbinden und sich mit Ostdeutschland stark bzw. sehr stark verbunden fühlen, bewerten dieses Zielkriterium noch höher als der Durchschnitt.

Befragte, die nicht an eine jemals erreichbare deutsche Einheit glauben, sehen hier das Zielkriterium ihrer Entscheidung.

Abbildung 4: Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Zweitens: Gleichheitskriterien

Zu dieser zweiten Gruppe von Zielkriterien zählen **gleiche Lebensbedingungen in Ost und West (80 %)**, die letztlich u.a. durch **gleiche Einkommen (79 %)** und **gleiche berufliche Chancen (78 %)**, aber auch **gleiches Wirtschaftswachstum (61 %)** in Ost wie West sowie **gleichniedrige Arbeitslosenraten (61 %)** wie in den alten Bundesländern geschaffen werden.

Die entsprechenden Indikatoren werden von zwei Dritteln bis drei Vierteln (und mehr) der Befragten ohne Einschränkungen bejaht.

Innerhalb dieser Gruppe von Zielkriterien sind nur wenige sozialstrukturelle Differenzierungen identifizierbar. Auch hier stimmen überdurchschnittlich viele derjenigen, die die Einheit aus gegenwärtiger Sicht für eher nicht erreichbar halten, für diese Kriterien.

Für Arbeitslose haben diese Kriterien eine noch höhere Bedeutung. Für jüngere Befragte sind diese nicht so wesentlich.

Mit steigendem Einkommen verlieren diese Zielkriterien an Einflusskraft.

Auch die erlebten Gewinne oder Verluste der deutschen Wiedervereinigung sowie die Verbundenheit mit Ostdeutschland beeinflussen die unterschiedlich starke Ausprägung dieser Indikatoren.

Tabelle 3: Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn ...				
	es die gleichen Lebensbedingungen in Ost und West gibt.	es gleiche Einkommen und Rente gibt.	im Osten die gleichen beruflichen Chancen gegeben sind wie im Westen.	es ein gleiches Wirtschaftswachstum gibt.	die Arbeitslosenraten in Ost und West gleich niedrig sind.
Durchschnitt	80	79	78	61	61
Arbeitslose	87	83	91	69	64
18 bis 25 Jahre alt	75	63	63	34	45
Haushaltseinkommen					
unter 1.000 Euro	86	82	81	62	64
1.000-1.499 Euro	79	80	75	64	62
1.500-1.999 Euro	77	80	78	56	54
2.000-2.499 Euro	72	67	74	55	59
2.500 Euro und dar.	71	65	58	52	47
Einheit brachte					
überwiegend Gewinne	72	72	71	53	51
Gewinne/Verluste gleich	86	87	85	71	68
überwiegend Verluste	87	85	85	69	69
Verbundenheit mit Ostdeutschland					
stark/ziemlich stark	85	85	82	65	65
wenig/gar nicht	71	66	68	51	52
Stand der Einheit					
erreicht	62	53	60	40	45
auf dem Weg	78	80	75	56	58
nicht erreichbar	90	89	88	75	72

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Angleichung von Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosenraten (je 61 % „trifft voll zu“) wird mit steigendem Alter als Zielkriterium deutscher Einheit bedeutsamer und verliert mit der Einkommenshöhe.

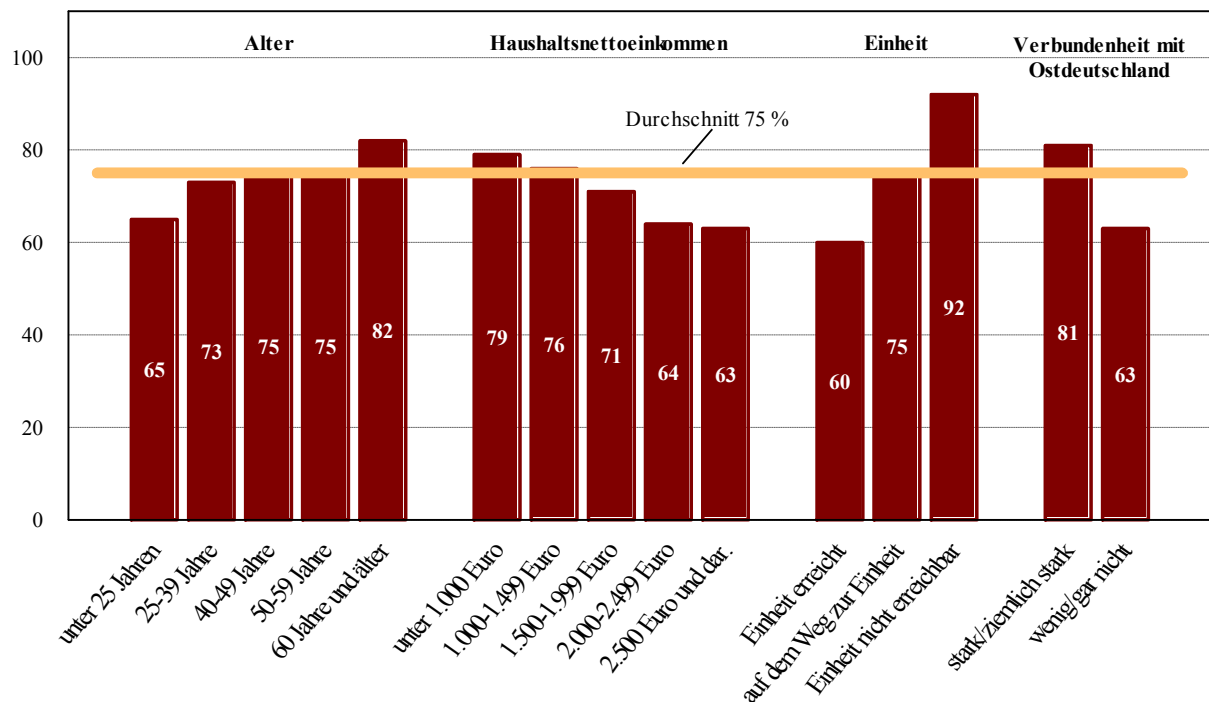
Frauen beziehen beide Kriterien (70 % bzw. 67 %) häufiger in ihre Bewertung ein als Männer (51 %/ 56 %). Für diejenigen, die für sich überwiegend Gewinne in der deutschen Einheit sehen, haben diese beiden Kriterien weniger Gewicht (53 % bzw. 51 %) als für die Frauen und Männer, die eher Verluste mit der deutschen Einheit verknüpfen (jeweils 69 %).

Drittens: Anerkennung Ost und Förderung West

Diese dritter Komplex beinhaltet die Zielkriterien, die sowohl die Bereitschaft, **Positives aus der DDR** in die Gestaltung der Lebensbedingungen für alle Menschen in Deutschland zu übernehmen (75 %), als auch die Ablösung der „Aufbau-Ost“-Programme durch die **Förderung strukturschwacher Regionen** (56 %), unabhängig ihrer geographischen Lage in den östlichen oder westlichen Bundesländern umfassen.

Die Anerkennung von Leistungen und Ideen, Lösungsansätzen und Erfahrungen der Menschen aus der DDR bei der Gestaltung des alltäglichen Lebens bildet für drei von vier Menschen aus den neuen Bundesländern ein mitbestimmendes Zielkriterium. Mit dem Alter steigt die Bedeutung dieses Kriteriums, mit der Höhe des Haushaltseinkommens nimmt diese Bedeutung ab. Für Menschen, die die Einheit bereits als vollzogen ansehen, hat dieser Aspekt weniger Gewicht als für diejenigen, die zumindest gegenwärtig meinen, die Einheit ist nicht erreichbar.

Abbildung 5: Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z.B. Kindergärten, Polikliniken u.a.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

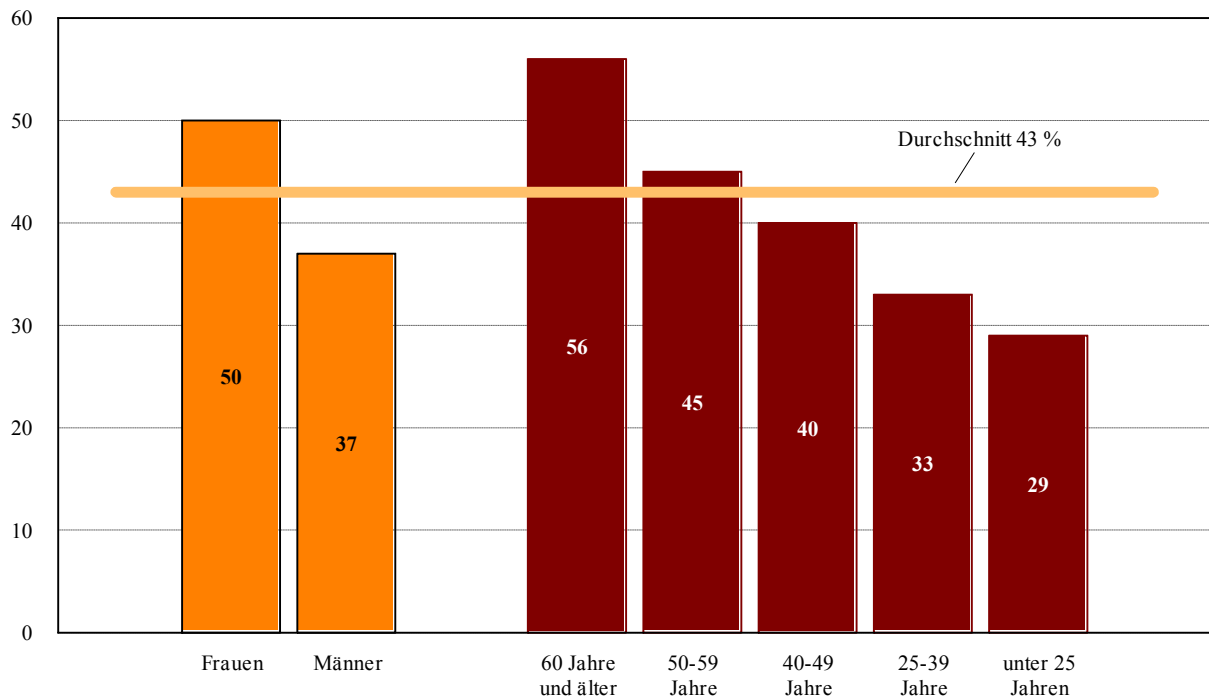
Während weniger als jeder zweite der Arbeitslosen und der „Einheitsverlierer“ die Ablösung des „Aufbau Ost“ durch Förderungen strukturschwacher Regionen in Ost und West als Kriterium deutscher Einheit sieht, meinen dies drei Viertel der in Ausbildung Stehenden. Zwei Drittel der Einheitsgewinner, aber nur weniger als die Hälfte der sich als eher Verlierer der Einheit Bezeichnenden nehmen dieses Kriterium in ihre Einheitsbewertung auf.

Viertens: Verschwinden teils gesellschaftlicher Differenzierung

Erst wenn die **innerdeutschen Wanderungen** nicht mehr von einem Ost-Westgefälle dominiert werden - das schließt normale Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern nicht aus - wird nach Meinung von 43 % der Befragten die deutsche Einheit erreicht sein.

Ein ausgeglichenes Wanderungssaldo gilt für jede zweite Frau, aber nur für jeden dritten Mann als Kriterium vollendeter deutscher Einheit. Mit sinkendem Alter verliert dieser Indikator an Bedeutung.

Abbildung 6: Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „genauso viel Menschen von West nach Ost ziehen wie umgekehrt.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Jeder Zweite (49 %) meint, dass die deutsche Einheit dann erreicht sei, wenn die **Begriffe „Ossi“ und „Wessi“** aus dem Sprachgebrauch verschwunden sind.

Das Verschwinden der sprachlichen Reflexion der - noch existenten - Ungleichheiten und Unterschiedlichkeiten der Deutschen in „Ossi“ und „Wessi“ nimmt mit steigendem Lebensalter als Indikator für eine verwirklichte Einheit an Bedeutung zu, mit der Qualifikation und dem Einkommen ab. Am seltensten wird dieser Indikator von Beamten (31 % - „trifft voll zu“) in ihren Bewertungskodex aufgenommen.

Fünftens: Annäherung der Vermögenshöhen

Nur ein Drittel sieht in diesem eher materiell-finanziell orientierten Indikator ein Zielkriterium der deutschen Einheit.

Mehr Frauen (40 %) als Männer (27 %) finden hier einen Bewertungsmaßstab deutscher Einheit.

Mit zunehmendem Alter wird diesem mehr Gewicht beigemessen. Während nur ein Viertel der unter 25-Jährigen hier eine Messlatte deutscher Einheit sieht, meinen 40 % der über 60-Jährigen, dass die Annäherung der Vermögen mit in die Beurteilung des Standes der deutschen Einheit einfließen sollte.

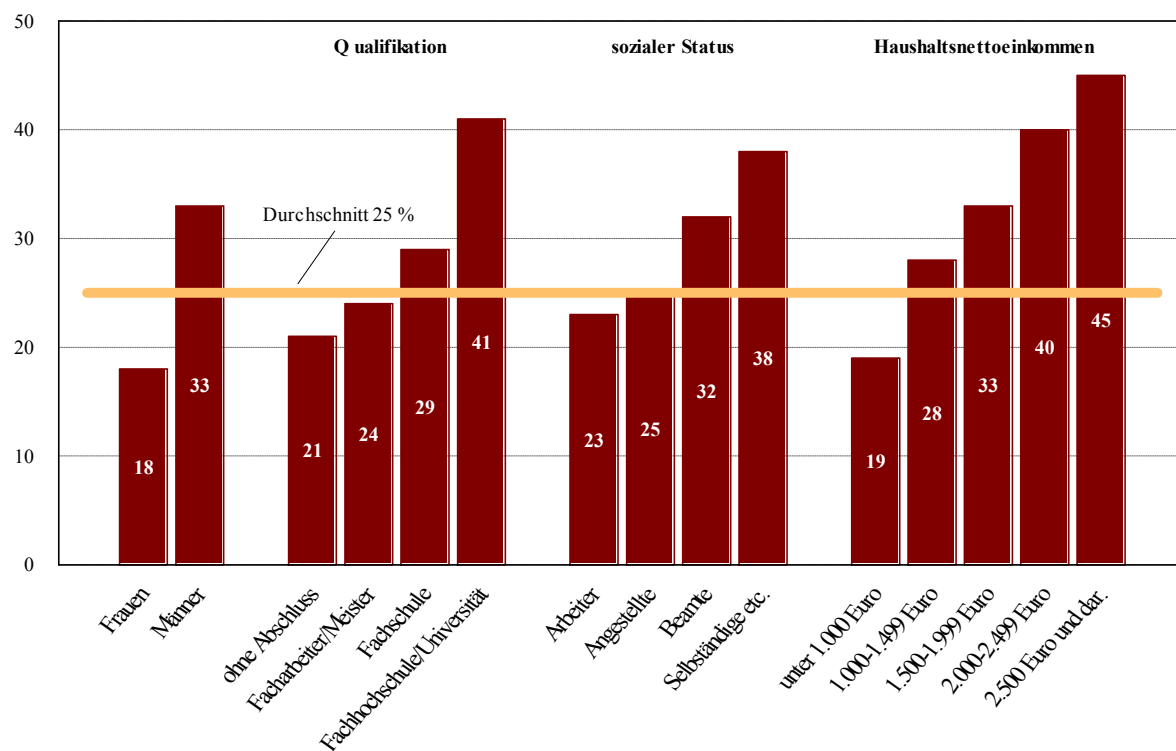
Während nur ein Viertel derjenigen, die mit der Einheit für sich eher Gewinne verbinden, hier ein Bewertungskriterium finden, sind es 44 % derer, die sich eher zu den Verlierern der Einheit zählen.

Die Angleichung der Vermögen wird von einem Viertel der Befragten nicht zu den Zielkriterien deutscher Einheit gezählt.

Mit steigender Qualifikation und steigendem Einkommen nimmt der Anteil derer zu, die diesen Indikator mit „trifft nicht zu“ charakterisieren.

Während weniger als ein Viertel der Arbeiter (23 %) mit „trifft nicht zu“ antworten, sind es 38 % der Selbständigen.

Abbildung 7: Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? Die deutsche Einheit ist erreicht, wenn „im Osten ähnlich hohe Vermögen vorhanden sind wie im Westen.“ - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

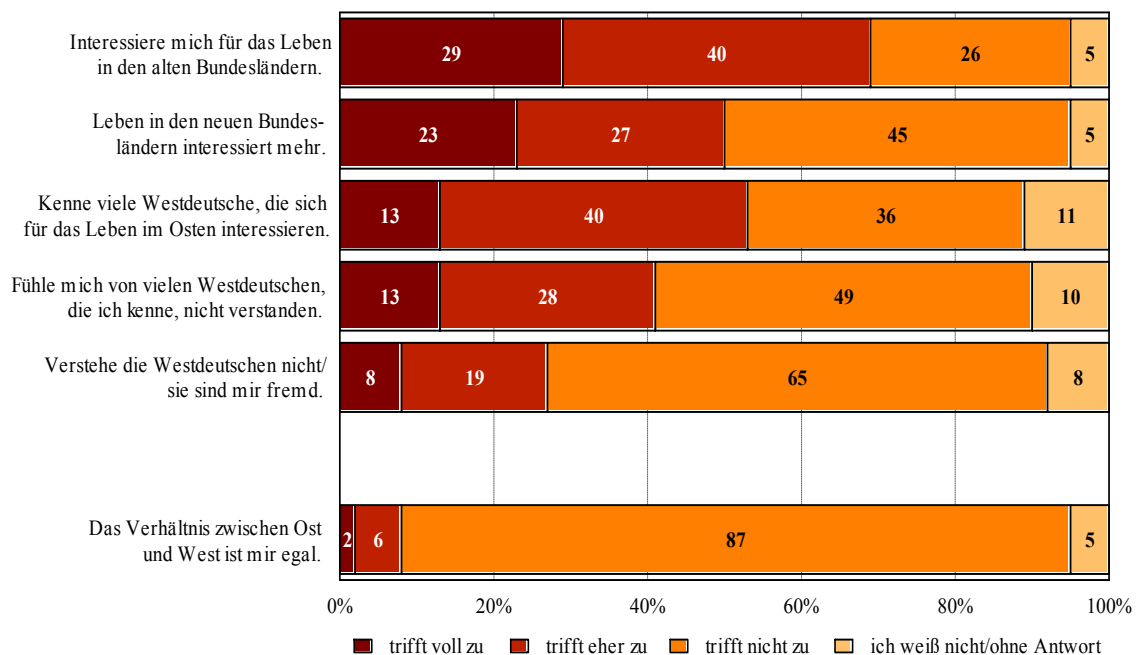
2. Bewertung des gegenseitigen Interesses aus Sicht der Bürger der neuen Bundesländer

Nach der Anfangseuphorie, die 1989/90 die Mehrheit der Deutschen beiderseits der innerdeutschen Grenze erfasst hatte, hat sich inzwischen das gegenseitige Interesse der Menschen in den neuen und alten Bundesländern zu einem normalen Maß der Neugierde, des Austausches familiärer Kontakte und des Entstehens verschiedenartigster Freund- und Bekanntschaften gewandelt. Darin eingeschlossen sind vielfältige soziale Kontakte über Begegnungen im Rahmen von Vereinen, Sportgruppen und Städtepartnerschaften. Die großen Wanderungsströme - zwar mehrheitlich von Ost nach West verlaufend - beförderten das gegenseitige Kennenlernen ebenso wie dienstliche Kontakte oder das private Zusammentreffen bei verschiedensten Gelegenheiten, aber auch Urlaubs- und Kurzreisen in die jeweils andere Region Deutschlands. Nicht zuletzt befördern auch die Medien mit wie auch immer ausgerichteten vielfältigen Berichten aus allen Ländern der Bundesrepublik das Wissen und Verstehen der „Anderen“ und das Interesse am Leben miteinander.

Nur sehr wenigen Menschen in den neuen Bundesländern ist das Verhältnis zwischen Ost und West egal. Das große Interesse vieler Ostdeutscher an dem Leben in den alten Bundesländern übertrifft noch das Interesse der Menschen aus den neuen Bundesländern an dem (eigenen) Leben in den neuen Bundesländern.

Die Mehrheit der Ostdeutschen sieht bei - ihnen bekannten - Menschen aus den alten Bundesländern ein Interesse an dem Leben in Ostdeutschland, andererseits fühlen sich noch deutlich mehr als ein Drittel von den ihnen bekannten Westdeutschen nicht verstanden. Einer Minderheit sind Westdeutsche (nach wie vor) fremd.

Abbildung 8: Wie bewerten sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Hinsichtlich der großen Zahl derer, denen das Verhältnis der Westdeutschen und Ostdeutschen **nicht** egal ist, sind nur geringe sozialstrukturelle Differenzierungen sichtbar. Menschen, die sich als Einheitsgewinner fühlen (92 %), und diejenigen mit einem starken Interesse an Politik (92 %) sowie insbesondere in Ausbildung Befindliche (96 %) liegen noch über dem Durchschnitt, die mit geringem Politikinteresse (79 %) und die Wendeversäuerter (81 %) entsprechend darunter.

Fast einem Viertel der Einwohner kleiner Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern ist das Ost-West-Verhältnis egal bzw. sie haben dazu keine Position (14 %).

Interesse am Leben in den alten Bundesländern

Ein ausgeprägtes Interesse an dem Leben in den alten Bundesländern haben neben den stark Politikinteressierten (46 %) die Älteren (41 % der ab 60-Jährigen), die gefühlten Wendegewinner (40 %) und die Selbständigen (36 %).

Mit zunehmendem Alter, höherer Qualifikation, steigendem Politikinteresse und den gefühltem Wendegewinn nimmt das Desinteresse am Leben im anderen Teil Deutschlands deutlich ab (vgl. Spalte „trifft nicht zu“ in Tabelle 4).

Tabelle 4: Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich interessiere mich sehr für das Leben in den alten Bundesländern.“
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft nicht zu	ich weiß nicht/ ohne Antwort
Alter				
unter 25 Jahren	33	16	38	13
25-39 Jahre	13	44	39	3
40-49 Jahre	24	49	23	4
50-59 Jahre	28	46	22	4
60 Jahre und älter	41	38	16	5
Qualifikation				
ohne Abschluss	34	24	38	5
Facharbeiter/Meister	27	42	25	6
Fachschule	28	50	21	2
Fachhochschule/Universität	31	52	14	3
Politikinteresse				
wenig/kein	15	36	39	10
mittel	23	49	23	5
stark/sehr stark	46	33	19	1
Einheit als Gewinn				
Verluste überwiegen	24	36	34	7
Gewinne/Verluste gleich	23	49	23	5
Gewinne überwiegen	40	41	17	2

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Größeres Interesse für das Leben in den neuen gegenüber den alten Bundesländern

Fast ein Viertel der Ostdeutschen interessiert das Leben in den neuen Bundesländern mehr als das in den alten Ländern.

Diese Sicht nimmt mit der Gemeindegröße ab. Ist es aus den kleinen Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern noch mehr als jeder Dritte (36 %), der dies für sich feststellt, ist es noch ein Viertel in den Gemeinden zwischen 1.000 und 5.000 Einwohnern (26 %), aber weniger als ein Fünftel in den Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern (19 %).

Das primäre Interesse an Ostdeutschland gegenüber dem Leben in den alten Bundesländern ist bei denen, die sich stark mit Ostdeutschland verbunden fühlen (29 %), wesentlich höher als bei jenen, die für sich diese Verbundenheit nur gering definieren (11 %).

Gewinner der deutschen Einheit (18 %) heben das vorrangige Interesse an Ostdeutschland weniger hervor als die, die sich zu den Verlierern der deutschen Einheit (31 %) zählen.

Mit steigendem Haushaltseinkommen nimmt die hauptsächliche Orientierung auf Ostdeutschland ebenso ab wie mit der Gemeindegröße und dem Politikinteresse.

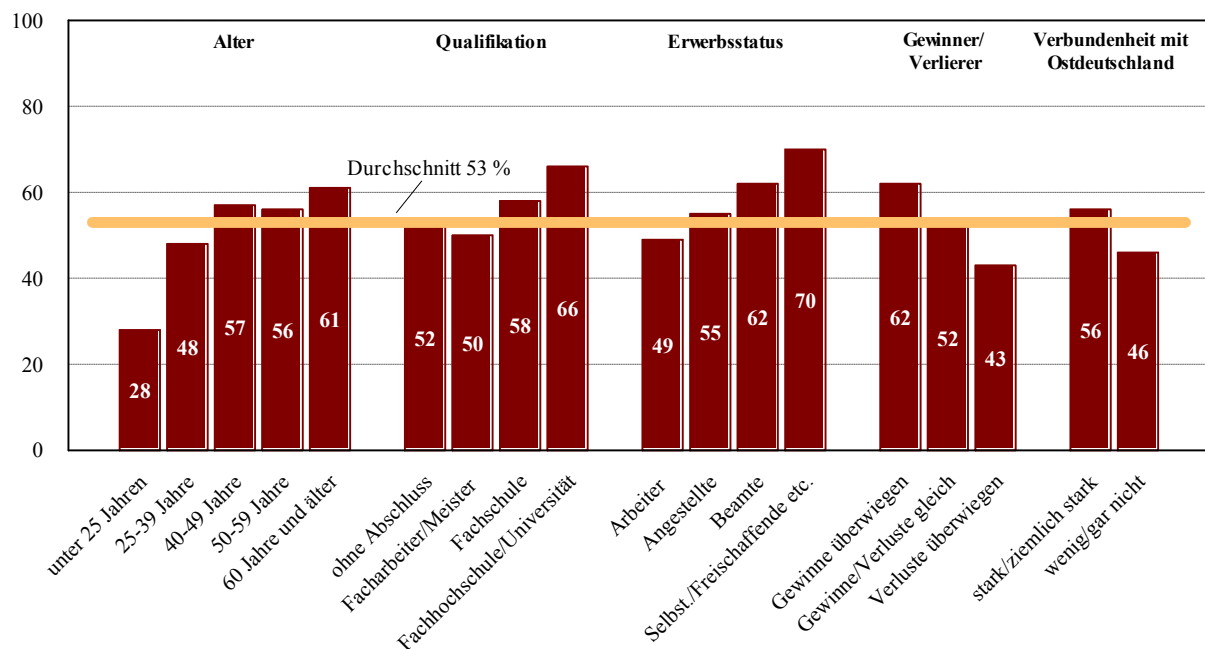
Interesse Westdeutscher am Leben in Ostdeutschland

Die angebliche Mauer in den Köpfen ist so allgemein nicht ersichtlich. Eine Mehrheit der Ostdeutschen (53 %) kennt Menschen aus den alten Bundesländern, „die sich für das Leben im Osten interessieren“.

Je älter die Befragten, umso häufiger ist wohl das familiäre, touristische und erwerbsbezogene Kennenlernen von Menschen aus anderen Teilen Deutschlands und deren Informationsinteresse und demzufolge die positivere Einschätzung.

Bei den Jüngeren zeigt sich eine interessante Differenzierung zwischen allen 18- bis 25-Jährigen und denen, die sich gegenwärtig in Ausbildung befinden. Allgemein hat diese Altersgruppe (noch) weniger Gelegenheiten des gegenseitigen Meinungs- und Gedankenaustausches (nur 28 % antworten mit „trifft zu“). Andererseits bewirkt das im Rahmen von Ausbildung oder Studium gegebene gemeinsame Lernen Gleichaltriger aus allen anderen Bundesländern, dass die Auszubildenden fast doppelt so häufig Menschen aus den alten Bundesländern mit Interesse für den Osten kennen (42 %).

Abbildung 9: Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich kenne viele Westdeutsche, die sich für das Leben im Osten interessieren.“ - nur Skalenwerte: „trifft zu/trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Zwei Drittel der Frauen und Männer mit Hochschulabschluss (66 %) kennen viele Menschen aus den alten Bundesländern mit Interesse für Ostdeutschland. Das gilt in noch stärkerem Maße für Selbständige, Freischaffende etc., von denen 7 von 10 angeben, an der Entwicklung in den neuen Bundesländern interessierte Menschen aus Westdeutschland zu kennen.

Deutlich unterscheiden sich hier auch die Gewinner (62 %) der deutschen Einheit von denen, die sich eher zu den Verlierern (43 %) zählen.

Disharmonien

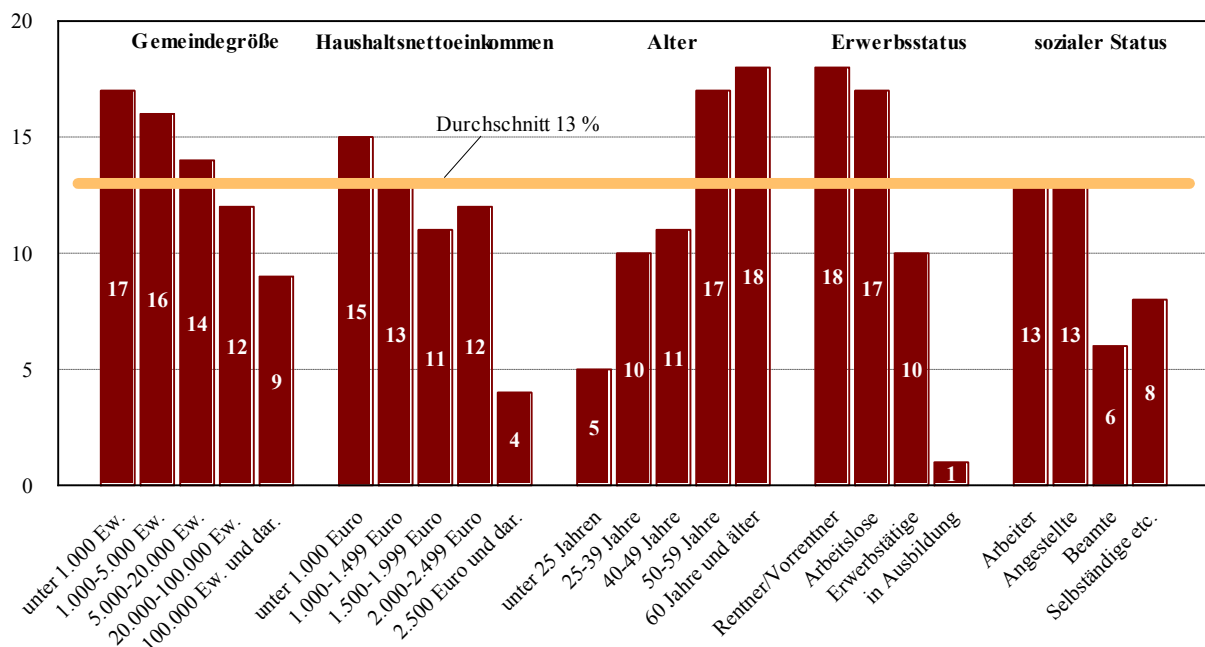
Nach wie vor fühlen sich etliche Menschen in den neuen Bundesländern von „vielen Westdeutschen, die sie kennen, nicht verstanden“ (13 % „trifft voll zu“, 28 % „trifft eher zu“). Die Hälfte meint aber, das trifft für sie nicht zu.

Ein Fünftel der jüngeren Befragten bzw. der in Ausbildung Stehenden kann sich hier nicht festlegen.

Mit sinkendem Alter und steigender Gemeindegröße nimmt die Zustimmung zu dieser Aussage deutlich ab. Nur einer von 100 Schülern, Studenten oder Azubis vertritt diese Meinung uneingeschränkt. Unter den Beamten und Selbständigen, den sich als Gewinner der Einheit Fühlenden und denjenigen mit hohem Haushaltsnettoeinkommen sind deutlich weniger als 10 % dieser Auffassung.

Neben den Älteren (18 % der Rentner/Vorrentner) sind es vor allem die sich eher als Verlierer der Einheit Fühlenden (23 %) und Arbeitslose (17 %), die sich oft von Westdeutschen nicht verstanden fühlen.

Abbildung 10: Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich fühle mich von vielen Westdeutschen, die ich kenne, nicht verstanden.“ - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Einem Viertel der Ostdeutschen **sind Westdeutsche - nach wie vor - mehr oder weniger fremd**. Zwei Drittel jedoch sehen das nicht so.

Die Analyse derer, die diese Meinung nicht vertreten, zeigt, dass mit steigendem Einkommen und Qualifikation diese Auffassung immer häufiger abgelehnt wird. Acht von Zehn der sich als Gewinner Fühlenden und Selbständigen lehnen diese Meinung ebenso ab wie in Ausbildung Stehende (72 %) und Beamte (71 %). Unter den Arbeitslosen sind es demgegenüber 39 %, die sich von Westdeutschen nicht verstanden fühlen.

Westdeutsche Politiker und ihre Sicht auf die DDR

Die Mehrheit (53 %) meint, dass Politikerinnen und Politikern aus den alten Bundesländern ein sachlicher und ausgewogener Blick auf die DDR fehlt. Nur ein knappes Drittel bescheinigt mehr (4 %) oder weniger (28 %) den Politikern aus den alten Bundesländern einen sachlichen und ausgewogenen Blick auf Ostdeutschland. 15 % können oder wollen sich dazu keine Meinung bilden.

Bei der Betrachtung der Antworten ist zu berücksichtigen, dass jeder aus der eigenen Sicht auf den Osten die ihm bekannten und haften gebliebenen Äußerungen von Politikern aus den alten Bundesländern bewertet. Die gleiche Meinungsäußerung eines beliebigen Politikers zu einem bestimmten Sachverhalt des Lebens oder der Entwicklung in den neuen Bundesländern wird von den Ostdeutschen je nach eigener Bewertung des Geschehens positiver oder negativer, zustimmend oder ablehnend eingeordnet.

Bis auf wenige Ausnahmen zieht sich dieser Blickwinkel durch alle sozialen Schichtungen. Noch deutlich kritischer als der Durchschnitt werden die Politiker der alten Bundesländer hinsichtlich ihrer Betrachtung des Ostens von den Verlieren der deutschen Einheit (66 %), den Arbeitslosen (64 %), den höher Qualifizierten (60 % der Fach- und Hochschulabsolventen), aber auch denjenigen mit großem Politikinteresse (60 %) und der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (59 %) eingeschätzt.

Wesentlich positiver als im Durchschnitt sind Einschätzungen nur bei den Selbständigen (46 % „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“) und bei den sich als Gewinner Fühlenden (46 %) zu finden.

Insbesondere junge Menschen (25 %) einschließlich derer in Ausbildung (20 %) und die politisch Desinteressierten (23 %) wissen sich nicht zu positionieren.

Erwartungen an das Engagement der Bundeskanzlerin

Die große Mehrheit der Ostdeutschen (42 % „trifft voll zu“, 35 % „trifft eher zu“) erwartet von der Bundeskanzlerin mehr Engagement für ein gegenseitiges Interesse der Ost- und Westdeutschen. Nur 16 % sehen das Engagement der Kanzlerin in dieser Hinsicht als ausreichend.

Gegenüber dem Durchschnitt (6 %) meinen viermal so viele der jungen Befragten (24 %), dies nicht bewerten zu können.

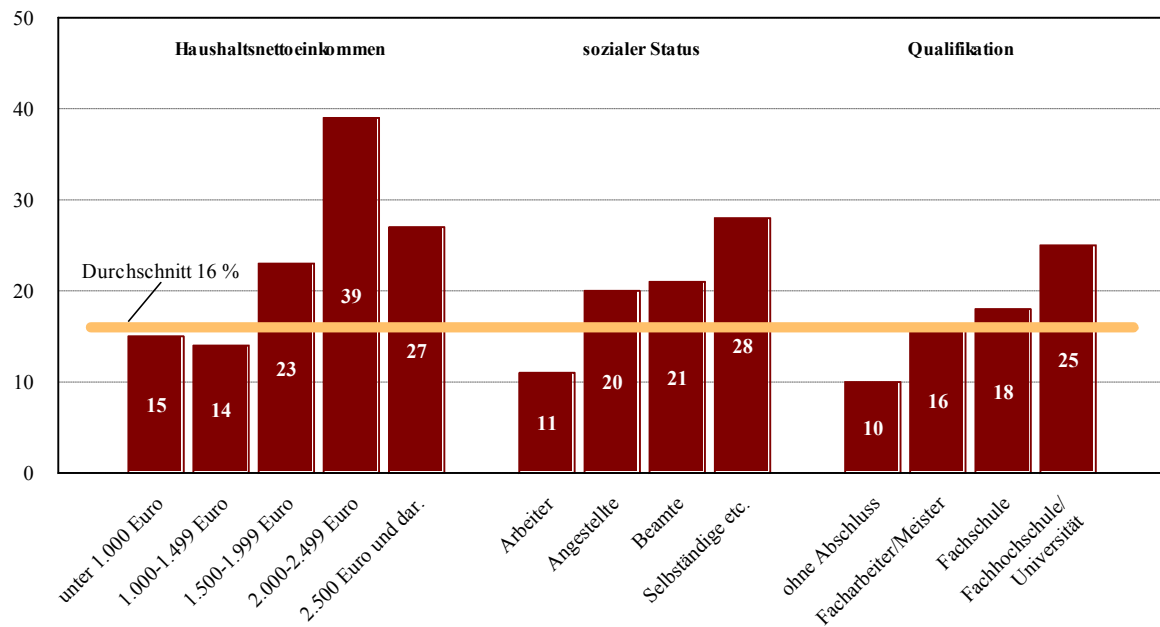
Mit dem Alter nimmt die uneingeschränkt kritische Haltung zum Engagement der Bundeskanzlerin für das gegenseitige Interesse von West- und Ostdeutschen zu. Neben den Arbeitslosen (57 %) und Rentnern (56 %) sind es wiederum diejenigen, die sich eher als Einheitsverlierer sehen (53 %), die sich überdurchschnittlich mehr entsprechenden Einsatz der Bundeskanzlerin wünschen.

Andererseits vertreten diesen Standpunkt nur 12 % der Auszubildenden, jeder vierte Beamte (26 %) sowie ein Drittel der Erwerbstätigen (31 %) und höher Qualifizierten (32 %).

All jene jedoch, die bei dieser Fragestellung mit „trifft nicht zu“ geantwortet haben, schätzen das Engagement der Bundeskanzlerin als ausreichend ein.

Mit steigender Qualifikation, höherem Einkommen und sozialem Status wird das Eintreten der Bundeskanzlerin hinsichtlich des gegenseitigen Interesses ausreichender gesehen.

Abbildung 11: Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander? „Ich erwarte von der Bundeskanzlerin mehr Engagement für ein gegenseitiges Interesse der Ost- und Westdeutschen.“ - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

3. Bewertungen des Ostengagements der Bundesregierung

Der „Aufbau Ost“ war und ist Schlagwort zur Beschreibung der verschiedensten Entwicklungen in den neuen Bundesländern. Die alle Bereiche des Lebens tangierenden Gestaltungsfelder sind in unterschiedlichem Maße im Blickwinkel der jeweiligen Regierungen der vergangenen Jahre. War in den ersten Jahren neben vielen anderen die Sanierung der ostdeutschen Innenstädte Schaufenster des „Aufbau Ost“, rückten in den letzten Jahren mit den vermehrten Versuchen des Reagierens auf ablaufende und absehbare demografische Veränderungen Entwicklungen in den Mittelpunkt, die u.a. in den Programmen des Stadtumbaues Ost mit dem Abriss Tausender von Wohnungen sichtbar wurden, aber auch in dem faktischen Stillstand von Angleichungen der Lebensbedingungen, z.B. der Einkommen.

Die unter dem Schlagwort „Aufbau Ost“ zusammengefassten Programme unterliegen auch gegenwärtig intensiven politischen Diskussionen, die sich in unterschiedlichen Bewertungen der Ergebnisse und in verschiedenen Vorschlägen der künftigen Gestaltung des Angleichungs- bzw. Annäherungsprozesses zwischen den neuen und den alten Bundesländern niederschlagen. Eine der dabei häufig gestellten Fragen bezieht sich u.a. prinzipiell darauf, ob überhaupt ein Angleichungsziel verfolgt und ob dabei der bisherige Pfad seiner politischen Gestaltung weiter geführt werden soll.

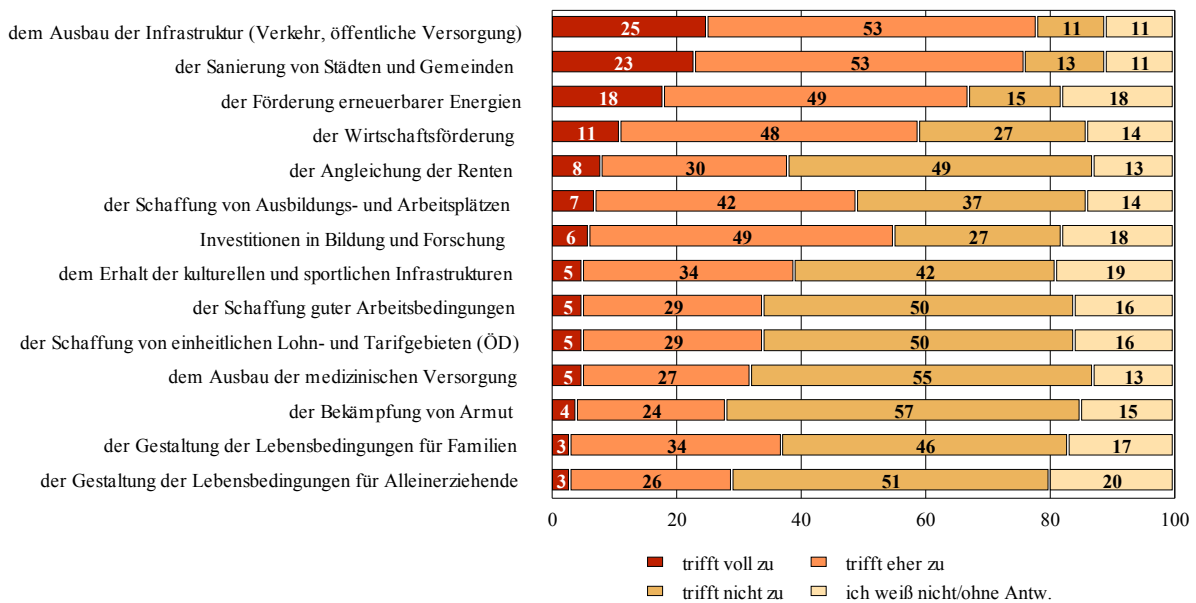
Im Meinungsbild der ostdeutschen Befragten zur Bewertung des Engagements der Bundesregierung für die ostdeutsche Entwicklung lässt sich eine grobe Teilung erkennen. Ein Teil der bisher im Zentrum der Programme des „Aufbau Ost“ gestandenen Politikfelder werden im Ergebnis mehrheitlich als positiv bewertet. Das betrifft vor allem Bereiche der infrastrukturellen Erneuerung („produktive Investitionen“). Dagegen sind es eher die Politikfelder, die näher an der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Menschen liegen und Elemente ihres Lebensstandards („konsumtive Faktoren“) betreffen, bzgl. derer das Engagement der Bundesregierung als eher gering eingeschätzt wird.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zudem zu beachten, dass nicht nur konkrete Programme zum „Aufbau Ost“ oder deren Unterlassung Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern haben, sondern auch Programme, die im Lichte allgemeiner Politikgestaltung (also aus „gesamtdeutscher“ Perspektive) verfolgt werden. Beispiele dafür sind die überraschend positive Bewertung des Engagements der Bundesregierung im Hinblick auf erneuerbare Energien (deren spezifische Ergebnisse im Osten häufig auf Länderinitiativen zurückgehen), die doch moderate Bewertung des Engagements auf dem Gebiet der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen (angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels) und die überraschend negative Bewertung der Gestaltung der Lebensbedingungen für Familien, die einen besonderen Focus der Bundespolitik bildete.

Das Engagement der Bundesregierung für den Osten Deutschlands richtet sich nach Meinung der Menschen in den neuen Bundesländern vor allem auf den Ausbau der - u.a. auch die wirtschaftliche Entwicklungen befördernden - Infrastruktur sowie die Sanierung von Städten und Gemeinden. Darüber hinaus werden - mit Abstrichen - auch das Engagement der Bundesregierung für die Förderung der Wirtschaft einschließlich erneuerbarer Energien, den Erhalt und Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie für Investitionen in Bildung und Forschung genannt.

Die Gestaltungsbedingungen für das Leben von Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern und die Armutsbekämpfung in Ostdeutschland werden nur von wenigen im Focus der Betrachtung gesehen.

Abbildung 12: Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Hinsichtlich Fragestellungen zur Einflussnahme der Bundesregierung auf Gestaltungsbedingungen und -formen in den neuen Bundesländern fällt auf, dass ein beachtlicher Teil der jungen Menschen, unabhängig davon ob in Ausbildung oder nicht, meint, über kein ausreichendes Wissen zu verfügen. Ist es hinsichtlich der Sanierung der Städte und Gemeinden „nur“ ein Viertel, das sich einer Beurteilung entzieht, sind es hinsichtlich der Lebensbedingungen von Alleinerziehenden 39 %.

Jene, die mit der Einheit eher Gewinne verbinden, bewerten durchgehend alle Indikatoren deutlich überdurchschnittlich zugunsten der Bundesregierung, dementsprechend liegen die, die die Zeit seit 1990 eher mit Verlusten charakterisieren, stets unterhalb der durchschnittlichen Bewertungen.

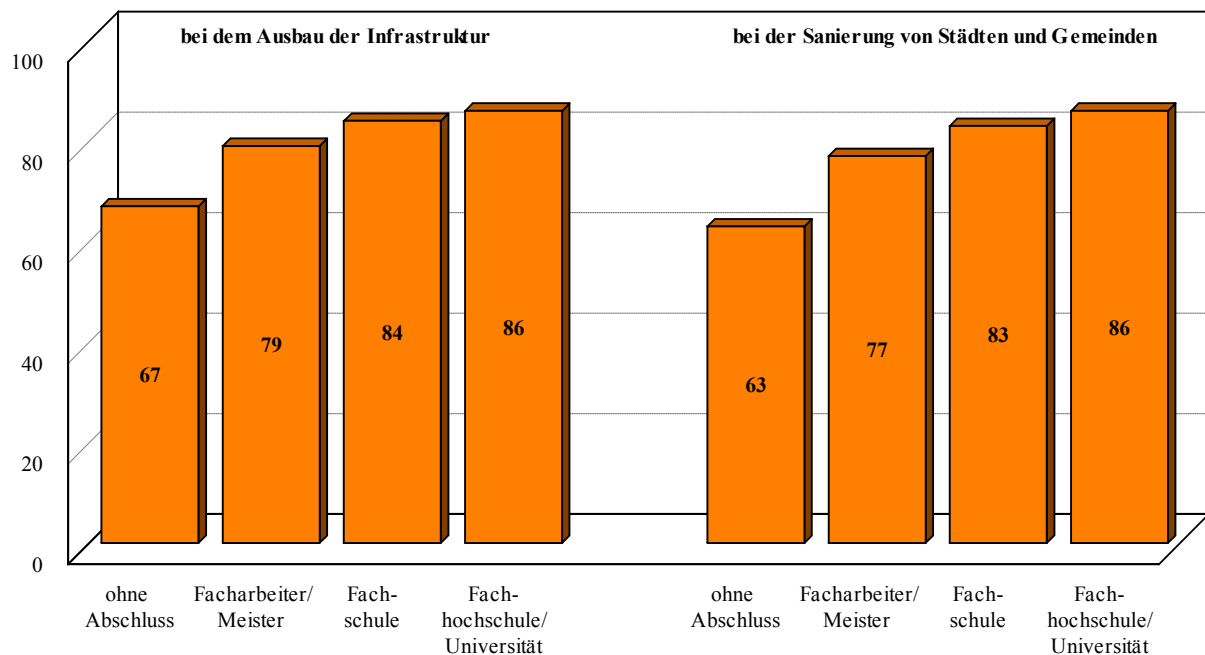
Männer stehen der Bundesregierung weniger kritisch gegenüber als Frauen, lediglich in Bezug auf die Schaffung einheitlicher Lohn- und Tarifgebiete im öffentlichen Dienst urteilen Frauen wie Männer übereinstimmend.

Es lassen sich darüber hinaus folgende Feststellungen treffen, wobei sich eine Zusammenfassung der Skalenwerte „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“ (vgl. Abbildung 12) anbietet:

Erstens wird der Bundesregierung ein ausreichender Einsatz für den Osten Deutschlands vor allem auf den Gebieten bescheinigt, die am deutlichsten für jeden sichtbar sind - das betrifft sowohl den Ausbau der Infrastruktur als auch die Sanierung von Städten.

Drei Viertel der Menschen in den neuen Bundesländern anerkennen die Leistungen bei der Um- und Neugestaltung der Infrastruktur sowie der Sanierung der Städte und Gemeinden. Mit zunehmender Qualifikation werden die entsprechenden Leistungen der Bundesregierung höher anerkannt.

Abbildung 13: Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“, „trifft eher zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Zweitens würdigen zwei Drittel das Engagement der Bundesregierung für erneuerbare Energien.

Beamte und Selbständige bewerten diese Förderungen mit 74 bzw. 85 % deutlich höher als der Durchschnitt. Männer schätzen die im Sektor erneuerbare Energien erfolgten und laufenden Förderungen höher ein (72 %) als Frauen (63 %).

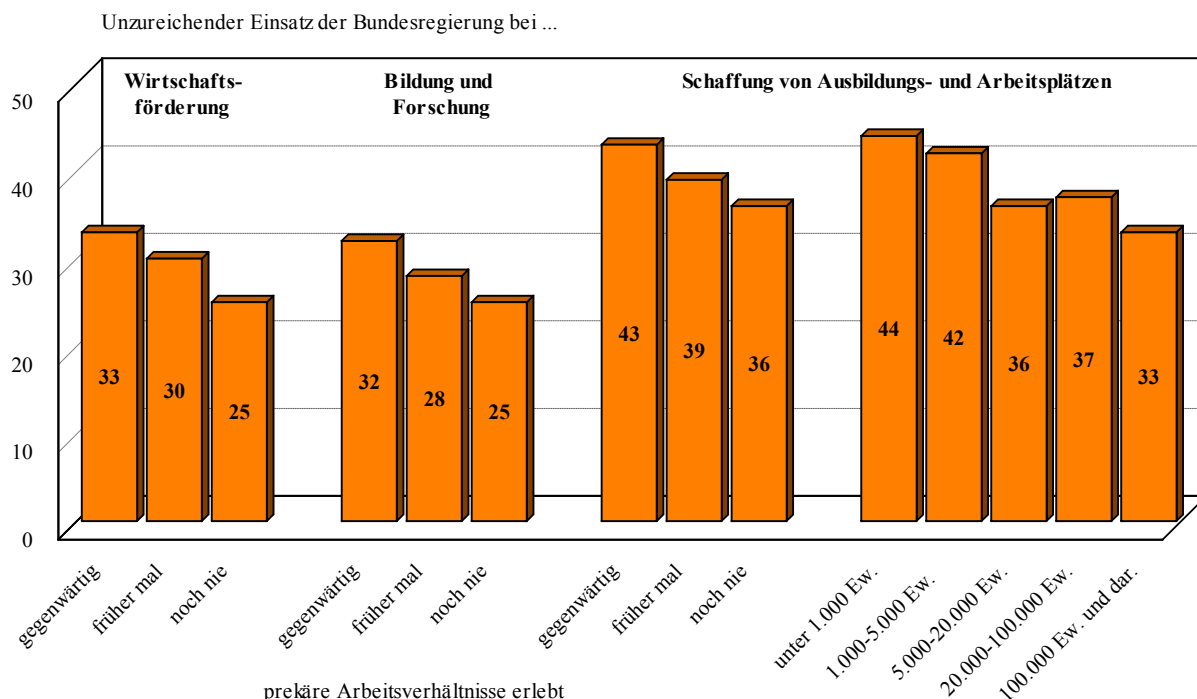
Drittens finden die Hälfte und mehr der Befragten die Bemühungen der Bundesregierung für die Förderung der Wirtschaft, die damit verbundene Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie die Investitionen in Bildung und Forschung, bezogen auf den Osten Deutschlands, als ausreichend.

Diese Bewertungen ziehen sich mit nur geringen Differenzierungen durch alle sozialen Gruppen.

Neben den Arbeitslosen sehen diejenigen, die gegenwärtig oder früher schon einmal mit prekären Arbeitsverhältnissen konfrontiert waren, bei diesen Gestaltungsformen die Anstrengungen der Bundesregierung kritischer.

Hinsichtlich der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nimmt die Akzeptanz der Regierungsbemühungen mit der Gemeindegröße deutlich ab.

Abbildung 14: Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Viertens bewerten weniger als 40 % die Anstrengungen der Bundesregierung zum Erhalt kultureller und sportlicher Infrastrukturen als ausreichend.

Mit höherer Qualifikation wird diesen Bemühungen noch weniger Erfolg attestiert; sind es unter den Menschen ohne beruflichen Abschluss „nur“ 30 %, die derartige Bemühungen als unzureichend ansehen, ist es fast die Hälfte (47 %) der Hochschul- bzw. Fachschulabsolventen, die hier Defizite sieht. Ähnliches lässt sich für den Bezug zum Einkommen feststellen.

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt die Zustimmung zur dementsprechenden Politik der Bundesregierung ab. Mehr als die Hälfte der Befragten mit Haushaltsnettoeinkommen von 2.500 Euro und mehr bemängeln die Anstrengungen der Bundesregierung. Bedarfen gerade dieser Gruppen an eine kulturell-sportlich breit gefächerte Freizeitgestaltung steht die Ausdünnung entsprechender Angebote gegenüber.

Auch Familien mit Kindern urteilen kritischer (47 %).

Fünftens attestiert nur ca. ein Drittel der Ostdeutschen der Bundesregierung ein zumindest teilweises oder völlig ausreichendes Engagement auf den Politikfeldern, die eng mit der (weiteren) Angleichung der Lebensbedingungen korrespondieren. Das betrifft neben der Rentenangleichung die Gestaltung der Lebensbedingungen für Familien ebenso wie die Schaffung guter Arbeitsbedingungen und von einheitlichen Lohn- und Tarifgebieten im öffentlichen Dienst und nicht zuletzt den Ausbau der medizinischen Versorgung.

Die sozialstrukturelle Differenzierung betrifft die einzelnen Indikatoren unterschiedlich.

Bemerkenswert erscheint, dass die Beamten - bis auf die Schaffung einheitlicher Lohn- und Tarifgebiete im öffentlichen Dienst und der medizinischen Versorgung - auf allen anderen Gebieten der Bundesregierung seltener unzureichendes Engagement zuerkennen wie der Durchschnitt der Befragten.

Familien mit Kindern liegen in ihren diesbezüglichen Einschätzungen eher über dem Durchschnitt.

Einheitliche Bewertungen sind hinsichtlich des unzureichenden Ausbaus der medizinischen Versorgung festzustellen.

Tabelle 5: Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

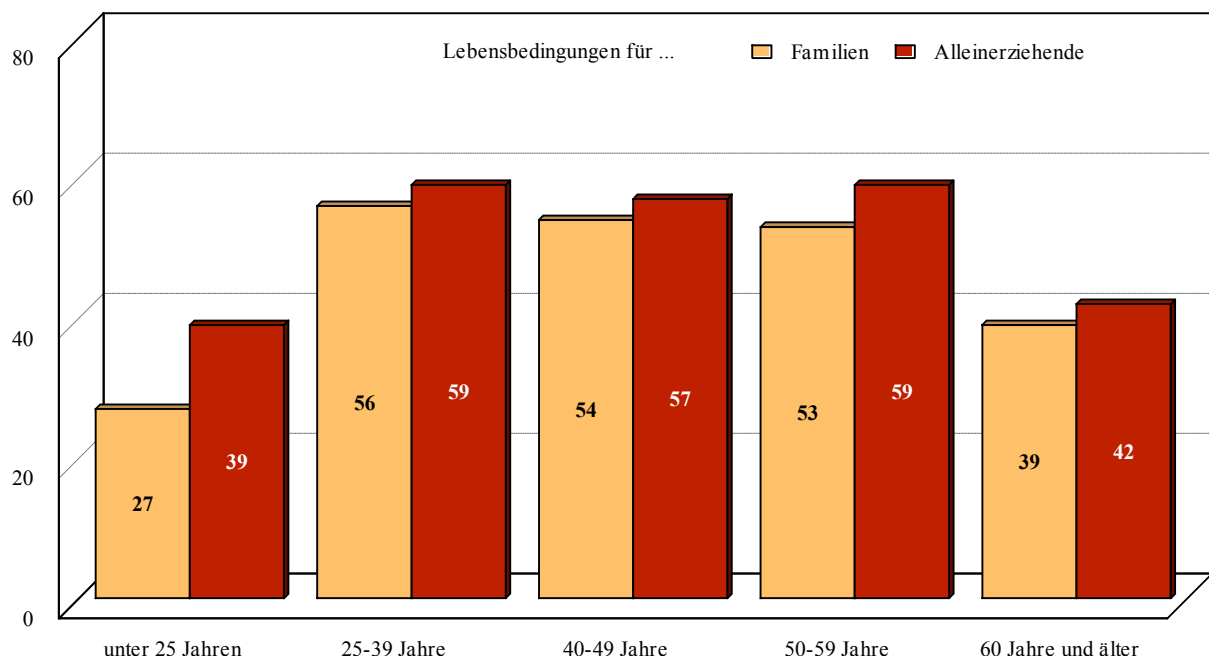
Indikator	trifft nicht zu		
	Durchschnitt	Beamte	Familien mit Kindern
Angleichung der Renten	49	37	55
Gestaltung der Lebensbedingungen für Familien	46	35	55
Schaffung guter Arbeitsbedingungen	50	44	53
Schaffung von einheitlichen Lohn- und Tarifgebieten (öffentlicher Dienst)	50	58	52
Ausbau der medizinischen Versorgung	55	55	56

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Je kleiner die Gemeinde, umso unzureichender wird das Engagement der Bundesregierung für die Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien bewertet. Sind es in den Großstädten mit über 100.000 Einwohnern „nur“ 44 %, die hier Mängel sehen, steigt diese negative Beurteilung in den Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern auf 55 %. Fast zwei Drittel dieser Einwohner kleiner Gemeinden (63 %) sehen unzureichende Bemühungen hinsichtlich des Ausbaus der medizinischen Versorgung.

Insbesondere den Frauen und Männern in den Altersgruppen zwischen 25 und 59 Jahren, also denen, die häufig noch selbst als aktiv erziehende Eltern fungieren, sind die Bemühungen für die Gestaltung der Lebensbedingungen von Familien in den neuen Bundesländern - unabhängig ob alleinerziehend oder nicht - überdurchschnittlich unzureichend.

Abbildung 15: Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? - Lebensbedingungen für Familien und Alleinerziehende - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Das ist umso erstaunlicher, da ja gerade auf dem Gebiet der Familienpolitik die Bundesregierung bzw. die zuständige Ministerin durchaus beachtenswerte Entwicklungen angestoßen hat. Wahrscheinlich überlagern die aktuellen Berichte über immer mehr Millionen staatlicher Euro für Finanzinstitute und Konzerne die Würdigung der demgegenüber eher bescheidenen Mittel für Familienförderung in Ost und West.

Sechstens beurteilen weniger als 30 % die Bemühungen der Bundesregierung für die Gestaltung der Lebensbedingungen Alleinerziehender als ausreichend. Zwei Drittel der Alleinerziehenden selbst bewerten das Engagement mit unzureichend.

Hinsichtlich der Gestaltung der Lebensbedingungen für Alleinerziehende ist bemerkenswert, dass jeder Fünfte dazu keine Antwort geben kann oder will.

Fast jeder dritte Beamte nimmt hierzu ebenfalls keine Bewertung vor.

Siebtens bewertet ebenfalls nur ein Drittel der Ostdeutschen die Bekämpfung der Armut in den neuen Bundesländern als ausreichend.

Die unzureichende Bekämpfung von Armut im Osten Deutschlands wird überdurchschnittlich empfunden von

- drei Vierteln derjenigen, die sich eher als Verlierer der Einheit sehen,
- sieben von zehn Einwohnern der kleinen Gemeinden,
- zwei Dritteln der Befragten in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (67 %), also denjenigen, die in überschaubarer Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden,
- ebenfalls zwei Dritteln der Arbeitslosen (66 %) und denjenigen mit Facharbeiter- oder Meisterabschluss (65 %).

Lediglich die Befragten, die sich als Gewinner der Einheit verstehen, beurteilen die diesbezügliche Regierungspolitik moderater, 41 % sehen diese für ausreichend an, selbst die Frauen und Männer mit sehr hohen Haushaltseinkommen urteilen hier mit 27 % im Durchschnitt aller Befragten.

4. Aufbau Ost versus Förderung West, der Solidaritätszuschlag und seine Verwendung

Der Solidarpakt „Aufbau Ost“ umfasst Bundeszuweisungen an die neuen Bundesländer und Berlin, die dazu dienen sollen, teilungsbedingte Sonderlasten abzubauen. Diese Mittel sind damit direkt und ausschließlich für die Entwicklung in den neuen Bundesländern bestimmt. Der Solidaritätszuschlag hingegen wird als Zuschlag zur Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer in Ost und West erhoben und ist nicht zweckgebunden. Seine Einführung im Jahr 1991 wurde neben den Kosten der deutschen Wiedervereinigung auch mit den für die Unterstützung des Golfkrieges benötigten Mitteln und mit Hilfen für die anderen Länder Osteuropas begründet. Während der Solidarpakt im Jahr 2019 ausläuft, ist die Zukunft des Solidaritätszuschlages unklar.

Insgesamt ist die Unterstützung einer Neuausrichtung der Mittelverteilung des Solidaritätsbeitrages zu erkennen. Das deutet darauf hin, dass mehrheitlich erstens eine sachbezogene, also an Notwendigkeiten und Bedarfen orientierte Politikgestaltung präferiert wird, und zweitens, dass auch im Osten solidarische Einstellungen überwiegen.

Einzig eine Umverteilung von Mitteln zugunsten internationaler Hilfen wird nicht unterstützt.

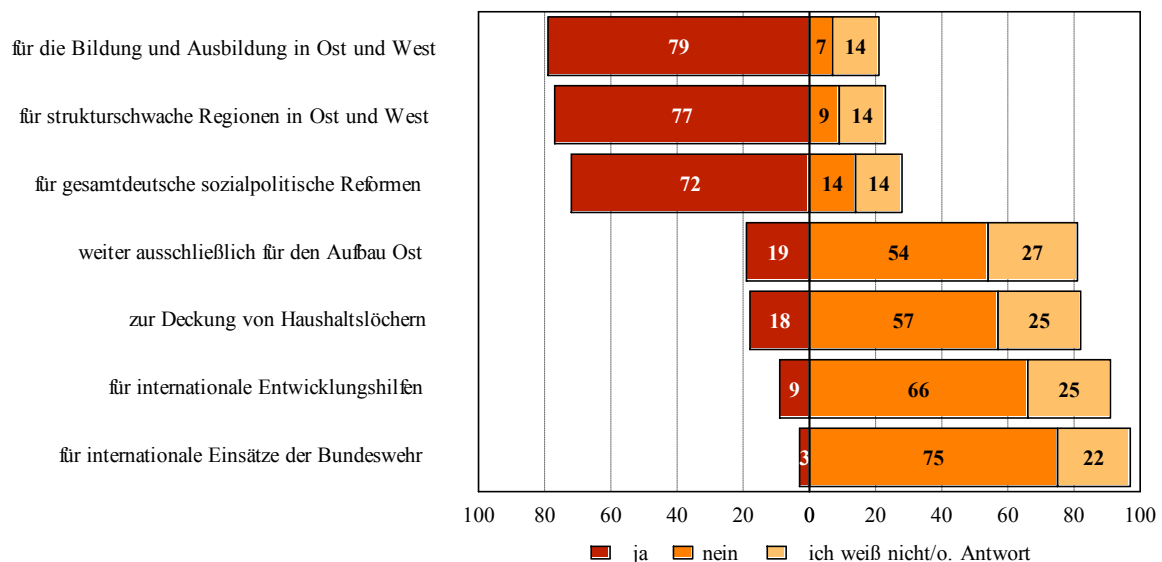
4.1 Der Solidaritätszuschlag und dessen zukünftige Verwendung

Verwendungsfelder

Mehr als die Hälfte der Ostdeutschen sehen sich wandelnde Prioritäten für die Verwendung der mit dem Begriff der Solidarität verbundenen Abgaben. Mit steigendem Einkommen, sinkendem Alter und höherem Politikinteresse nimmt diese Sicht zu.

Hinsichtlich der vorrangigen zukünftigen Verwendung des Solidaritätsfonds haben Bildung und Ausbildung, Strukturförderung und sozialpolitische Gestaltung fast gleich hohe Prioritäten.

Abbildung 16: Wofür sollte der Solidaritätszuschlag zukünftig vorrangig verwendet werden?
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Eine Überführung der **Solidarmittel in den Verteidigungshaushalt** lehnen drei Viertel der Ostdeutschen ab, mehr als ein Fünftel entzieht sich hier einer Bewertung. Nur drei von Hundert befürworten eine solche Verwendung. Hier ist, wie bei den anderen Indikatoren dieser Thematik, die hohe Zahl Älterer, die sich nicht positionieren (34 %), feststellbar.

Die solidarische **Nutzung für Bildung und Ausbildung** in Deutschland (79 %) besitzt bei allen sozialen Gruppen Priorität.

Beamte sehen hier mit 87 % neben der Elterngeneration (88 % der 25- bis 39-Jährigen) überdurchschnittlich häufig Anwendungsfelder.

Den Solidarzuschlag als **Finanzierungsmittel für strukturschwache Regionen in Ost wie West** sehen überdurchschnittlich vor allem in Ausbildung Stehende (93 %) und Beamte (92 %). Auch Selbständige antworten hier überdurchschnittlich (83 %).

Mit der Gemeindegröße nimmt die Nennung der Strukturförderung zu. Sind es in den kleinen Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern zwei Drittel (66 %), die eine derartige Verwendung gut heißen, so erhöht sich die Zustimmung über drei Viertel (76 %) von Bewohnern der Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern, auf 84 % bei den Einwohnern von Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Auch Gewinner (84 %) und Verlierer (66 %) unterscheiden sich in ihrer Zustimmung deutlich.

Während sich „nur“ zwei von drei Männern (66 %) einen Einsatz der Mittel des Solidarzuschlages **für sozialpolitische Reformen** vorstellen können, unterstützen mehr als drei Viertel (78 %) aller Frauen eine derartige Verwendung. Der Anteil der Arbeiter, die diese Mittelverwendung befürworten, liegt ebenfalls bei 78 %, während weniger als ein Drittel der Selbständigen hier Einsatzfelder sieht.

Alleinerziehende sehen hier mit 78 % eher Verwendungsbedarf als für Bildung (68 %) oder Strukturförderung (68 %).

Möglicherweise im Kontext der Finanzkrise und der Bewältigungsstrategien der Bundesregierung meint immerhin fast ein Fünftel, dass Mittel der Solidarabgabe auch **für die Haushaltssanierung** verwendet werden sollten.

Auszubildende, Schüler und Studenten antworten zu je einem Drittel zustimmend, ablehnend bzw. haben keine Antwort - Letzteres dreimal mehr als im Durchschnitt (11 %).

Je geringer das Haushaltsnettoeinkommen umso höher die Zustimmung zur Haushaltskonsolidierung mittels des Solidaritätsfonds.

Beamte und Selbständige sehen am seltensten die Notwendigkeit der Umverteilung der Solidarabgaben zugunsten der öffentlichen Haushalte.

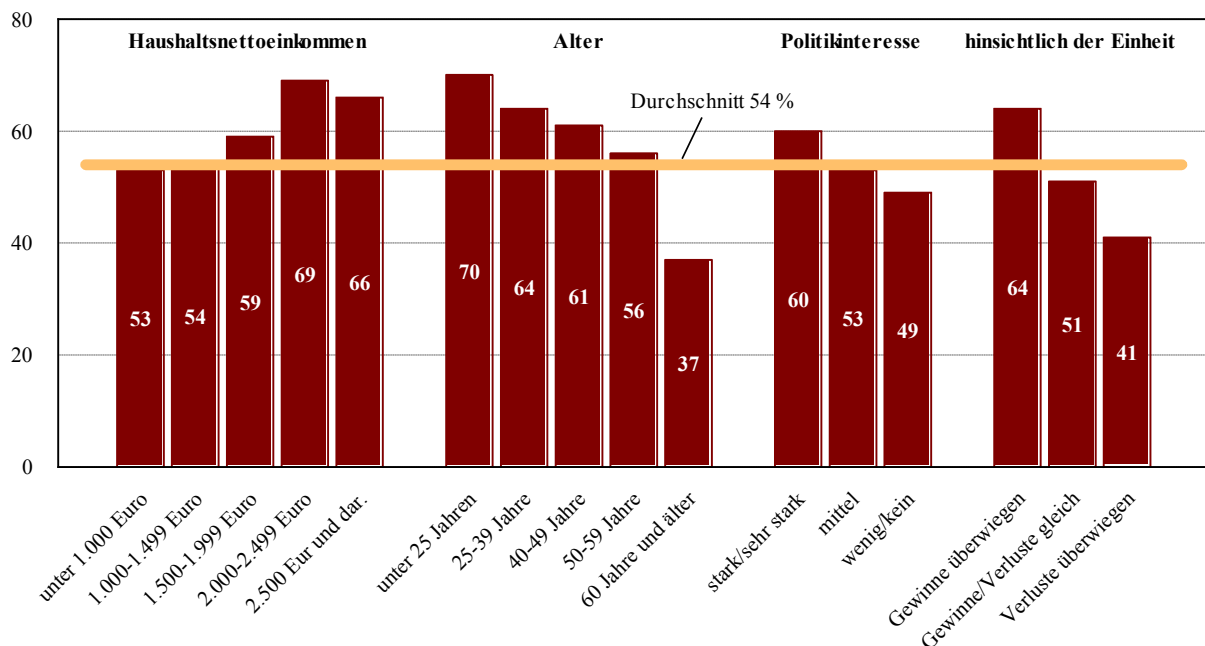
Die Verbindung von Solidarabgabe und solidarischer **Hilfe für oder in Ländern der Dritten Welt** sieht weniger als ein Zehntel der Ostdeutschen (9 %). Dass viele Ältere auch hier keine Antworten geben oder sich nicht festlegen (37 %, Durchschnitt 25 %), liegt - wie schon erwähnt - in nicht geringem Maße an dem Zeithorizont, der hier zur Bewertung ansteht. Sozialstrukturelle Differenzierungen sind nicht feststellbar.

Langfristiges Finanzierungsmittel des „Aufbau Ost“ oder schrittweise Absenkung

Mit einem knappen Fünftel der Ostdeutschen (19 %) sind es vergleichsweise wenige, die eine Weiterverwendung des Solidaritätszuschlages auch nach 2019 ausschließlich für den Aufbau Ost einfordern. Es sind eher diejenigen, die mit der deutschen Einheit persönliche Verluste verbinden (30 %). Nur ein geringer Teil der Auszubildenden (8 %) als auch der Beamten (5 %) sieht diese Notwendigkeit.

Nur jeder fünfte Ostdeutsche befürwortet auch zukünftig eine ausschließliche Verwendung für die neuen Bundesländer. Ein Viertel vertritt hierzu keine Meinung.

Abbildung 17: Der Solidaritätszuschlag sollte zukünftig **nicht mehr ausschließlich** für den Aufbau Ost verwendet werden? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Auffällig ist, dass hier die Gruppe der Beamten diejenige ist, die am häufigsten mit „ich weiß nicht“ oder überhaupt nicht antwortet (34 % gegenüber 27 % im Durchschnitt) und damit eine klare Positionierung scheut.

Die durchaus distanzierte Haltung zur Verwendung der Mittel aus dem Solidaritätszuschlag über die Förderung des „Aufbau Ost“ hinaus belegt die hohe Zahl derer, die eine unveränderte Weiterführung nach 2019 ablehnen (42 %) oder sich nicht festlegen können bzw. wollen (32 %). Nur jeder Vierte (26 %) meint, dass eine allmähliche Absenkung nicht erfolgen sollte, auch wenn die Mittel für den „Aufbau Ost“ nicht mehr benötigt werden.

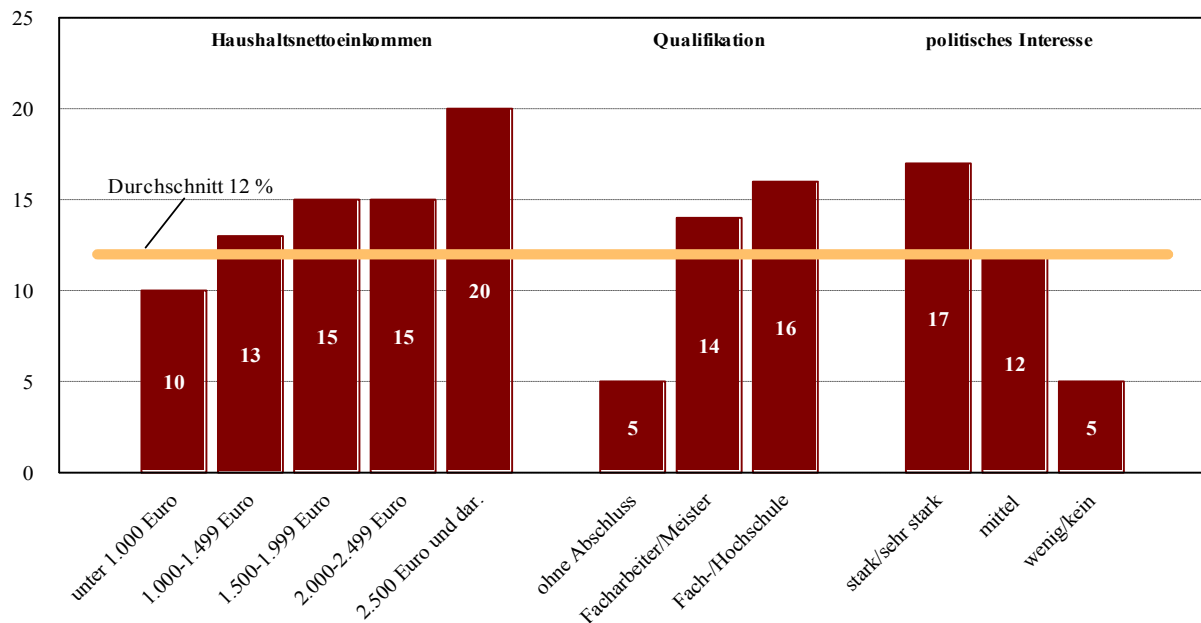
- Diese Differenzierungen sind fast durchgängig über alle sozialen Gruppen zu konstatieren.
- Abweichend davon meint fast jeder Zweite (44 %) mit starker Bindung an Ostdeutschland, dass der Solidarbeitrag weitergeführt werden sollte, gegenüber einem Drittel (36 %) derjenigen, die sich wenig oder nicht mit Ostdeutschland identifizieren.
- Insbesondere Ältere wollen sich hier nicht festlegen, wohl vor allem deshalb, weil mit 2019 ein Zeitraum angesprochen wird, der in einer aus ihrer Sicht doch relativ weiten Zukunft liegt. So gibt ein Drittel der 60- bis 65-Jährigen keine Antwort, unter den über 75-Jährigen ist es fast jeder Zweite (49 %).

Solidaritätszuschlag und Golfkriegsfinanzierung

Dass Mittel des Solidaritätszuschlages sehr wohl auch schon militärisch z.B. zur Finanzierung des Golfkrieges eingesetzt wurden, ist den wenigsten bekannt (12 %). Es wird in Schule und Ausbildung anscheinend auch nicht thematisiert, denn kein einziger (!) derer, die sich in Ausbildung befinden, gab an, darüber Bescheid zu wissen.

Das Wissen über diese Verwendung steigt mit der Qualifikation. Ostdeutsche mit höherem Haushaltseinkommen sind darüber nach eigener Aussage besser informiert, ebenso wie politisch interessierte Menschen.

Abbildung 18: Wussten Sie, dass der 1991 eingeführte Solidaritätszuschlag, den alle ost- und westdeutschen einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen abführen müssen, u.a. auch zur Finanzierung des Golfkrieges herangezogen werden sollte? - nur Skalenwert: „ja“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

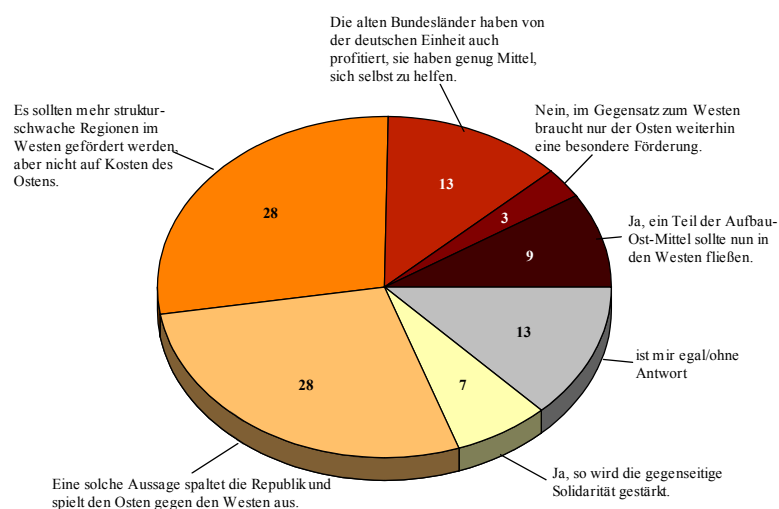


Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

4.2 Zielverschiebungen bei der Bundeskanzlerin

Die Aussage der Bundeskanzlerin: „Wenn wir in der Bundesregierung finanzielle Anreize zur Förderung von Investitionen in den Blick nehmen, wird es eine Rolle spielen, dass der Westen seit der Wiedervereinigung relativ hinter dem Osten zurückstehen musste. Der Westen ist jetzt verstärkt am Zuge.“⁴, findet mit 13 % nur wenig ungeteilte Zustimmung. Fast gleich viele der Ostdeutschen (14 %) meinen, dass der Westen keiner gesonderten Förderung bedarf.

Abbildung 19: Bewertungen zur Aussage der Bundeskanzlerin, der Westen müsse nun stärker gefördert werden - neue Bundesländer 2009 - in Prozent* -



* nur eindeutige, keine Mehrfachantworten

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

⁴ Cicero, Heft 1/2009, S. 76.

Von den Ostdeutschen, die eindeutig **eine** Antwort als für sie zutreffend bevorzugen oder gar nicht antworten, positioniert sich die Hälfte hier eher inhaltlich im Sinne von Förderung ja, nein oder mit Einschränkungen, die andere Hälfte urteilt eher politisch (oder gar nicht).

Bewertung der Aussage der Bundeskanzlerin aus inhaltlichen Erwägungen

Unter der ersten Gruppe, also derjenigen, die eine inhaltliche Antwort bevorzugen, dominiert mit großem Abstand die Aussage, dass auch strukturschwache Regionen im Westen gefördert werden sollten, aber nicht auf Kosten des Ostens. Mehr als ein Viertel (28 %) sieht durchaus Förderbedarf in den alten Bundesländern, jedoch sollte dies zusätzlich und nicht auf Kosten der Ostdeutschen erfolgen. Zustimmend ohne Abstriche antworten lediglich 9 von 100 der Befragten.

Die Auffassung der Bundeskanzlerin wird von 3 % prinzipiell abgelehnt, weitere 13 % sehen die alten Bundesländer in einer derartigen wirtschaftlichen Stärke, dass sie keiner zusätzlichen Förderung bedürfen.

Die Aussagen differieren zwischen den sozialen Gruppen nur gering. Im Gegensatz zur Einschätzung der Politik der Bundesregierung sind hier unter den jungen Menschen genauso wenige zu finden, die sich keiner Aussage anschließen können, wie unter allen Befragten.

Menschen, für die die deutsche Einheit bereits erreicht ist, und diejenigen, die sich eher als Gewinner fühlen, stimmen der Meinung der Bundeskanzlerin häufiger zu als der Durchschnitt der Befragten.

Die Förderung strukturschwacher Regionen in den alten Bundesländern, jedoch nicht zu Lasten des Ostens, strukturiert sich ebenso und wird zusätzlich mit steigender Qualifikation und Haushaltseinkommen befürwortet.

Je geringer das politische Interesse, umso ablehnender stehen die Befragten der Meinung der Bundeskanzlerin gegenüber, ebenso die sich als Verlierer der deutschen Einheit Sehenden und diejenigen, für die die deutsche Einheit als nicht erreichbar gilt.

Politische Bewertung der Aussage der Bundeskanzlerin

Kontraproduktiv beurteilen 27 % diese Aussage der Bundeskanzlerin, die eher das Land spaltet und Ost wie West gegeneinander ausspielt. Ostdeutsche mit geringem politischen Interesse (32 %), einer Bewertung der deutschen Einheit als eher mit Verlusten verbunden (34 %) sowie mit Zweifeln an der Erreichbarkeit der deutschen Einheit (36 %) sehen diese Gefahr überdurchschnittlich. Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen (36 %) schließt sich dieser Bewertung an. Auch sind es deutlich mehr Frauen (32 %) als Männer (23 %), die diese Gefahr sehen.

Deutlich unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Einschätzungen liegen diejenigen, für die die deutsche Einheit bereits erreicht ist (13 %), und die Menschen mit Haushaltseinkommen von mehr als 2.500 Euro (16 %), aber auch fast ein Viertel der Auszubildenden (23 %).

Nur wenigen (4 %) ist diese Diskussion egal, 7 von 100 finden hier keine Antwort.

Viele Menschen (17 %) können sich bei der Bewertung dieser Aussage nicht eindeutig festlegen und stimmen mehreren Meinungen zu. Sozialstrukturelle Differenzierungen sind unter diesen nicht erkennbar.

Ihre Antworten analysiert, zeigen, dass mehr als die Hälfte (56 %) - unabhängig von inhaltlicher Zustimmung oder Ablehnung der von der Bundeskanzlerin vertretenen These - die politische Brisanz dieser Meinung sehen.

Darüber hinaus unterstützt fast ein Drittel (30 %) die Meinung der Bundeskanzlerin, mehrheitlich aber mit der Einschränkung, dass die Förderung strukturschwacher Regionen in den alten Bundesländern nicht zu Lasten des Ostens gehen sollte. Deutlich weniger (13 %) lehnen die Auffassung der Bundeskanzlerin ab.

5 Die Wirtschaftskrise im Blickwinkel der Ostdeutschen

Das Frühjahr 2009 war bestimmt von immer neuen Horrormeldungen des Finanzsektors, Konkursankündigungen bzw. -drohungen großer Unternehmen aufgrund fehlender Kredite, Insolvenzen unter den Klein- und Mittelbetrieben meist begründet als Folge der krisenbedingten Auftragsrückgänge aus dem In- und - stärker noch - dem Ausland.

Tat sich die Bundesregierung stets schwer bei der Entscheidung über einige zusätzliche Millionen Euro für soziale Programme, wurden jetzt kurzfristig Milliarden Euro für verschiedenste Hilfsfonds zur Stützung der Banken bereitgestellt. In Diskussionen standen die Managergehälter im Vordergrund statt die Verantwortung von Management und Politik im Umgang mit dubiosen, hochspekulativen Finanzprodukten und Anlageformen. Populismus und Aktionismus im Blickfeld der bevorstehenden Bundestagswahl trugen eher zur Verunsicherung der Bürger bei als zur Vertrauensbildung.

Dass sich die Finanzkrise auch auf weiten Teilen der Wirtschaft ausdehnen würde, war zum Befragungszeitpunkt gewiss. Diskussionen, welche Art von staatlichen Maßnahmen und Eingriffen in welchem Umfang angemessen und wirksam sein könnten, halten jedoch bis heute an. Dabei finden sich nicht nur unterschiedliche Herangehensweisen in den Industrieländern, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder bestehen Ungewissheit und Uneinigkeit nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft. Bei den Befragten hat dieser Eindruck der Unsicherheit Spuren hinterlassen, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass sowohl im Bereich der Wirtschaft wie auch im Bereich der privaten Haushalte die Folgen der Krise im Osten wegen des Fehlens großer wirtschaftlicher Einheiten und systemrelevanter Finanzinstitute nicht derart dramatisch sein werden wie in den alten Bundesländern. Die Bewertungen der Bürger sollten auch vor diesem Hintergrund der vergleichsweise geringeren Betroffenheit vorgenommen werden.

Charakteristisch scheint auch in dieser Frage zu sein, dass sich die größten Sorgen und daher die größte Entschiedenheit in den Bewertungen auf die Erwerbsbedingungen und die soziale Lage der privaten Haushalte beziehen. Fragen nach einer gerechten Krisenbewältigung auf der Ebene der Einzelnen stehen daher im Vordergrund.

Ein beachtlicher Teil der Ostdeutschen kann die Wirksamkeit der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung bzw. Regulierung der Wirtschaftskrise nicht einschätzen, nur einige der Befragten jedoch wollen sich aus einer derartigen Bewertung durch Antwortverweigerung ganz heraushalten. Nur wenige bewerten die - im März/April 2009 bekannten - Maßnahmen für ausreichend.

Als Profiteure der Gegenmaßnahmen der Bundesregierung werden vor allem die Konzerne und die Aktionäre und Manager der Banken genannt.

Zur Finanzierung sollten neben der Umverteilung von Ausgaben, z.B. Einsparungen bei Rüstungsausgaben, die vermögenden Mitglieder der Gesellschaft herangezogen werden, sei es über Anhebung von Spitzensteuersätzen oder von Vermögens- und Erbschaftssteuern oder/und auch mittels der Besteuerung von Börsenumsätzen.

An der Spitze persönlicher Krisenbewältigung stehen der (noch) sparsamere Umgang mit den verfügbaren Finanzen, risikolose Geldanlagen und ein stärkeres familiäres Zusammenrücken.

5.1 Die Gegenmaßnahmen der Bundesregierung

Auf die Frage nach Gründen für die Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung wird in jeder Hinsicht skeptisch reagiert. Das betrifft die Milderung der privaten Konsequenzen (Konsum) ebenso wie die allgemeine Wirtschaftsentwicklung (Angemessenheit). Die Bewertung der Wirksamkeit fällt am schlechtesten aus. Es ist zu vermuten, dass sich darin nicht nur eine Skepsis gegenüber dem Regierungshandeln ausdrückt, sondern auch der objektiven Tiefe der Einschnitte Rechnung getragen wird.

Den Gründen für eine negative Bewertung der Maßnahmen liegen zwei verschiedene Dimensionen zugrunde. Auf der einen Seite steht mit den Begründungen der Sicherung von Arbeit und Einkommen

und der Privilegierung von Vermögenden eine Dimension der Sorge um eine gerechte Verteilung der sozialen Existenzbedingungen der Menschen (Akteursdimension) und auf der anderen Seite eine Dimension der Systemfunktionalität. Die Gesichtspunkte, die die Befragten in der Bewertung der Indikatoren beider Dimensionen zugrunde legen, unterscheiden sich dabei voneinander. Es sind verschiedene Gesichtspunkte gesellschaftlicher Werte. Bei den systembezogenen Indikatoren ist allein die Frage nach den internationalen Abstimmungen dem Regierungshandeln unmittelbar zuzurechnen. Die anderen beiden Indikatoren betreffen verschiedene Aspekte der Bewertung des Wirtschaftssystems im Ganzen.

An eine schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft mit Hilfe der Maßnahmen der Bundesregierung glaubt nur jede(r) Zehnte.

Drei von vier Ostdeutschen halten zwar die Maßnahmen der Bundesregierung für ausreichend, haben aber die Befürchtung, dass letztlich Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose und andere normale Bürger **für die Verluste der Banken**, auch wenn die Maßnahmen der Bundesregierung greifen sollten, **gerade stehen** werden bzw. sollen.

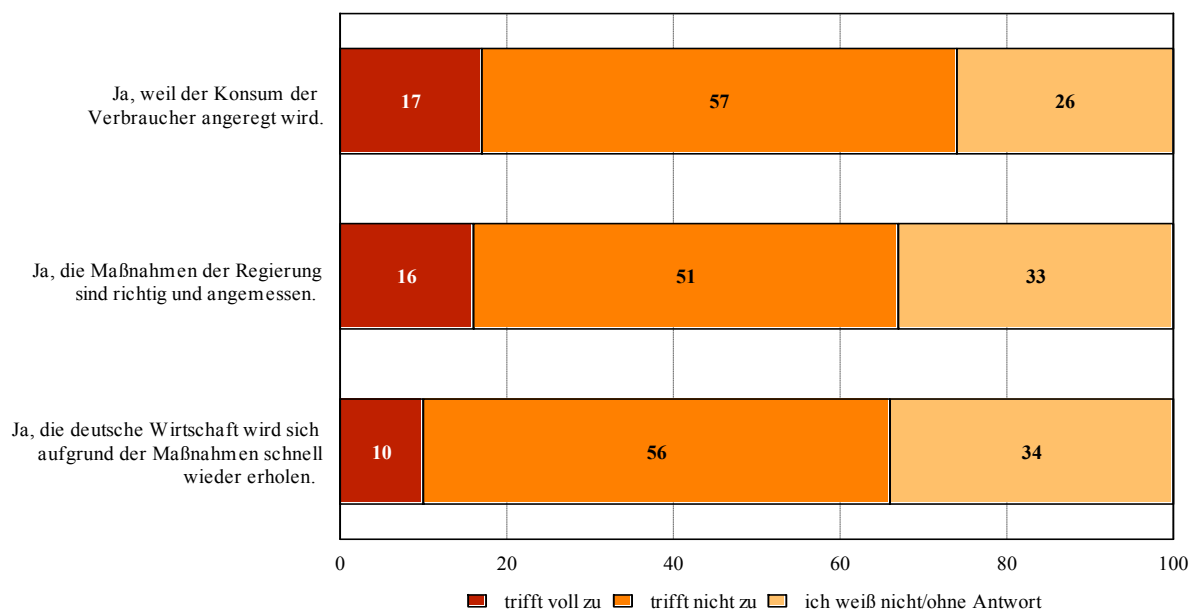
Diese Befürchtungen haben eher Rentner bzw. Vorrentner (83 %) und Beamte (85 %), während nur jeder zweite in Ausbildung Stehende (47 %) diese Auffassung teilt.

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nehmen derartige Bedenken ab: Dieser Aussage stimmen 8 von 10 Ostdeutschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro zu, aber nur noch jeder zweite der mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.500 Euro deutlich besser Gestellten.

Zustimmungen

Nur wenig mehr (16 %) bewerten die Maßnahmen der Bundesregierung als angemessen oder sehen darin eine Beförderung des privaten Konsums (17 %).

Abbildung 20: Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent - (Teil 1)



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Überdurchschnittlich viele jüngere und ältere Ostdeutsche wollen oder können sich hier nicht festlegen. Andererseits sind es insbesondere Ältere und diejenigen in Ausbildung, die überdurchschnittlich den Maßnahmen der Bundesregierung vertrauen. Gleiches trifft auf die Gewinner der deutschen Einheit zu.

Hinsichtlich der Zustimmung zu den Maßnahmen der Bundesregierung sind keine weiteren Differenzierungen relevant.

Tabelle 6: Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Gesamt	Rentner	in Ausbildung Stehende	Gewinner	Gewinne/Verluste gleich	Verlierer
Ja, weil der Konsum der Verbraucher angeregt wird.	17	25	19	26	14	11
Ja, die Maßnahmen der Regierung sind richtig und angemessen.	16	24	27	26	12	7
Ja, die deutsche Wirtschaft wird sich aufgrund der Maßnahmen schnell wieder erholen.	10	16	18	15	10	6

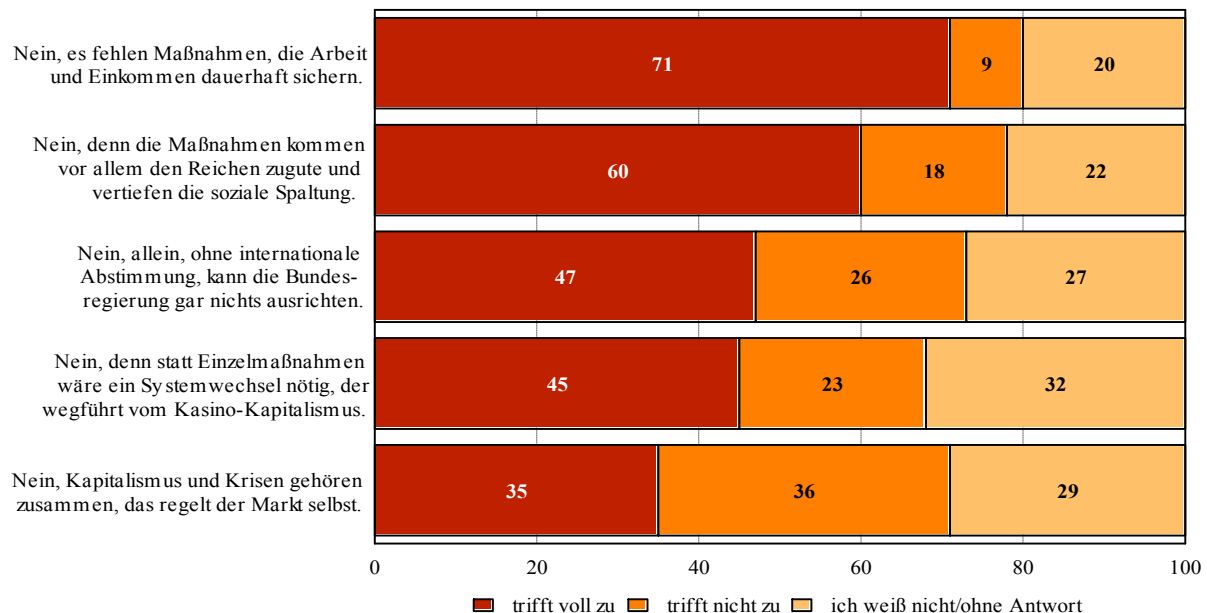
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Deutlich höher ist der Anteil derer, die die Maßnahmen der Bundesregierung für (noch) nicht ausreichend halten. Im Gegensatz zu den zustimmenden Äußerungen (vgl. Abbildung 20) sind es hier jedoch nur die sich in Ausbildung Befindlichen, die überdurchschnittlich mit „ich weiß nicht“ antworten.

Krisenbewältigung durch Sicherung von Arbeit und Einkommen

Die große Mehrheit der Ostdeutschen sieht in Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung von Arbeit und Einkommen und der damit korrespondierenden Kaufkraftstärkung wesentliche Momente der Bewältigung der Wirtschaftskrise, die jedoch aus ihrer Sicht bisher nur ungenügend in die Antikrisenpolitik der Bundesregierung Eingang gefunden haben. (Die zweifellos sinnvolle Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld war zum Befragungszeitpunkt noch nicht beschlossen).

Abbildung 21: Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent - (Teil 2)



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Insbesondere diejenigen, die sich (zunehmend) vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sehen, bewerten die Maßnahmen zur **Einheit von Krisenbewältigung, Arbeitsplatzerhalt und damit korrespondierender Einkommenssicherung** überdurchschnittlich häufig als unzureichend. Das betrifft einerseits die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen (82 %) und andererseits die Arbeitslosen (83 %), aber auch die-

jenigen, die gegenwärtig (78 %) oder ehemals (77 %) prekäre Arbeitsverhältnisse erleben oder erlebt haben und - damit korrespondierend - nicht zuletzt auch die, die sich eher als Verlierer der deutschen Einheit einstufen (80 %).

Mit der Höhe des Einkommens nimmt der Anteil derer, die diesem Kriterium zustimmen, deutlich ab. Sind es mehr als drei Viertel derer (78 %) mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro, so sinkt dieser Anteil auf weniger als zwei Drittel bei denen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 2.500 Euro.

Nur jeder Zweite der Auszubildenden (51 %) unterstützt diese Meinung.

Krisenbewältigung und Vertiefung der sozialen Spaltung

Viele (60 %) erkennen in den im März/April 2009 bekannten Maßnahmen der Bundesregierung aber auch die **Gefahr der Vertiefung der sozialen Spaltung**, weil die Maßnahmen vor allem den Reichen zu gute kommen.

Eine derartige Gefahr sehen drei von vier Arbeitslosen (76 %) und derjenigen, die mit der Einheit eher Verluste verbinden (77 %), aber auch zwei Drittel der Rentner/Vorrentner (67 %) und sieben von zehn Alleinerziehenden (71 %) bzw. Alleinlebenden (70 %).

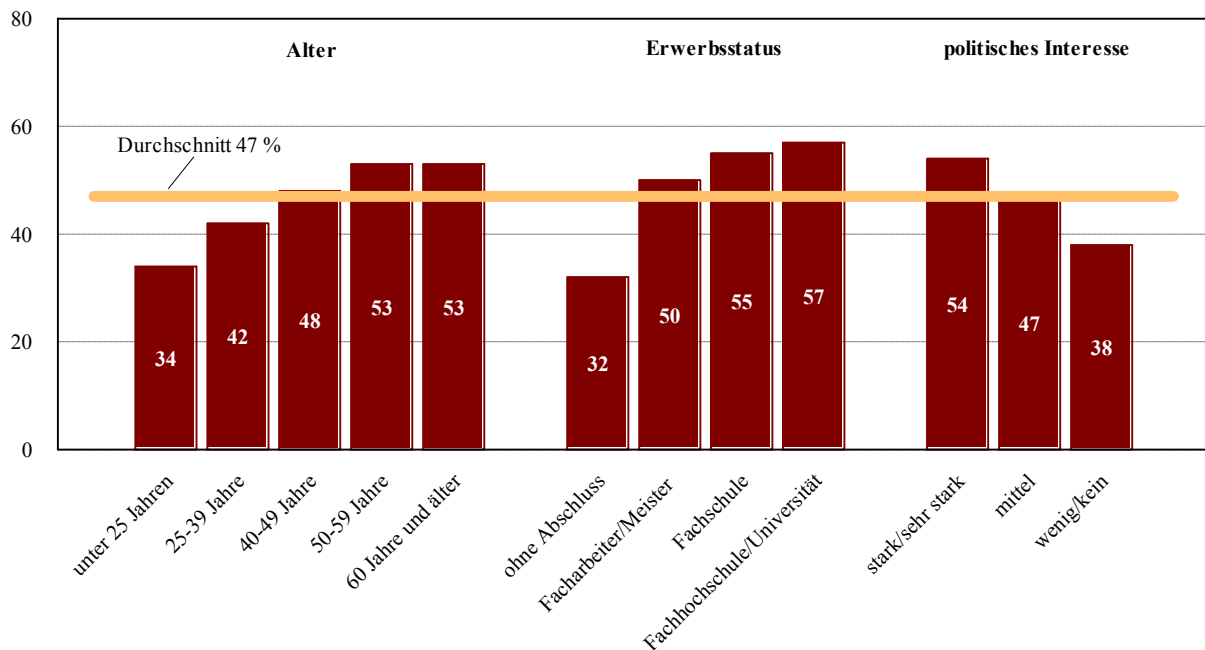
Je kleiner die Gemeinde, umso höher ist der Anteil derer, die eine derartige Gefahr sehen. So sehen diese Möglichkeit zwei Drittel der Einwohner aus kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern (67 %), jedoch „nur“ 55 % der Einwohner der Städte über 20.000 Einwohner.

Notwendigkeit internationaler Abstimmungen

Fast jeder Zweite (47 %) betont die **Notwendigkeit internationaler Abstimmungen** bei der Krisenbewältigung.

Die Einordnung der Krise in die Entwicklung des internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktes und der sich daraus ableitende Vorrang globaler Lösungen gegenüber nationalen Bewältigungsstrategien wird mit zunehmendem Alter (ein Drittel der unter 25-Jährigen versus mehr als der Hälfte der über 60-Jährigen) und steigender Qualifikation sowie einem starken Politikinteresse häufiger gesehen.

Abbildung 22: Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? Indikator: „Nein, allein, ohne internationale Abstimmung kann die Bundesregierung gar nichts erreichen.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Auch diejenigen mit höherem Haushaltsnettoeinkommen von über 2.000 Euro (58 %) sowie die Selbstständigen (58 %) bewerten die internationale Abstimmung zum Befragungszeitpunkt als nicht ausreichend.

Krisen und Wirtschaftssystem

Weniger als die Hälfte der Ostdeutschen verbinden die Bewältigung der Wirtschaftskrise mit einem **Systemwechsel** oder zumindest grundlegenden Wandlungen der gegenwärtig bestimmenden Gestaltungsform des Wirtschaftssystems. Diese werden von Männern häufiger erkannt als von Frauen, mit sinkendem politischem Interesse werden derartige Implikationen seltener gesehen.

Eine Abkehr vom Kasino-Kapitalismus und einen entsprechenden Systemwechsel befürworten 45 %. Insbesondere Selbstständigen (55 %) fehlen Maßnahmen, die die Wirtschaftskrise auch durch deutliche Begrenzungen des kurzfristigen und ausschließlichen Gewinnstrebens begegnen, ohne das System selbst in Frage zu stellen.

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen wird eher auch von der gegenwärtigen Form der kapitalistischen Wirtschaftsform partizipiert und ein Wechsel - auch innerhalb der kapitalorientierten Gesellschaftsstruktur - als nicht für eine effektive Krisenbewältigung notwendig gesehen („nur“ 29 % Zustimmung bei denjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 2.500 Euro).

Ein Drittel (35 %) sieht einen untrennbaren - und damit nicht regulierbaren - Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krisen.

Menschen mit starkem Politikinteresse gehen eher von der Kraft der Selbstregulierungseffekte des Marktes aus, neben den Beamten (50 %) sind es vor allem auch Auszubildende (45 %) und Männer (50 %) sowie Menschen mit höherem Einkommen, die ein überdurchschnittliches Marktvertrauen aufweisen.

Tabelle 7: Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Gesamt	Geschlecht		Haushaltsnettoeinkommen (in Euro)					Politisches Interesse		
		Frauen	Männer	unter 1.000	1.000 bis 1.499	1.500 bis 1.999	2.000 bis 2.499	2.500 und dar.	stark/sehr stark	mittel	wenig/kein
Nein, denn statt Einzelmaßnahmen wäre ein Systemwechsel nötig, der wegführt vom Kasino-Kapitalismus.	45	39	50	49	42	47	35	29	55	43	33
Nein, Kapitalismus und Krisen gehören zusammen, das regelt der Markt selbst.	35	28	43	37	34	34	48	49	43	31	33

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

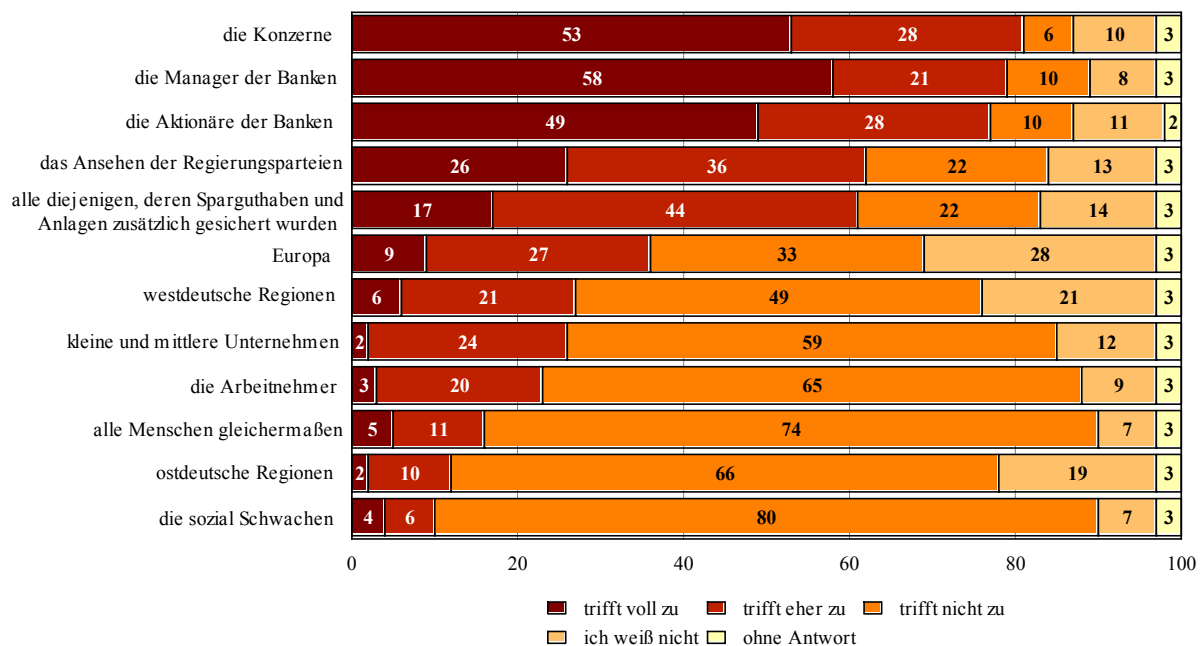
5.2 Profiteure der Antikrisen- und Konjunkturprogramme

Profiteure der im Frühjahr 2009 bekannten Maßnahmen der Bundesregierung zur Krisenbewältigung sind nach Auffassung der Ostdeutschen vor allem diejenigen, die in der Hierarchie der wirtschaftlich Handelnden weit oben rangieren, aber mit ihrem Handeln letztlich für die weltweiten Einbrüche von Finanzinstituten und den damit verbundenen Rückgängen der wirtschaftlichen Leistung verantwortlich sind, die (internationalen) Konzerne sowie die Manager und Aktionäre der Banken.

Mit deutlichem Abstand, aber im oberen Drittel der Rangliste, wird von vielen Menschen der neuen Bundesländer auch der mögliche Zusammenhang zwischen Wahljahr und Konjunkturprogrammen gesehen.

Am Ende der Rangskala liegen erwartungsgemäß diejenigen, deren Wohlergehen oder Armut den Fortgang der Wirtschaftsabläufe nicht primär befördert oder behindert, die sozial Schwachen und die wirtschaftlich Schwachen, die ostdeutschen Regionen.

Abbildung 23: Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Während im Allgemeinen, abgesehen von den regional/territorial bezogenen Indikatoren, nur jeder 10. meint, dies nicht einschätzen zu können, sieht sich ein Viertel bis ein Drittel der jungen Menschen in Ausbildung nicht in der Lage, sich zu positionieren.

Hauptprofiteure der Antikrisenmaßnahmen

Mit steigendem Alter und wachsendem Politikinteresse nimmt der Anteil derer zu, die neben den Konzernen die Manager und Aktionäre der Banken als Nutznießer der Konjunkturprogramme beschreiben.

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt hingegen bei allen drei Indikatoren der Anteil der Zustimmung ab.

Tabelle 8: Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)?
- ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009
- in Prozent -

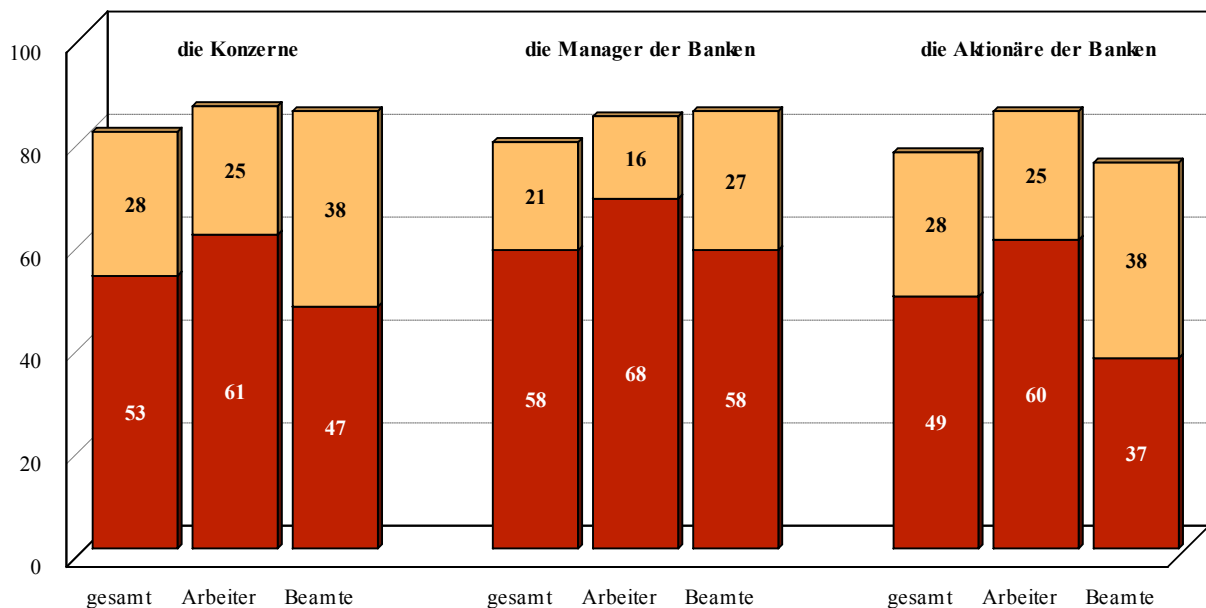
	die Konzerne	die Manager der Banken	die Aktionäre der Banken
Gesamt	53	58	49
Alter			
unter 25 Jahren	31	21	25
25-39 Jahre	50	54	44
40-49 Jahre	53	58	49
50-59 Jahre	59	65	55
60 Jahre und älter	61	71	58
Gewinne/Verluste			
Gewinne überwiegen	49	50	40
Gewinne/Verluste gleich	50	66	55
Verluste überwiegen	63	68	63
Haushaltsnettoeinkommen			
unter 1.000 Euro	56	60	55
1.000-1.499 Euro	58	63	48
1.500-1.999 Euro	50	56	43
2.000-2.499 Euro	53	50	47
2.500 Euro und darüber	53	51	40

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Während Arbeiter überdurchschnittlich diese Gruppe ohne Abstriche als Profiteure der Antikrisenprogramme sehen, antworten Beamte deutlich distanzierter mit „trifft eher zu“.

Als systemnahe Vertreter glauben sie eher daran, dass die Maßnahmen auf der Ebene der Systemindikatoren zu bewerten seien.

Abbildung 24: „Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)?
 - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“/„trifft eher zu“
 - neue Bundesländer 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100: trifft nicht zu, ich weiß nicht, ohne Antwort
 Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Antikrisenprogramme, Nutzen für ihre Verfasser und finanzkräftige Wähler

Hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Wahljahr und Konjunkturprogrammen sind weder unter dem Viertel (26 %), das hier auf jeden Fall eine Förderung auch des Ansehens der Regierungsparteien sieht, als auch unter dem Drittel (36 %), das dieses mit Abstrichen so bewertet, keine sozialstrukturellen Differenzierungen ersichtlich.

Lediglich unter den Selbständigen gibt es mit 75 % anteilig mehr, die diesen Zusammenhang sehen.

Zwei Drittel der Rentner (68 % „trifft voll zu“ oder „trifft eher zu“) schätzen überdurchschnittlich diejenigen, deren Sparguthaben und Anlagen zusätzlich gesichert wurden, als Nutznießer ein, während neben den in Ausbildung Stehenden (47 %) die Beamten (55 %) und die Alleinerziehenden (56 %) weniger dieser Beurteilung folgen.

Regionale Nutznießer

Von allen sozialstrukturellen Differenzierungen weisen in diesem Zusammenhang lediglich Auszubildende, Beamte und Rentner deutliche Unterschiede auf.

Im regionalen Kontext werden deutlich häufiger, wenn auch auf niedrigem Niveau, Europa und die westdeutschen Regionen im Gegensatz zu den ostdeutschen als Gewinner der Antikrisenprogramme gesehen.

Beamte und in Ausbildung Befindliche sehen sowohl für Europa als auch für die beiden Regionen Deutschlands nur geringe Effekte der Konjunkturprogramme.

Lediglich Rentner liegen in ihren Bewertungen über dem Durchschnitt. Diese wenigen Differenzierungen sind hinsichtlich der ostdeutschen Region noch geringer ausgeprägt.

Tabelle 9: Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)?
 - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwerte: „trifft voll zu“/„trifft eher zu“
 - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Gesamt	in Ausbildung	Beamte	Rentner
Europa	36	29	18	41
westdeutsche Regionen	27	13	19	37
ostdeutsche Regionen	12	8	10	16

Datenbasis: sfz/leben 2009(gew.)

Mit dem politischen Interesse nimmt die angenommene positive Wirkung auf Europa zu (45 % derer mit starkem oder sehr starkem Interesse, 24 % derer mit wenig oder keinen derartigen Ambitionen.)

Von Antikrisenprogrammen wenig tangierte Gruppen

Die Basis der deutschen Wirtschaft, die kleinen und mittleren Betriebe, wird gegenüber den Konzernen wesentlich seltener als von den Konjunkturprogrammen profitierend benannt.

Nur 2 % (!) sehen diese ohne Abstriche als zu den Nutznießern zählend. Ein Viertel meint, dass sie zumindest indirekt profitieren könnten (24 %).

Selbständige und Beamte (je 19 % „trifft voll zu“ und „trifft eher zu“) bewerten hier noch deutlich zurückhaltender ebenso wie die Verlierer der deutschen Einheit (16 %), während fast ein Drittel (31 %) derer, die sich als Gewinner bezeichnen, derartige Effekte zu erkennen glauben.

Dass Arbeitnehmer, sozial Schwache oder alle Menschen gleichermaßen von den Konjunkturprogrammen profitieren, meinen nur wenige der Ostdeutschen (vgl. Abbildung 23). Diese Einschätzung zieht sich ohne wesentliche Abstufungen durch alle sozio-strukturellen Gruppen. Bis auf die Ausnahme, dass mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Arbeitnehmer häufiger auch als von den Antikrisenprogrammen partizipierende Gruppe bewertet werden.

5.3 Zur Finanzierung der Krise

Die Frage nach Möglichkeiten der Finanzierung der Maßnahmen scheint auf den ersten Blick eine Irritation der Mehrheit der Befragten aufzudecken: auf der einen Seite soll der Haushalt nicht weiter belastet werden und auf der anderen Seite werden Steuererhöhungen in verschiedenen Hinsichten abgelehnt. Diese Unsicherheit in der Bewertung scheint in der Tat zu bestehen, allerdings weisen zwei Gesichtspunkte in eine deutliche Richtung: einerseits sollen die Profiteure der Vorkrisenentwicklung einen erhöhten Beitrag zur Finanzierung leisten, andererseits sollten Ausgaben des Staates, die ohnehin in der ostdeutschen Bevölkerung mehrheitlich nicht unterstützt werden, wie die militärischen Einsätze, reduziert werden.

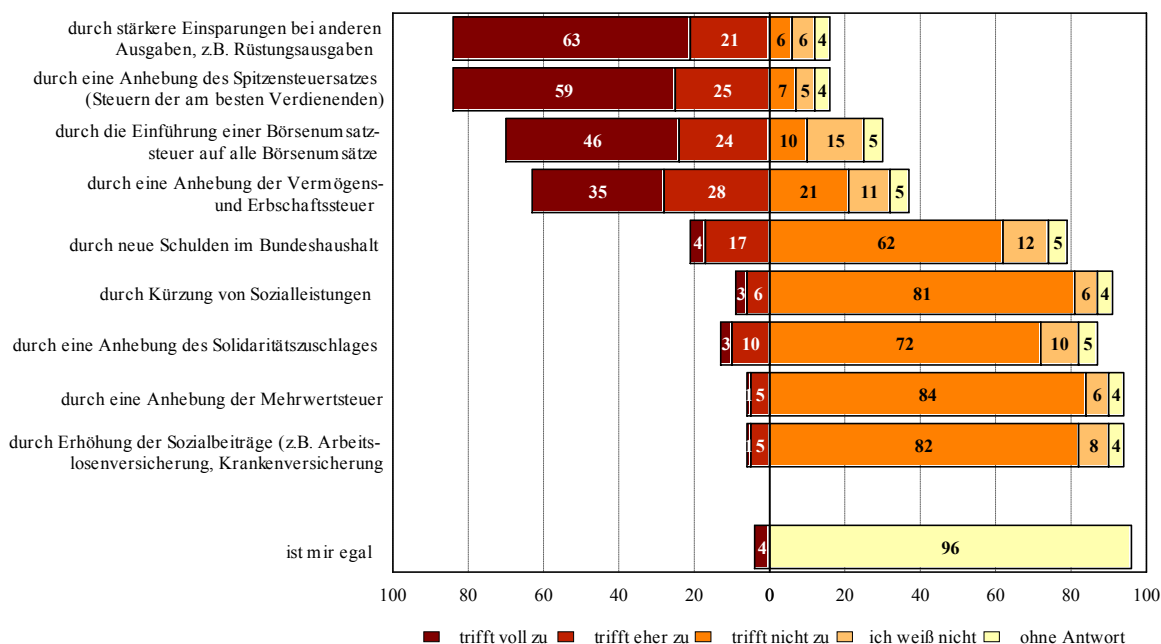
Finanzierungsquellen zur Deckung der Ausgaben der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sehen die Ostdeutschen vor allem in der Umverteilung von Ausgaben z.B. über Einsparungen bei Rüstungsausgaben.

Daneben wird der Solidarbeitrag der Vermögenden eingefordert, sowohl über Anhebung von Spitzensteuersätzen oder von Vermögens- und Erbschaftssteuern und auch mittels der Besteuerung von Börsenumsätzen.

Erhöhungen von allgemeinen, alle Einwohner bzw. alle Erwerbspersonen betreffenden Abgaben oder Steuern werden mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Nur einem sehr kleinen Teil der Befragten (4 %) ist es egal, wie diese Maßnahmen gegenfinanziert werden sollen/können.

Abbildung 25: Wie sollten Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme) bezahlt werden?
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Erstens fällt auch hier wieder die hohe Unsicherheit bei den jungen Menschen, insbesondere der in Ausbildung auf. Während durchschnittlich bei allen Indikatoren - mit Ausnahme der Börsenumsatzsteuer - die Quoten derer, die sich nicht festlegen können oder wollen, zwischen 10 % und 15 % liegen, geben ein Viertel und mehr der Auszubildenden an, dass sie das nicht wissen. Das ist eine umso klarere Aussage, als Antwortverweigerungen unter den in Ausbildung Stehenden nicht auftreten.

Zweitens zeichnen sich die Antworten zur Gegenfinanzierung durch hohe Homogenität aus. Bis auf wenige Ausnahmen antworten Erwerbstätige wie Arbeitslose, Facharbeiter wie Hochschulabsolventen, Männer wie Frauen, Einheitsgewinner wie Verlierer.

Drittens werden Differenzierungen, wenn überhaupt feststellbar, insbesondere zwischen Menschen mit unterschiedlich hohem Einkommen und verschieden stark ausgeprägtem politischen Interesse deutlich.

Während Beamte und Selbständige überdurchschnittlich (69 % bzw. 70 % gegenüber 63 % im Durchschnitt) die **Einsparung bei anderen Ausgabepositionen**, wie z.B. im Verteidigungshaushalt, befürworten, lehnen beide Gruppen eine Anhebung des Spitzensteuersatzes häufiger als alle anderen ab (10 % bzw. 16 % gegenüber 7 %).

Hier treffen sie sich mit den Besserverdienenden, die - zwar auf geringem Niveau - aber doppelt so häufig (14 % derer mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 bis 2.500 Euro und 18 % derer mit höherem Haushaltsnettoeinkommen) wie der Durchschnitt (7 %) die **Anhebung des Spitzensteuersatzes** ablehnen.

Jeder fünfte Befragte kann sich hinsichtlich der Einführung einer **Börsenumsatzsteuer** nicht festlegen - unter denen in Ausbildung ist diese Unsicherheit mit 41 % am größten, aber auch ein Viertel der Älteren weiß sich hier nicht zu positionieren.

Dass sich darin fehlendes Wissen widerspiegelt, zeigt die Tatsache, dass mit steigender Qualifikation der Anteil derjenigen steigt, die dieser Finanzquelle voll zustimmen. Geben deutlich mehr als ein Viertel derer ohne Abschluss keine Wertung ab (23 % ich weiß nicht, 5 % keine Antwort), sind es unter den Hochschulabsolventen mit 10 % (6 % weiß nicht, 4 % ohne Antwort) deutlich weniger.

Menschen mit einem ausgeprägten Politikinteresse sind unter den eine Börsenumsatzsteuer Befürwortenden deutlich häufiger vertreten (59 %) als die mit wenig oder keinem politischen Interesse (34 %).

Die höchste Ablehnung erfolgt seitens der am besten Verdienenden, von denen mehr als jeder Fünfte (22 %) eine derartige Steuer als Gegenfinanzierungsinstrument nicht befürwortet, wohl auch aus einfachem egoistischen Interesse.

Männer unterstützen eine derartige Steuer mehr (54 %) als Frauen (39 %), bei denen gleichzeitig eine wesentlich höhere Quote des „Nichtwissens“ (25 % zu 15 % bei den Männern) zu verzeichnen ist.

Mit dem Alter steigt die unbedingte Zustimmung zu einer **Anhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer** als Quelle der Gegenfinanzierung von Konjunkturprogrammen - von einem Fünftel der unter 25-Jährigen, über ein Drittel derer im Alter von 40 bis 49 Jahren bis zu 43 % bei den ab 60-Jährigen.

Ein Fünftel der Älteren ab 60 Jahre und ein Drittel der sich in Ausbildung Befindlichen weiß sich nicht zu positionieren. Jeder zweite der politisch Interessierten befürwortet diese Steuer, jedoch nur ein Fünftel derer mit wenig oder keinem politischen Interesse.

Konjunkturprogrammen auf der Basis **neuer Schulden im Bundeshaushalt** stimmen nur noch wenige zu. Selbst unter Einbeziehung der Unschlüssigen ist es nur ein Fünftel aller, die darin Finanzierungslösungen sehen.

Neben den Einwohnern in kleinen Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern (73 % Ablehnung) sind es sowohl Erwerbstätige (67 %) als auch Beamte und Selbständige, aber auch diejenigen in prekären Arbeitsverhältnissen (je 70 %), die eine weitere Staatsverschuldung ablehnen.

Sowohl eine **Anhebung des Solidaritätszuschlages** als auch **Erhöhung der Mehrwertsteuer** oder der **Sozialversicherungsbeiträge** wie die **Kürzung von Sozialleistungen** werden von der großen Mehrheit der Ostdeutschen abgelehnt. Mit dem Politikinteresse steigt diese hohe Ablehnung zum Teil noch deutlich.

Tabelle 10: Wie sollten Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme) bezahlt werden? - ausgewählte Indikatoren - nur Skalenwert: „trifft nicht zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Gesamt	Politikinteresse		
		stark/sehr stark	mittel	wenig/kein
durch eine Anhebung des Solidaritätszuschlages	72	83	69	63
durch Kürzung von Sozialleistungen	81	86	79	77
durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer	84	90	82	80
durch Erhöhung der Sozialbeiträge (z.B. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung)	82	89	77	81

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

5.4 Wirtschafts- und Finanzkrise - persönliche Konsequenzen

Konsequenzen aus der Krise ziehen die Befragten vor allem im privaten Bereich. Hervorzuheben ist die relativ geringere Notwendigkeit bzw. Bereitschaft, sich auf gesellschaftliche Konsequenzen persönlich einzustellen. Das kann einerseits darauf hindeuten, dass die Menschen keine gewichtigen Folgen im Hinblick auf ihr eigenes Erwerbsleben antizipieren. Es kann aber andererseits auch bedeuten, dass die Menschen im Falle drastischer Konsequenzen nicht länger bereit sind, weitere Einschnitte in ihren Zugängen zum Arbeitsmarkt und bei der Erlangung von Einkommen hinzunehmen.

Hervorzuheben ist schließlich die geringe Bereitschaft zu gesellschaftlichem und politischem Engagement, um sich gegen die Krisenfolgen zu wehren. Dieser Befund wirft ein Schlaglicht auf die geringen Erfolgchancen, die die Befragten dem eigenen Handeln einräumen. Ob es sich dabei um Systemglauben, Ohnmacht oder Alternativlosigkeit handelt, muss hier offen bleiben.

An der Spitze persönlicher Krisenbewältigung stehen mit dem (noch) sparsameren Umgang mit den verfügbaren Finanzen, risikoloserem Geldanlagen und einem stärkeren familiären Zusammenrücken die Möglichkeiten, die sich am ehesten mit persönlichem Engagement und familiärem Gestaltungswillen planen und verwirklichen lassen.

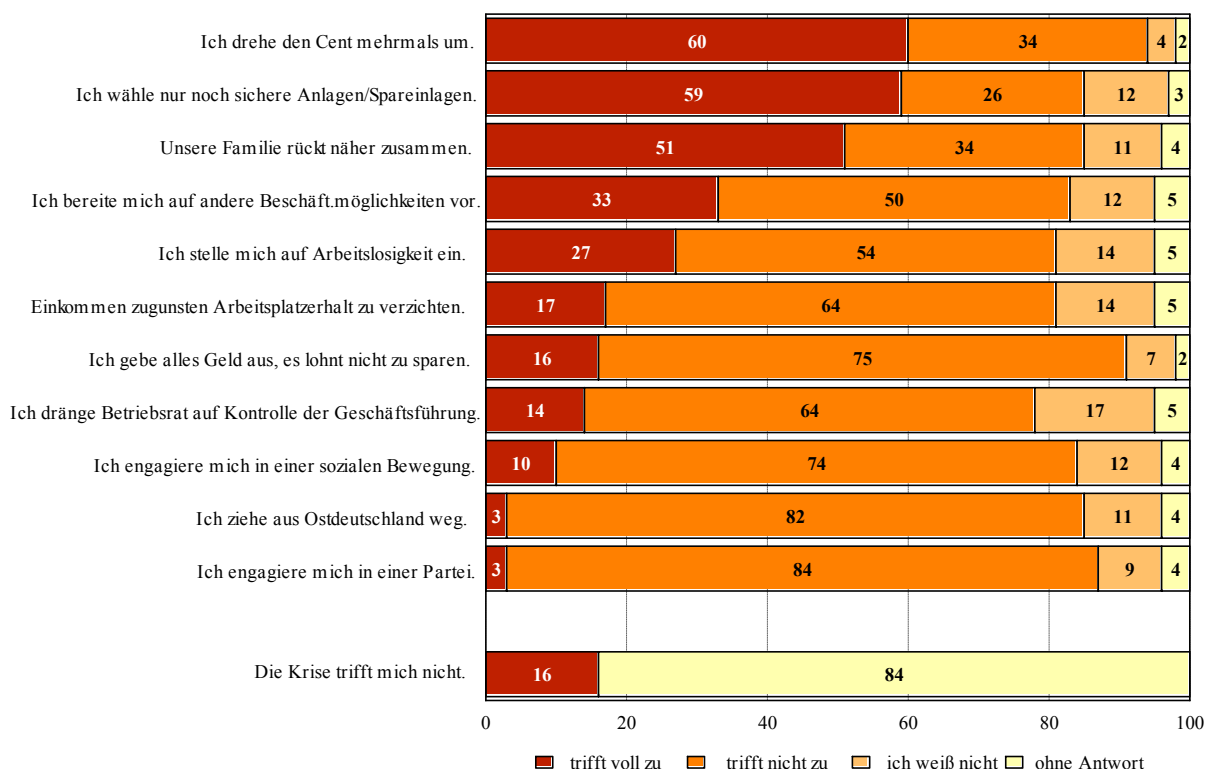
In der Rangfolge der Nennungen folgen Strategien, die sich rund um das gegenwärtige oder zukünftige Erwerbsleben gruppieren. Neben der Vorbereitung auf eine denkbare andere Beschäftigung zählen dazu das (mentale) Einstellen auf eine möglicherweise eintretende Arbeitslosigkeit als auch der Einkommensverzicht zugunsten des Arbeitsplatzerhalts.

Nur wenige meinen, dass Sparen sich nicht lohnt und es besser sei, alles Geld auszugeben. Der Wegzug aus Ostdeutschland wird nicht als Alternative betrachtet.

Die Stärkung der Arbeitnehmervertretungen sieht nur jeder Siebente als Form persönlicher Konsequenzen aus der Krise. Ein verstärktes soziales und politisches Engagement ist (noch) nicht zu verzeichnen.

Sehr wenige meinen, sie wird die Krise nicht treffen.

Abbildung 26: Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen?
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Erstens setzt sich das Phänomen fort, dass insbesondere diejenigen in Ausbildung oft nicht in der Lage sind oder sein wollen, sich zu positionieren. Bis auf wenige Indikatoren ist der Anteil der Auszubildenden, die mit „ich weiß nicht“ antworten, gegenüber dem Durchschnitt doppelt so hoch.

Zweitens ist bei denjenigen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden bzw. befunden haben, ein wesentlich breiteres Spektrum von Konsequenzen ersichtlich als bei denen, die diese Erfahrung (noch) nicht machen mussten. Gleiches gilt für Alleinerziehende.

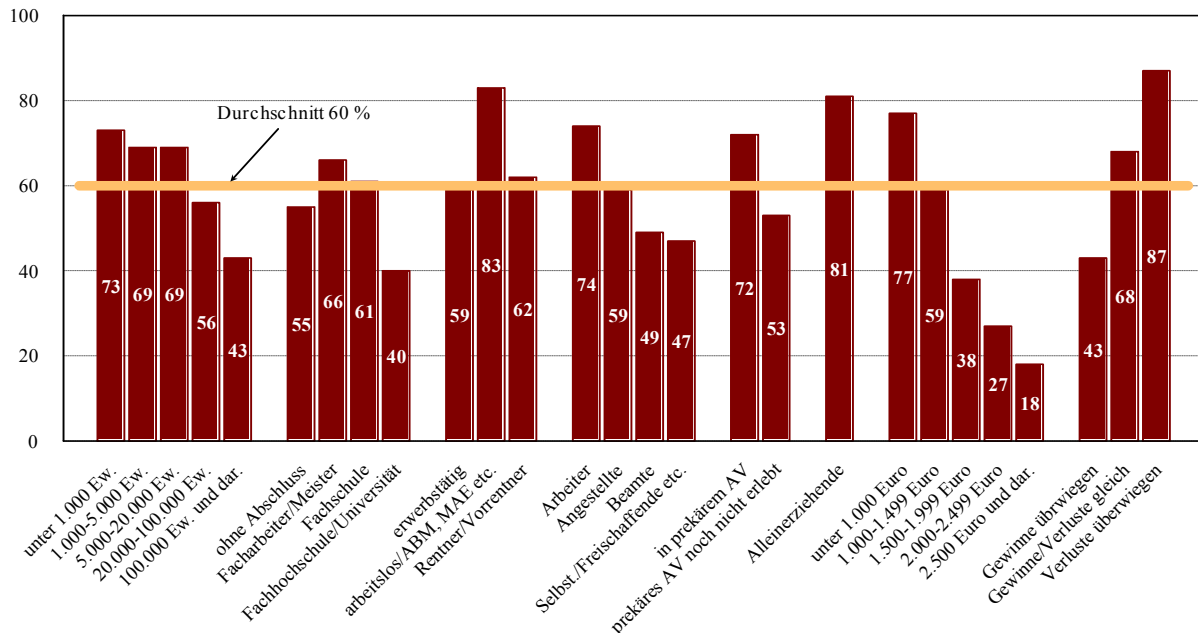
Drittens schließlich wird sichtbar, dass mit abnehmender Gemeindegröße die Breite der persönlichen Lösungsansätze zunimmt.

Sechs von zehn Ostdeutschen bestätigen, jetzt **noch sparsamer** mit den verfügbaren Finanzen umzugehen, bei den Frauen sind es mehr als zwei Drittel (68 %), bei den Männern jeder Zweite (52 %).

Je niedriger der soziale Status, je geringer das Einkommen, je unsicherer der Arbeitsplatz, je kleiner die Heimatgemeinde, umso höher wird der Anteil derer, die so handeln (müssen).

Abbildung 27: Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen?

- Indikator: „Ich drehe jeden Cent mehrmals um.“ - nur Skalenwert: „trifft voll zu“
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Zusammenstürze großer, zum Teil so genannter systemrelevanter Banken führten zu vielfachen Verunsicherungen bei den Menschen, insbesondere bei denen, die vermeintlich sicheren Anlageninstituten ihr Vermögen anvertraut haben.

So ist nicht verwunderlich, dass ebenfalls sechs von zehn Ostdeutschen sich vorgenommen haben, **nur noch sichere Anlagen bzw. Spareinlagen** zu wählen - welche das auch im Einzelnen dann sind, bleibt dem Einzelnen und seinem Entscheidungshintergrund überlassen. Unter den 43 % der Ostdeutschen, die angeben, selbst über Geldvermögen zu verfügen, meinen mehr als drei Viertel (78 %), zukünftig so zu handeln. Insbesondere diejenigen 15 % der Ostdeutschen mit Geldvermögen zwischen 20.000 und 100.000 Euro sind (jetzt) sehr auf Sicherheiten bedacht.

Mit höherer Qualifikation nehmen sowohl der Anteil derer zu, die über Geldvermögen verfügen, als auch das sicherheitsbewusste Sparverhalten bzw. der entsprechende Vorsatz.

Die (Wieder-)entdeckung der familiären Geborgenheit gerade auch in Krisenzeiten ist bekannt. So verwundert der hohe Stellenwert der **familiären Verbundenheit** keineswegs, Jeder Zweite benennt den familiären Zusammenhalt als Teil des persönlichen Antikrisenmanagements - Frauen (54 %) etwas häufiger als Männer (48 %).

Während mit steigender Gemeindegröße dieser Anteil abnimmt, sind neben den Paaren mit Kindern (62 %) insbesondere diejenigen, die sich gegenwärtig nur mittels prekärer Arbeitsverhältnisse am Erwerbsleben beteiligen, am stärksten auf die Familie fixiert (70 %).

Gewinner der Einheit gedenken häufiger, auch ohne die stärkere Konzentration auf die Familie auszukommen (42 %), für die sich als Einheitsverlierer Sehenden wird diese wichtiger (58 %).

Spezifika von Erwerbspersonen⁵

Das mögliche Eintreten von **Arbeitslosigkeit und die Vorbereitung auf andere Beschäftigungsmöglichkeiten** benennen Arbeitslose und diejenigen in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten häufiger als andere. Auch die Einheitsskeptiker ziehen derartige Entwicklungen überdurchschnittlich ins Kalkül. Gleiches gilt für die, die sich eher als Wendeverlierer sehen.

Mehr als jeder Zweite der Einheitsverlierer bezieht beide Indikatoren überdurchschnittlich häufig in die Überlegungen ein (52 % hinsichtlich Wandel der Beschäftigungsmöglichkeiten und 56 % bezüglich Arbeitslosigkeit).

Tabelle 11: Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - arbeitsmarkt-orientierte Indikatoren* - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeits- los	prekäre Arbeits- verhältnisse		deutsche Einheit		
				gegen- wärtig	früher mal	bereits erreicht	auf dem Weg dorthin	nicht erreich- bar
Ich bereite mich auf andere Beschäftigungsmöglichkeiten vor.	42	40	58	59	49	31	38	50
Ich stelle mich auf Arbeitslosigkeit ein.	34	32	66	55	42	9	29	49
Ich bin bereit, auf Einkommen zugunsten des Erhalts des Arbeitsplatzes zu verzichten.	21	25	12	14	18	33	21	17

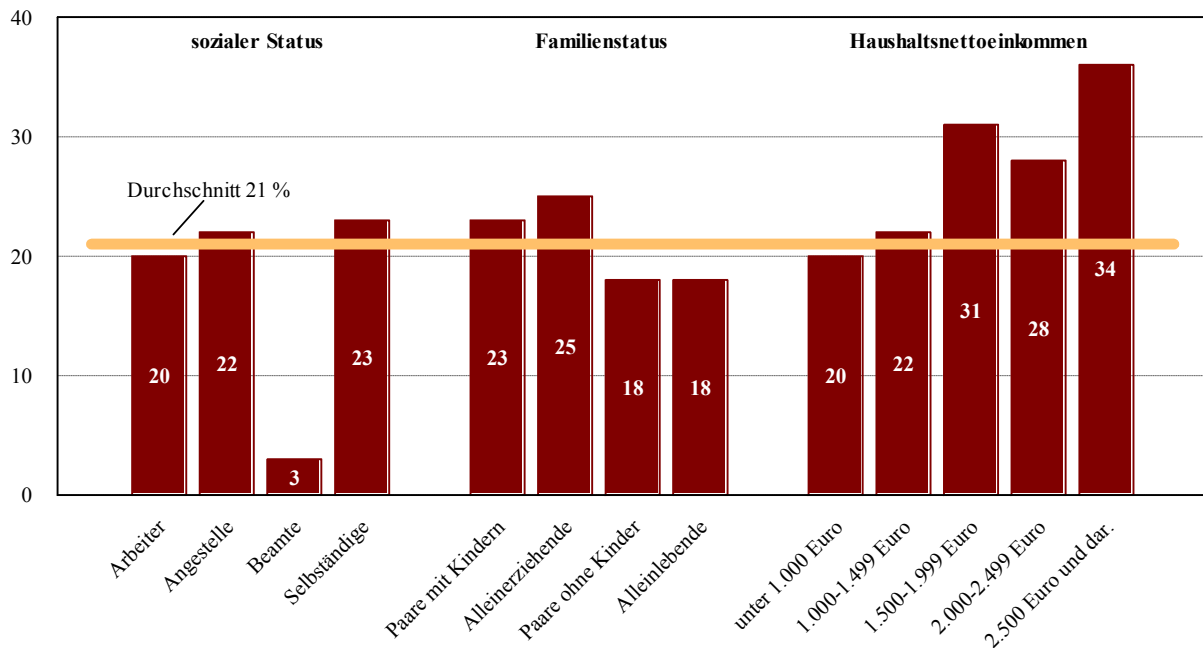
* nur Befragte im Alter zwischen 18 und 65 Jahren
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Lohnverzicht im Interesse des Arbeitsplatzerhaltes wird demgegenüber vor allem von Erwerbstätigen benannt (25 %). Während fast jeder Vierte der Selbständigen (23 %) auch eine „Selbstausschüttung“ als Krisenszenario sieht, sind es, basierend auf den sicheren Beschäftigungsverhältnissen nur drei von 100 der Beamten, die sich Lohnverzicht zur Arbeitsplatzsicherung vorstellen können.

Jede(r) Fünfte, der elterliche Verpflichtungen hat, bezieht diese Möglichkeit ein. Auch die 50- bis 59-Jährigen, die bei einem möglichen Arbeitsplatzverlust von einem späteren Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt aufgrund ihres Alters faktisch ausgeschlossen sind, verweisen mit 26 % überdurchschnittlich häufig auf diese Möglichkeit. Je höher das Haushaltsnettoeinkommen, umso häufiger wird Lohnverzicht, weil weniger als existenzbedrohend empfunden, als arbeitsplatzsichernd anerkannt.

⁵ Nur Befragte im Alter zwischen 18 und 65 Jahren.

Abbildung 28: Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen? - Indikator: „Ich bin bereit, auf Einkommen zugunsten des Erhaltes des Arbeitsplatzes zu verzichten.“ - nur Skalenwert: „trifft zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Nachrangige Strategien der persönlichen Krisenbewältigung

Ein von politischen oder wohlfahrtlichen Organisationen, Verbänden und Vereinigungen vielleicht zu erwartendes ansteigendes Engagement ist nicht feststellbar. Hierin eingeschlossen ist auch ein nur geringes Interesse an der Nutzung der Möglichkeiten **betrieblicher Mitbestimmung**. Neben den Arbeitslosen, die ein leicht überdurchschnittliches Interesse bekunden - betriebliche Mitbestimmung 21 % gegenüber 14 % im Durchschnitt und **Mitwirken in sozialen Bewegungen** 15 % zu 10 %, Engagement in Parteien 6 % zu 3 % - wollen 18 % der politisch Interessierten sich in eine soziale Bewegung einbringen.

Eine Flucht vor der wirtschaftlichen Flaute in Ostdeutschland wird nur von den wenigsten (3 %) in Erwägung gezogen, soziale Differenzierungen sind bei den geringen Zustimmungen nicht ersichtlich.

Unter den wenigen (16 %), die eher resignativ auf die Wirtschafts- und Finanzkrise schauen und ihr Geld zum **Konsumieren anstelle des Vorsorgesparsens** einsetzen, ragt die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen ebenso heraus (21 %) wie die Einheitsverlierer (25 %). Mit sinkender Qualifikation sind häufiger derartige Haltungen vertreten. Während nur jeder 10. der Hochschulgebildeten auf Sparen verzichtet, sind es unter denen ohne beruflichen Abschluss mit 21 % mehr als doppelt soviel.

Jeder vierte Arbeitslose (26 %) will oder muss aus Mangel an verfügbarem Einkommen auf Vorsorgesparsen verzichten.

Immerhin meinen 16 %, dass sie **von der Krise (noch) nicht betroffen** sind, darunter überdurchschnittlich viele Rentner (25 %) und Auszubildende (34 %). Nur 5 % der Einheitsverlierer fühlen sich von der Krise nicht betroffen, aber jeder Fünfte der Besserverdienenden mit Haushaltsnettoeinkommen von über 2.500 Euro.

6. Exkurs 1. Die Ostdeutschen und ihre Produkte

Mit der Wende und der Schließung bzw. „Abwicklung“ ostdeutscher Produktionsstätten verschwanden viele der DDR-Produkte vom Markt.

Viele Ostdeutsche orientierten sich zudem am Konsumverhalten der Westdeutschen. Der Verriss der ostdeutschen Produkte durch die Westdeutschen erzeugte aber auch ein „Dagegenhalten“, da damit auch ihre eigene Arbeit abgewertet und in Frage gestellt wurde. Vom vorrangigen Orientieren auf die in den westlichen Handelsketten eingeführten Produkte ging der Wandel hin zu einem Abwägen und Einordnen von Erzeugnissen aus den neuen Bundesländern in ihr Konsumverhalten.

Neben den Erfahrungen, die die Ostdeutschen mit der westlichen Konsumwelt gewonnen haben, spiegelt sich in der wieder erstarkten Hinwendung der Ostdeutschen zu ihnen bekannten Produkten auch ostdeutsches Lebensgefühl wider, in dem auch ein Stück ostdeutscher Identität zu finden ist.

Nur noch eine Minderheit bestätigt, gezielt nach Produkten aus den neuen Bundesländern zu schauen. (Dabei sind wohl vor allem der Produktionsort und die Marke bestimmend, der Produzent oder Eigentümer nur in soweit, wenn er aus DDR-Zeiten noch bekannt ist).

Jede zweite Frau (51 %) greift **gezielt zu Produkten aus den ostdeutschen Ländern**, aber nur ein Drittel (36 %) der Männer. Während viele junge Menschen Ostprodukte als solche nicht (mehr) kennen und demzufolge deutlich seltener (11 %) gezielt danach suchen (können), bietet sich den Einwohnern der Großstädte eine noch reichhaltigere Produktvielfalt, so dass sie ebenfalls weniger (34 %) als andere Ostprodukte suchen.

Mit höherer Qualifikation steigt der Anteil derjenigen, die gezielt Ostprodukte kaufen. Unter denen ohne Berufsabschluss schaut ein Drittel nach Ostprodukten, von denen mit Hoch- oder Fachschulabschluss jede(r) Zweite.

Ebenfalls jeder Zweite derjenigen, die eine starke oder ziemlich starke Verbindung mit Ostdeutschland benennen, kaufen gezielt Ostprodukte, von denjenigen mit wenig oder keiner Bindung an Ostdeutschland aber nur jeder Vierte.

Jede(r) Siebente (14 %) meint, keinen Zugang zu Ostprodukten zu haben, sonst würde er ebenfalls solche Produkte aus den neuen Bundesländern kaufen. Hier ist es insbesondere fast jede(r) vierte Ältere, der diese Zugangsbeschränkung, meist wohl aufgrund eingeschränkter Mobilität, benennt (23 %).

Erstens überwiegen bei denen, die gezielt Ostprodukte kaufen, mit fast gleich hoher Intensität zwei Begründungskomponenten, die Qualität und der mittelbare Effekt der Arbeitsplatzsicherung.

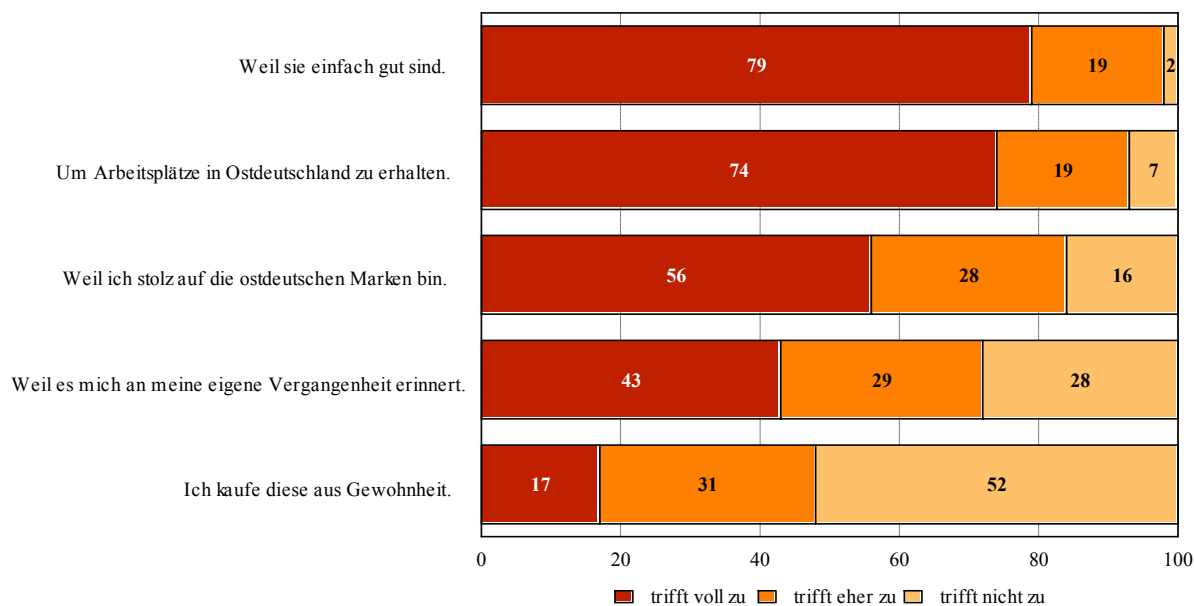
Zweitens wird von einem großen Teil der Stolz auf ostdeutsche Marken als Kaufbegründung genannt, ebenso wie die damit verbundenen Erinnerungen.

Drittens greift ein - aber deutlich geringerer - Teil der Ostdeutschen einfach aus Gewohnheit zu altbekannten Marken.

Viertens schließlich lassen sich sozialstrukturelle Differenzierungen nur an dem Skalenwert „trifft voll zu“ nachweisen. Unter Einbeziehung der Skala „trifft eher zu“ relativieren sich die sozialstrukturellen Differenzierungen innerhalb der einzelnen Indikatoren so, dass dann faktisch eine einheitliche Bewertung über alle sozialen Gruppen ersichtlich ist.

Menschen mit einer starken oder ziemlich starken Verbundenheit mit Ostdeutschland urteilen mit weniger Einschränkungen hinsichtlich der Orientierung auf Ostprodukte.

Abbildung 29: Wenn Sie gezielt Ostprodukte kaufen, warum? - neue Bundesländer 2009 - in Prozent



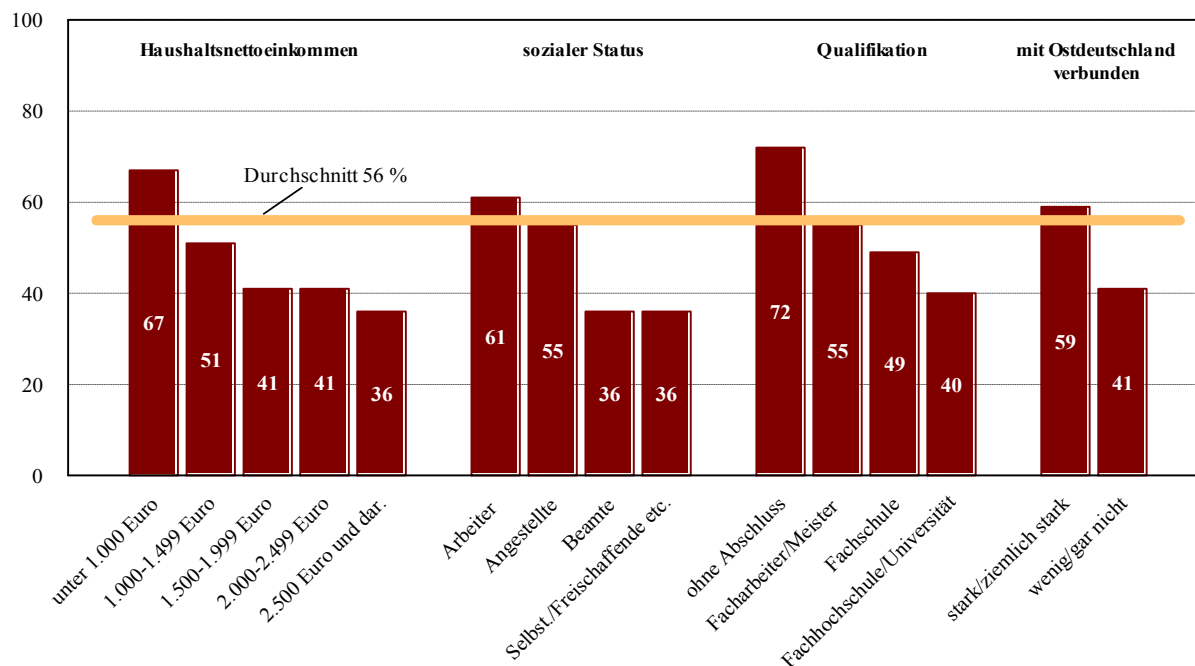
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Qualität wird insbesondere von Frauen hervorgehoben (83 %), Männer zu 10 % weniger. Mit höherer Qualifikation verliert das Qualitätsargument an Gewicht. Auch Beamte (61 %) und Selbständige (59 %) stellen die Qualität nicht so eindeutig in den Vordergrund, ebenso wie diejenigen, die sich wenig oder nicht mit Ostdeutschland identifizieren (69 %).

Der mittelbare Beschäftigungssicherungseffekt ist vor allem für Rentner (84 %) von Bedeutung. Auch Selbständige (82 %) sehen diesen Aspekt häufiger als andere als wesentlich für ihr Kaufverhalten an - nicht zuletzt weil sie selbst ostdeutsche Produzenten sind.

Mit steigendem Haushaltseinkommen verliert der Stolz auf ostdeutsche Marken an unmittelbarem Gewicht für die Kaufentscheidung. Ähnliches gilt für Höherqualifizierte, Beamte und Selbständige.

Abbildung 30: Kaufe gezielt Ostprodukte, „weil ich stolz auf die ostdeutschen Marken bin.“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



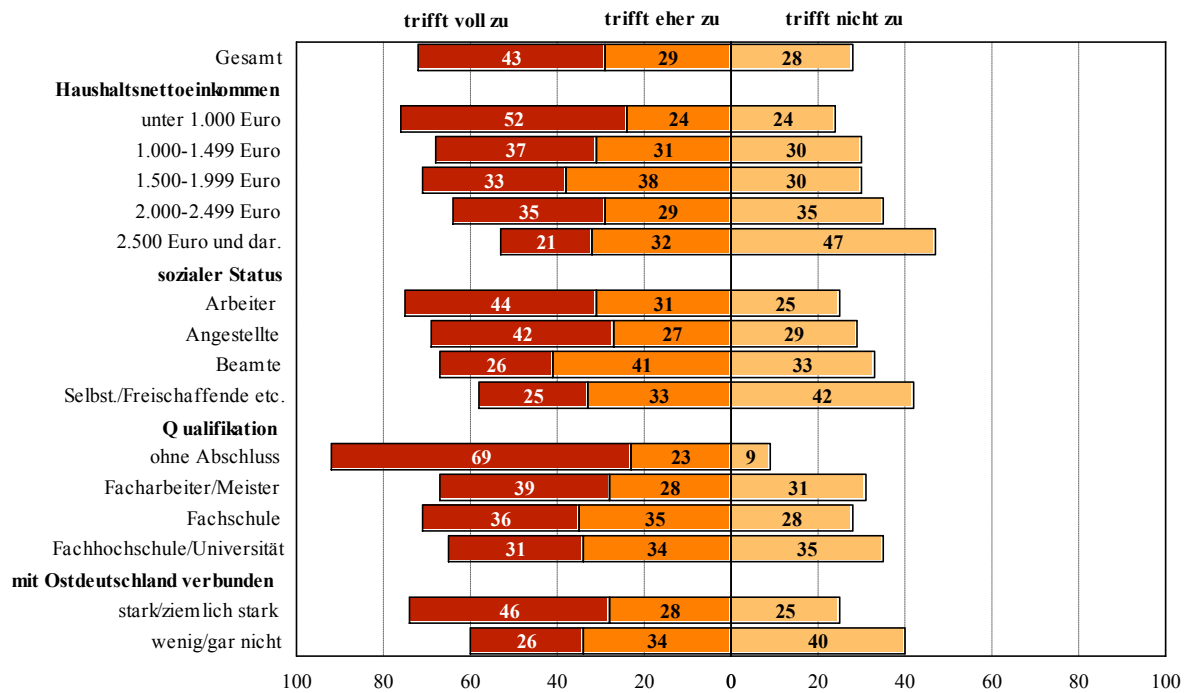
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Der Erinnerungseffekt des Kaufens von Ostprodukten wird häufiger von Frauen (48 %), die in der Regel wohl auch mehrheitlich die Alltagseinkäufe erledigen, genannt als von Männern (36 %).

Mit steigender Qualifikation und Einkommen nimmt dieser Indikator in seiner Bedeutung jedoch deutlich ab.

Auch für Beamte und Selbständige spielt der nostalgische Aspekt eine deutlich nachrangigere Rolle. Eine erwartete altersstrukturelle Differenzierung ist nicht erkennbar.

Abbildung 31: Kaufe gezielt Ostprodukte, „weil sie mich an meine Vergangenheit erinnern.“
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

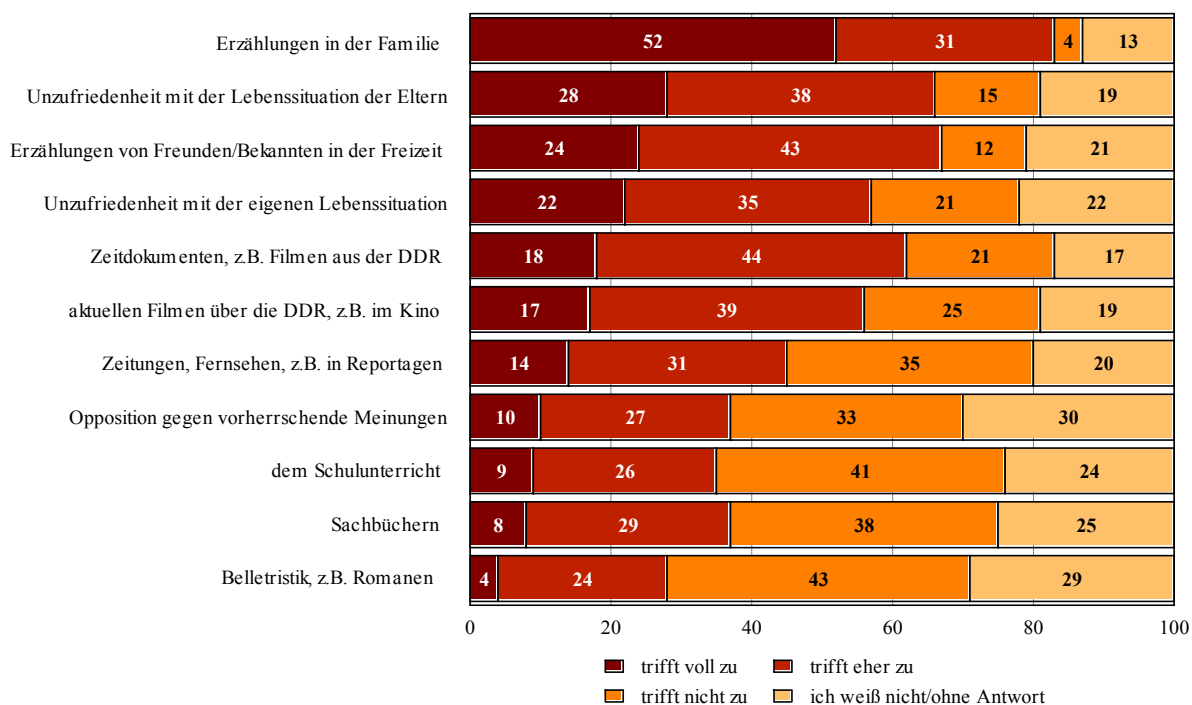
Hinsichtlich der Gewohnheitskäufer sind keine weiteren Differenzierungen ersichtlich.

7. Exkurs 2. Ursachen und Meinungen über das positive DDR-Bild von ostdeutschen Schülern

Eine 2007 erschienene Studie über das DDR-Bild von Schülern in Berlin und anderen Bundesländern kam zu dem Ergebnis, dass insbesondere ostdeutsche Schüler den DDR-Staat und sein Gesellschaftssystem tendenziell positiv bewerten.⁶ Die Autoren, anscheinend selbst überrascht von diesem Ergebnis, schlussfolgerten: „Das Bild der Schüler über das geteilte Deutschland gründet weniger auf Wissen denn auf Vermutungen und Vorurteilen. Die unterschiedlichen Milieus wirken in Schule, Familie und Freundeskreis anscheinend stärker als erwartet nach. Ein Annäherungsprozess bei den Geschichtsbildern ist noch nicht zu beobachten.“⁷

Dieser Befund war Anlass zur Frage, welche Einflussfaktoren bestimmend für die Meinung von Schülern seien, die die DDR aus eigenem Erleben nicht mehr kennen. Aus zahlreichen Indikatoren wählten 52 % der Befragten die „Erzählungen in den Familien“ als dominanten Faktor aus. Familien stellen neben dem Bildungssystem einer der wichtigsten Sozialisationsinstanzen dar. In ihnen wird über das Weitergeben von ganz persönlichen Erfahrungen, Meinungen, Überlieferungen u.ä. die „Sicht auf die Dinge“ der nachwachsenden Generation geprägt. Dieser auch als Tradierung bezeichneten Weitergabe von Überzeugungen und Handlungsmustern wird der größte Einfluss zugeschrieben. Die Unzufriedenheit mit der Lebenssituation der Eltern stellt für 28 % einen Grund für das positive DDR-Bild unter Schülern dar. Nahezu gleichrangig werden „Erzählungen mit Freunden und Bekannten“ (24 %) und die Unzufriedenheit der Schüler mit ihrer eigenen Lebenssituation (22 %) als weitere Einflussfaktoren genannt.

Abbildung 32: Wie kommt das positive Bild über die DDR bei ostdeutschen Schülern zustande?
- neue Bundesländer 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

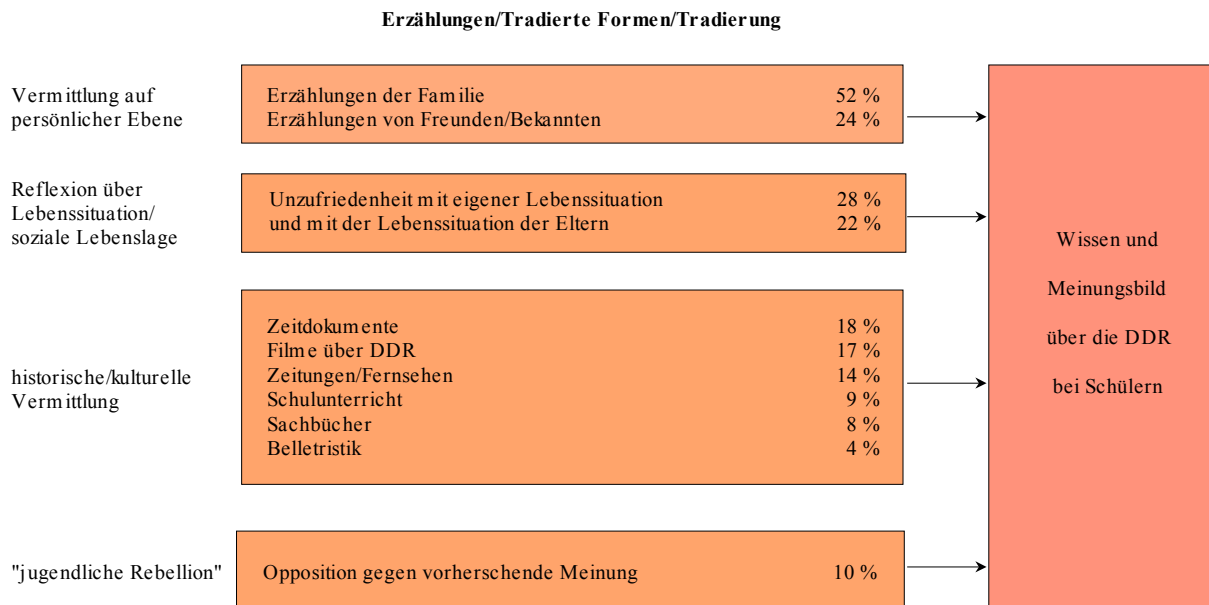
Im Mittelfeld der von den befragten Bürgern vermuteten Einflüsse auf das Meinungsbild liegen Zeitdokumente aus der DDR, die 18 % als prägend erachten, aktuelle Filme über die DDR halten 17 % und Medien wie Zeitung und Fernsehen 14 % für einflussreich. Nur jeder zehnte befragte Ostdeutsche sieht in der Opposition gegen vorherrschende Meinungen - im Sinne einer jugendlichen Rebellion -

⁶ Das DDR-Bild von Schülern in Berlin, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 38/2007, Abschlussbericht, Monika Deutz-Schroeder, Klaus Schroeder, Unter Mitarbeit von Uwe Hillmer, Berlin, November 2007.

⁷ Schroeder, Klaus: „Alles halb so wild“, DDR-Bilder in Köpfen von Schülern; in: Die politische Meinung, Nr. 458, Januar 2008, S. 19.

eine Ursache für das positive DDR-Bild von Schülern. Auf deutlich geringere Zustimmung trifft die Auffassung, dass der Schulunterricht (9 %), Informationen aus Sachbüchern (8 %) und Belletristik zum positiven DDR-Bild beitragen. Einen nach inhaltlichen Gesichtspunkten zusammengefassten Überblick zu den Einflussfaktoren auf das DDR-Bild von Schülern in Ostdeutschland bietet die nachfolgende Abbildung.

Abbildung 33: Einflussfaktoren auf das DDR-Wissen von ostdeutschen Schülern
- neue Bundesländer 2009 -



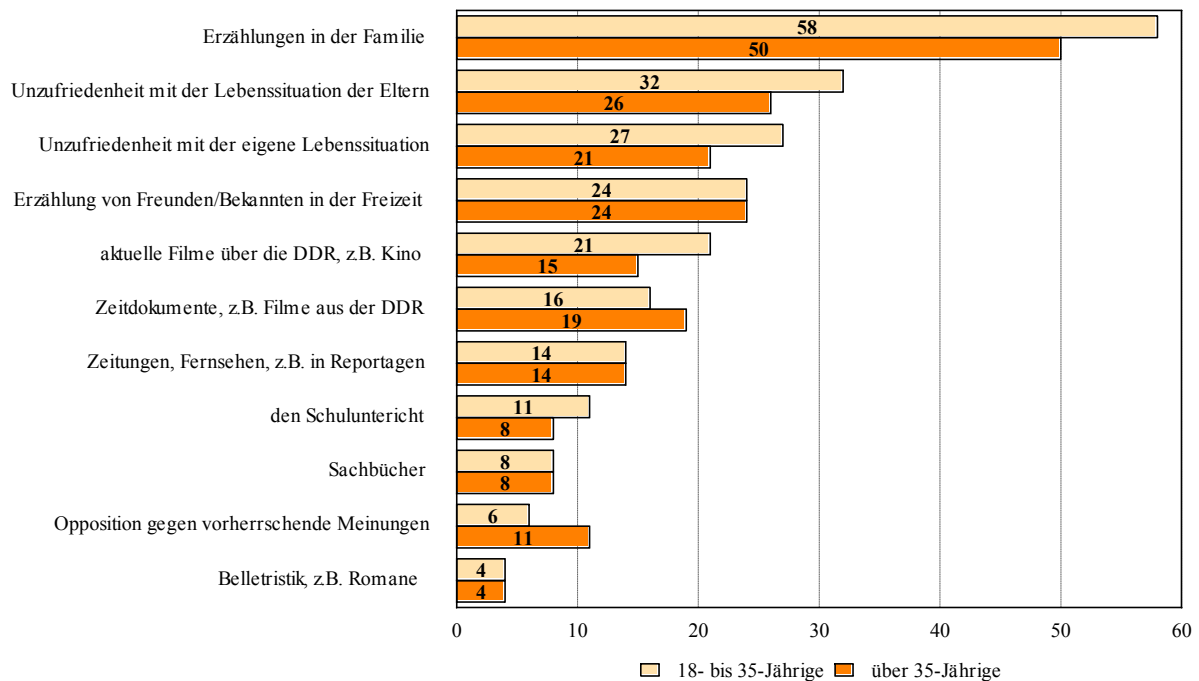
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Frauen gewichten ihre Antworten zu fast allen Indikatoren deutlich stärker mit „trifft voll zu“ als Männer. Letztere sind signifikant häufiger der Meinung, dass die einzelnen Einflussfaktoren nicht zutreffen würden, einzig die Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als auch die der Eltern halten Männer für ebenso einflussreich wie Frauen.

Eingegrenzt auf die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen ist festzustellen, dass sie den Erzählungen in der Familie ein größeres Gewicht beimessen als die über 35-Jährigen (58 % gegenüber 50 %). Ein Drittel von ihnen sieht in der Unzufriedenheit mit der Lebenssituation der Eltern (32 %) und mit der eigenen Lebenssituation (27 %) triftige Gründe für das unter den Schülern verbreitete positive DDR-Bild, was die ab 35-Jährigen etwas abgeschwächer bewerten. Generell betrachtet unterscheiden sich die Meinungen über das positive DDR-Bild unter Schülern zwischen den Jüngeren und den Älteren kaum. Ältere betonen zwar die Rolle der Zeitdokumente aus der DDR (19 %) stärker als die Jüngeren (16 %), ebenso vermuten sie häufiger eine oppositionelle Haltung unter den Schülern (11% gegenüber 6 %); jedoch die Grundstruktur der Einflussfaktoren sehen beide Gruppen in gleicher Weise.

Abbildung 34: Positives Bild über die DDR bei ostdeutschen Schülern - Vergleich von Altersgruppen - nur Skalenwert: „trifft voll zu“ - neue Bundesländer 2009 - in Prozent -

Wie kommt das positive Bild über die DDR bei ostdeutschen Schülern zustande? Durch ...



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Dass junge Menschen ihre Kenntnisse und ihr Wissen zum Mauerfall und über die Wende vor allem aus dem Elternhaus haben, bestätigen ebenfalls Untersuchungsergebnisse des SFZ.⁸

Von den 2009 befragten Schülern, Lehrlingen und Studenten geben 61 % an, dass ihr Wissen über den Mauerfall und die Wende aus dem Elternhaus stammt. Als zweite Wissensquelle wurde die Schule (32 %) genannt, dicht gefolgt von den Erzählungen der Verwandten (31 %). Fernsehen, Presse, Bekannte/Freunde der Eltern und Spielfilme spielen mit ca. 5 % kaum eine Rolle für die Einschätzungen der Ereignisse im Herbst 1989.

⁸ Winkler, Gunnar: „20 Jahre friedliche Revolution - die Sicht der Bürger der neuen Bundesländer von 1989 bis 2009“, Berlin 2009, (erscheint im Herbst 2009).

Anlagen

P1 Welche Ziele müssen für Sie verwirklicht werden, damit Sie die deutsche Einheit als erreicht ansehen? Die deutsche Einheit ist erreicht, **wenn ...**

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
es gleiche Einkommen und Renten gibt.	79	79	83	60	84	72	87	85	53	80	89
es die gleichen Lebensbedingungen in Ost und West gibt.	80	80	87	74	83	72	86	87	62	78	90
im Osten die gleichen beruflichen Chancen gegeben sind wie im Westen.	78	76	91	48	82	71	85	85	60	75	88
es gleiches Wirtschaftswachstum gibt.	61	57	69	34	71	53	71	69	40	56	75
man auch im Osten von seiner Arbeit gut leben kann.	81	83	90	53	88	77	89	87	61	79	92
die Arbeitslosenraten in Ost und West gleich niedrig sind.	61	54	64	55	75	51	68	69	45	58	72
genauso viele Menschen von West nach Ost ziehen wie umgekehrt.	43	37	34	37	56	38	49	45	29	45	47
„Ossi“ und „Wessi“ aus dem Sprachgebrauch verschwunden sind.	49	39	48	63	64	453	53	60	47	44	56
im Osten ähnlich hohe Vermögen vorhanden sind wie im Westen.	34	27	35	36	42	24	40	43	15	33	43
anstelle des Aufbau Ost die Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West tritt.	56	56	49	76	59	64	57	48	61	57	53
im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, auch positive Errungenschaften aus der DDR zu übernehmen, wie z.B. Kindergärten, Polikliniken u. a.	75	72	79	65	83	69	85	79	60	75	82
Ich denke, die deutsche Einheit ist bereits erreicht.	2	2	2	0	4	3	1	2	10	0	1
Ich denke, die deutsche Einheit wird nie erreicht.	14	15	27	3	9	5	12	31	0	0	35

P2 Wie bewerten Sie das gegenseitige Interesse der Menschen in Ost und West füreinander?

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Ich interessiere mich sehr für das Leben in den alten Bundesländern.	29	22	24	28	42	40	23	24	44	27	24
Das Leben in den neuen Bundesländern interessiert mich weitaus.	23	19	22	18	31	18	24	31	9	20	32
Ich fühle mich von vielen Westdeutschen, die ich kenne, nicht verstanden.	13	10	17	1	18	6	14	23	2	9	22
Ich verstehe die Westdeutschen nicht/sie sind mir fremd.	8	6	10	0	10	3	8	14	1	4	15
Ich kenne viele Westdeutsche, die sich für das Leben im Osten interessieren.	13	13	13	7	17	17	11	12	18	14	10
Ich wünsche mir von der Kanzlerin mehr Engagement für ein gegenseitiges Interesse der Ost- und Westdeutschen.	42	31	57	12	56	33	46	53	25	37	53
Ich denke, dass die vorherrschende Sicht der Politiker in den alten Bundesländern auf die DDR sachlich und ausgewogen ist.	4	4	5	0	3	4	1	6	4	2	6
Das Verhältnis zwischen Ost und West ist mir egal.	2	1	3	0	3	1	2	3	2	1	3

P3 Kaufen Sie gezielt Ostprodukte?
Wenn ja, warum?

trifft voll zu *)	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Ja	44	50	43	11	48	38	52	51	30	44	49
Um Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu erhalten.	74	9	71	55	84	78	73	74	69	75	75
Weil sie einfach gut sind.	79	75	85	97	80	73	79	85	71	78	82
Weil es mich an meine eigene Vergangenheit erinnert.	43	36	59	18	43	28	47	57	38	37	49
Weil ich stolz auf die ostdeutschen Marken bin.	56	52	58	94	55	42	56	72	42	51	63
Ich kaufe diese aus Gewohnheit.	17	15	16	49	18	14	16	19	11	16	19
Ich würde ja, wenn ich sie bekommen könnte.	22	18	30	1	32	23	20	25	14	22	24

*) Zeile 2 - 7: nur die Befragten, die in Zeile 1 mit „ja“ geantwortet haben

P4 Laut einer aktuellen Studie bewerten ostdeutsche Schüler die ihnen aus eigenem Erleben unbekannte DDR tendenziell positiv.
Wie kommt Ihrer Meinung nach dieses positive Bild zustande?

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
aus Zeitungen, Fernsehen, z.B. in Reportagen	14	12	13	14	14	12	13	16	12	12	17
aus aktuellen Filmen über die DDR, z.B. im Kino, im Fernsehen	17	16	16	22	15	15	16	20	17	14	20
aus Zeitdokumenten, z.B. Filmen aus der DDR	18	16	21	10	22	13	19	27	14	15	24
aus Erzählungen in der Familie	52	55	48	64	44	53	47	55	55	47	55
aus dem Schulunterricht	9	9	7	7	7	10	6	11	10	6	12
aus Erzählungen von Freunden und Bekannten in der Freizeit, z.B. in Sportvereinen	24	29	24	18	20	26	18	28	24	21	28
aus Sachbüchern	8	7	7	5	8	5	8	10	5	5	11
aus Belletristik (z.B. Romanen)	4	3	5	2	4	3	3	5	3	2	6
aus Opposition gegen vorherrschende Meinungen	10	8	14	4	13	11	8	10	11	8	11
aus Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation	22	21	24	36	21	23	19	26	19	19	27
aus Unzufriedenheit mit der Lebenssituation der Eltern	28	27	30	37	27	27	25	33	21	25	33
Kann ich nicht beurteilen.	12	6	7	20	21	12	10	10	11	16	9

P5 Bei welchen Themen setzt sich Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung ausreichend für den Osten ein? Bei ...

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
der Angleichung der Renten	8	7	7	16	8	13	6	4	20	6	6
der Bekämpfung von Armut	4	3	4	0	5	5	3	3	6	3	3
der Wirtschaftsförderung	11	9	8	18	13	19	7	5	26	7	8
der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen	7	5	9	4	7	11	4	5	11	6	6
der Schaffung guter Arbeitsbedingungen	5	3	3	4	6	8	2	3	12	3	4
dem Ausbau der Infrastruktur (Verkehr, öffentliche Versorgung)	25	26	17	26	31	39	21	13	40	28	17
der Sanierung von Städten und Gemeinden	23	20	17	26	31	33	20	14	38	21	19
der Förderung erneuerbarer Energien	18	19	15	18	21	25	18	11	28	17	16
der Schaffung von einheitlichen Lohn- und Tarifgebieten (öffentlicher Dienst)	5	4	4	4	8	5	4	6	6	3	7
Investitionen in Bildung und Forschung	6	4	13	3	8	8	3	9	12	5	5
dem Erhalt der kulturellen und sportlichen Infrastrukturen	5	3	10	4	6	5	3	7	7	5	5
der Gestaltung der Lebensbedingungen für Familien	3	2	5	0	4	4	2	2	4	2	3
der Gestaltung der Lebensbedingungen für Alleinerziehende	3	2	3	0	5	4	1	3	4	2	3
dem Ausbau der medizinischen Versorgung	5	3	8	5	5	4	6	4	5	4	5

- P6** Wie schätzen Sie Kanzlerin Merkels Aussage ein, der Westen müsse nun stärker gefördert werden?
 Frau Merkel sagte: *"Wenn wir in der Bundesregierung finanzielle Anreize zur Förderung von Investitionen in den Blick nehmen, wird es eine Rolle spielen, dass der Westen seit der Wiedervereinigung relativ hinter dem Osten zurückstehen musste. Der Westen ist jetzt verstärkt am Zuge."* Cicero, Heft 1/2009, S. 76

zutreffendste Antwort	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Es sollten mehr strukturschwache Regionen im Westen gefördert werden, aber nicht auf Kosten des Ostens.	28	30	21	26	25	35	25	22	33	31	23
Ja, ein Teil der Aufbau-Ost-Mittel sollte nun in den Westen fließen.	9	10	5	19	7	13	8	3	19	7	6
Nein, im Gegensatz zum Westen braucht nur der Osten weiterhin eine besondere Förderung.	3	3	6	0	3	2	3	6	2	3	4
Die alten Bundesländer haben von der deutschen Einheit auch profitiert, sie haben genug Mittel, sich selbst zu helfen.	13	11	11	14	18	8	15	14	11	10	16
Eine solche Aussage spaltet die Republik und spielt den Osten gegen den Westen aus.	27	30	36	23	25	22	30	34	13	25	36
Ja, so wird die gegenseitige Solidarität gestärkt.	7	9	1	7	8	11	5	3	14	6	5
Ist mir egal.	4	3	9	6	2	2	4	6	2	6	4

P7 Wussten Sie, dass der 1991 eingeführte Solidaritätszuschlag, den **alle ost- und westdeutschen** einkommenssteuerpflichtigen **Erwerbstätigen** abführen müssen, u.a. auch zur Finanzierung des Golfkrieges herangezogen werden sollte? **Zeile 1**

Die Mittel zum Solidarpakt Aufbau Ost werden schrittweise zurückgeführt und laufen 2019 aus. Der Solidaritätszuschlag bleibt dagegen erhalten. Wofür sollte er Ihrer Meinung nach zukünftig **vorrangig** verwendet werden? **Zeile 2 - 9**

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Ja, dass wusste ich.	12	15	13	0	12	11	10	17	13	9	15
weiter ausschließlich für den Aufbau Ost	19	16	22	8	20	13	19	30	8	14	28
als Finanzmittel für strukturschwache Regionen in Ost und West	77	80	77	93	70	84	76	66	88	77	72
zur Deckung von Haushaltslöchern	18	14	23	37	14	16	16	17	24	10	23
für gesamtdeutsche sozialpolitische Reformen, z.B. Gesundheit, Rente, Pflege	72	76	72	68	73	68	76	75	67	71	75
für die Finanzierung internationaler Entwicklungshilfen	9	6	8	8	12	8	10	7	10	7	9
für die Finanzierung internationaler Einsätze der Bundeswehr	3	2	7	0	2	3	2	4	3	1	4
für die Verbesserung von Bildung und Ausbildung in Ost und West	79	83	83	66	76	81	80	77	75	79	80
Wenn er nicht mehr völlig für den Aufbau Ost benötigt wird, sollte auch er allmählich abgesenkt werden.	42	44	39	39	42	44	42	40	39	40	45

P8 Glauben Sie, dass die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichen, um die Wirtschaftskrise gut zu bewältigen?

	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Ja, die Maßnahmen der Regierung sind richtig und angemessen.	16	12	8	27	24	26	12	7	29	15	11
Ja, die deutsche Wirtschaft wird sich auf Grund der Maßnahmen schnell wieder erholen.	10	6	9	18	16	15	10	6	22	9	7
Ja, aber die Kosten der Verluste der Banken tragen die kleinen Leute.	76	79	79	47	83	74	79	78	66	76	79
Ja, weil der Konsum der Verbraucher angeregt wird.	17	12	12	19	25	26	14	11	32	13	15
Nein, Kapitalismus und Krisen gehören zusammen, das regelt der Markt selbst.	35	35	34	45	37	35	39	32	37	33	38
Nein, denn statt Einzelmaßnahmen wäre ein Systemwechsel nötig, der wegführt vom Kasino-Kapitalismus.	45	44	53	22	47	34	54	56	43	21	17
Nein, allein, ohne internationale Abstimmung, kann die Bundesregierung gar nichts ausrichten.	47	48	51	27	54	50	47	47	41	53	44
Nein, es fehlen Maßnahmen, die Arbeit und Einkommen dauerhaft sichern.	71	75	83	51	72	62	78	80	49	68	84
Nein, denn die Maßnahmen kommen vor allem den Reichen zugute und vertiefen die soziale Spaltung.	60	57	76	28	67	44	72	77	33	55	76

P9 Wie sollten Ihrer Meinung nach die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme) bezahlt werden?

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
durch eine Anhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer	35	33	32	13	43	34	36	39	31	33	39
durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes (Steuern der am besten Verdienenden)	59	58	59	38	66	55	63	66	46	57	67
durch die Einführung einer Börsensteuer auf alle Börsenumsätze	46	49	39	20	51	47	48	48	44	43	49
durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer	1	1	0	0	0	1	1	1	1	1	1
durch Kürzung von Sozialleistungen	3	4	2	0	2	3	1	4	4	1	4
durch neue Schulden im Bundeshaushalt	4	4	5	0	3	4	2	7	3	3	6
durch stärkere Einsparungen bei anderen Ausgaben, z.B. Rüstungsausgaben	63	63	58	6%	66	63	63	64	65	60	65
durch eine Anhebung des Solidaritätszuschlages	3	3	4	0	1	2	2	3	1	1	3
durch Erhöhung der Sozialbeiträge (z.B. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung)	1	1	0	0	1	1	1	2	1	1	2
Ist mir egal.	4	1	2	1	7	3	3	4	1	2	4

P10 Was glauben Sie, wer profitiert am meisten von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise (Konjunkturprogramme)?

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
alle Menschen gleichermaßen	5	2	1	2	7	8	3	1	10	3	4
alle diejenigen, deren Sparguthaben und Anlagen zusätzlich gesichert wurden	17	16	13	8	22	21	13	19	14	15	20
die Manager der Banken	58	57	63	17	69	50	^66	68	40	54	69
die sozial Schwachen	4	2	5	4	5	2	5	4	2	2	6
die Aktionäre der Banken	47	46	53	29	57	40	55	63	29	44	62
die Konzerne	53	51	59	31	61	49	55	63	41	46	66
die Arbeitnehmer	3	2	4	0	3	3	3	3	2	2	4
das Ansehen der Regierungsparteien	26	30	24	25	21	25	25	29	22	20	33
kleine und mittlere Unternehmen	2	1	3	0	4	2	4	1	3	2	2
ostdeutsche Regionen	2	2	3	0	3	3	3	1	3	2	3
westdeutsche Regionen	6	5	4	1	10	4	6	10	5	4	9
Europa	9	8	13	4	10	7	10	11	9	5	13

P11 Welche Konsequenzen haben Sie persönlich aus der Krise gezogen?

trifft voll zu	Gesamt	erwerbs- tätig	arbeitslos	in Ausbil- dung	Rentner	Gewinner	Gewinn u. Verlust gleich groß	Verlierer	Einheit erreicht	auf dem Weg	Einheit nicht erreichbar
Ich drehe den Cent mehrmals um.	60	59	83	21	62	43	68	87	33	56	76
Ich wähle nur noch sichere Anlagen/Spareinlagen.	59	63	36	63	63	67	64	41	73	62	51
Ich gebe alles Geld aus, es lohnt nicht zu sparen.	16	14	26	19	12	12	13	25	15	11	21
Ich stelle mich auf Arbeitslosigkeit ein. *)	34	32	66	15	9	20	36	56	9	29	49
Ich bin bereit, auf Einkommen zugunsten des Erhalts des Arbeitsplatzes zu verzichten. *)	21	25	12	30	5	28	22	16	33	21	17
Ich bereite mich auf andere Beschäftigungsmöglichkeiten vor. *)	42	40	58	49	17	31	44	52	31	38	50
Unsere Familie rückt näher zusammen.	51	56	56	46	47	42	56	58	45	48	57
Ich dränge meinen Betriebsrat auf mehr Kontrolle der Geschäftsführung. *)	15	13	21	25	10	11	14	19	15	14	15
Ich engagiere mich in einer Partei.	3	3	1	0	4	4	2	2	3	3	2
Ich engagiere mich in einer sozialen Bewegung.	10	7	15	0	10	9	11	11	10	10	9
Ich ziehe aus Ostdeutschland weg.	3	4	5	5	1	2	4	5	1	2	5
Die Krise trifft mich nicht.	16	9	7	34	25	18	13	5	22	19	10

*) nur Befragte im Erwerbsalter (18 - 65 Jahre)